

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Werner Kaltefleiter
Der Gewinner
hat nicht gesiegt
Eine Analyse
zur Bundestagswahl 1976

Peter Lösche
Die amerikanischen
Präsidentenwahlen 1976
Ein Beitrag zum Regierungs-
und Gesellschaftssystem der USA

B 50/76

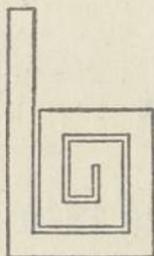
11. Dezember 1976

Werner Kaltefleiter, Dr. rer. pol., geb. 1937 in Hagen, o. Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Kiel, Direktor des Instituts für Politische Wissenschaft; von 1970 bis zur Wahl zum Vizepräsidenten der Universität Kiel im Sommersemester 1975 Leiter des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Veröffentlichungen u. a.: Funktion und Verantwortung in den europäischen Organisationen, 1964; Wirtschaft und Politik in Deutschland, 1966, 2. Aufl. 1968; Die Funktionen des Staatsoberhauptes in der parlamentarischen Demokratie, 1970; Im Wechselspiel der Koalitionen — Analyse der Bundestagswahl 1969, 1970; Zwischen Konsens und Krise — Analyse der Bundestagswahl 1972, 1973; Das labile Gleichgewicht — Das amerikanische Parteiensystem nach den Wahlen von 1972 (zusammen mit Edward Keynes), 1973; Geheimhaltung und Öffentlichkeit in der Außenpolitik (zusammen mit Peter Krogh), 1974; zahlreiche Aufsätze.

Peter Lösche, Dr. phil., geb. 1939 in Berlin; Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Geographie in Berlin, Göttingen und den Vereinigten Staaten; Lehrtätigkeit an der Freien Universität Berlin, den Universitäten Braunschweig und Hamburg und in den Vereinigten Staaten; 1969/70 Kennedy Memorial Fellow an der Harvard University, Cambridge, Mass.; seit 1973 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen.

Veröffentlichungen u. a.: Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903—1920, Berlin 1967; Rätssystem im historischen Vergleich, in: PVS 11 (1970), Sonderheft 2; Stages in the Evolution of the German Labor Movement, in: A. Sturmthal und J. G. Scoville (Hrsg.), The International Labor Movement, Urbana, Chicago und London 1973; Arbeiterbewegung und New Deal, in: H. A. Winkler (Hrsg.), Die große Krise in Amerika. Vergleichende Studien zur politischen Sozialgeschichte 1929—1939, Göttingen 1973; Anarchismus — Versuch einer Definition und historischen Typologie, in: PVS 15 (1974); Industriegewerkschaften im organisierten Kapitalismus. Der CIO in der Roosevelt-Ära, Opladen 1974; Watergate — Einige Überlegungen zur Krise des amerikanischen Regierungssystems, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/75.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65,
5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preis von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Der Gewinner hat nicht gesiegt

Eine Analyse zur Bundestagswahl 1976 *)

„Das zweitbeste Ergebnis seit dem Triumph Adenauers 1957“ lautete die Erfolgsmeldung der CDU/CSU, aber sechs Mandate fehlten zur absoluten Mehrheit, um Helmut Kohl zum Kanzler wählen zu können. Auseinandersetzungen zwischen CDU und CSU überlagerten bald nach der Wahl die Erfolgsmeldungen, die schließlich zur Auflösung der gemeinsamen Fraktion führten. Auch die SPD hat ihr zweitbestes Ergebnis erzielt, aber ihre Reaktion kann mehr mit einem „noch einmal davongekommen“ beschrieben werden. Auffallend still blieb die FDP. Zu sehr kontrastierten die Verluste zu den Erwartungen auf Stimmenge-

winne. Ernsthafter als je zuvor wird eine Koalition mit der CDU im niedersächsischen und saarländischen Landtag ins Auge gefaßt.

Das war das Bild nach der Wahl, der der vielleicht längste und sicher aufwendigste Wahlkampf vorausgegangen war. *Wie ist das Ergebnis zustande gekommen?* Dazu bedarf es zunächst eines Blickes auf die *wesentlichen Elemente der Struktur deutscher Wählerschaft*, des Standortes von Politikern, Parteien und der Wähler in diesem System, der Imageelemente von Parteien und Politikern, der Themen der Wahl und des Wahlkampfablaufs.

I. Die Struktur der Wählerschaft

Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland kann zunächst vereinfacht in drei Gruppierungen unterteilt werden: die Stammwählerschaft der CDU/CSU, die der SPD und die Gruppe der sogenannten potentiellen Wechselwähler. Alle drei Gruppierungen umfassen jeweils etwa ein Drittel der deutschen Wählerschaft. Zwischen der Stammwählerschaft der SPD und der Gruppe der potentiellen Wechselwähler ist die FDP angesiedelt, die nur über einen sicheren Stamm von etwa 3—4 % der Wählerschaft verfügt. Die Bundesrepublik Deutschland verdeutlicht damit die Möglichkeit, alternative Regierungsangebote auf der Grundlage von drei bzw., wenn man die CSU separat betrachtet, vier selbständigen Parteiorganisationen. Die beiden alternativen Regierungsange-

bote, hier CDU/CSU, dort SPD/FDP, stützen sich jeweils auf eine etwa gleich große Stammwählerschaft und konkurrieren in den Wahlen um die Gruppe der Wechselwähler, um mit dem größeren Teil dieser Gruppe schließlich eine Mehrheit bilden zu können.

Die Frage nach den Merkmalen des Wechselwählers ist kaum mit den gängigen sozialstatistischen Kriterien zu beantworten. Alter, Geschlecht, Beruf, Konfession, Einkommen, Ortsgröße und was die Sozialstatistik sonst noch an Indikatoren kennt, sind nicht geeignet, den Wechselwähler zu beschreiben. Wechselwähler und Stammwähler unterscheiden sich dadurch, daß die Stammwähler in einer relativ homogenen Umwelt, die Wechselwähler dagegen in einer relativ heterogenen Umwelt leben.

So kann der „typische“ Stammwähler der CDU/CSU als eine fünfzigjährige, in enger Bindung an die Kirche in ländlicher Umgebung lebende Frau beschrieben werden, während als Prototyp des Stammwählers der SPD ein etwa vierzigjähriger aus der Kirche ausgetretener Gewerkschaftsfunktionär aus industriell-städtischer Umgebung genannt werden kann. Diese sozialstatistischen Kriterien zeichnen sich jeweils dadurch aus, daß sie tendenziell eine Beeinflussung in die gleiche

*) Es handelt sich um eine Zusammenfassung verschiedener Untersuchungen, die im Frühjahr 1977 in erweiterter Buchform im Jahrbuch „Verfassung und Verfassungswirklichkeit“, Berlin, Duncker & Humblot, erscheinen werden. Die aufgeführten Daten sind sechs Repräsentativbefragungen entnommen, die von Ende Januar bis Ende September vom GETAS-Institut in Bremen durchgeführt wurden. Es handelte sich jeweils um eine Zufallsstichprobe von 1 500 Befragten. Das bedeutet, daß alle Angaben innerhalb einer Fehlergrenze von etwa plus-minus 2,5 % gelten.

Richtung auslösen, im ersten Fall eine Bindung an die CDU/CSU, im zweiten Fall an die SPD. Das alte Bild von Simmel¹⁾ findet seine Bestätigung in der empirischen Sozialforschung: die Stammwähler leben in einem System konzentrischer Kreise, wobei das prägende Merkmal auf seiten der CDU/CSU nach wie vor die kirchliche, primär katholisch kirchliche Kultur, meßbar etwa an der Häufigkeit des Kirchgangs, ist, während die der SPD durch die gewerkschaftliche Kultur beschrieben werden kann²⁾. So unterschiedlich diese beiden Kulturen auch sein mögen, gemeinsam ist ihnen die relative Homogenität — und diese unterscheidet sie von den Wechselwählern.

Das Merkmal der Wechselwähler ist dementsprechend die Heterogenität ihrer Umwelt. Das Spannungsfeld, in dem die katholische Frau eines Gewerkschaftsfunktionärs lebt, verdeutlicht, was Simmel einst mit dem Konzept der sich „kreuzenden sozialen Kreise“ beschrieb und was später durch Lazarsfeld³⁾ in die moderne Sozialforschung mit dem Begriff der „Cross Pressure“ eingeführt wurde. Die vielfältigen sozialen Gruppenbindungen sind nicht wie bei den Stammwählern in der politischen Orientierung gleichgerichtet, sondern verlaufen in sehr unterschiedlichen Richtungen. Sie erzeugen demnach keine Parteibindungen. Das Wahlverhalten wird durch die Gruppenbindungen nicht determiniert, sondern durch andere Faktoren bestimmt.

Diese Unterscheidung zwischen Stammwählern und Wechselwählern, die auf dem sozialen Umfeld beruht, kann durch eine Betrachtung der Kommunikationsprozesse ergänzt werden. Wechselndes Wahlverhalten kann verstanden werden als die Veränderung der politischen Meinung unter dem Einfluß von Informationen, die zur bisherigen Meinung im Widerspruch stehen. Wie schon Festinger⁴⁾ gezeigt hat, bedarf es eines über einen längeren Zeitraum sich in gleicher oder ähnlicher Form wiederholenden Informationsstromes, um einen derartigen Meinungswechsel hervorzubringen, weil die Individuen zunächst versuchen, an ihren vorgegebenen Meinungen

festzuhalten. Sie suchen die sich durch widersprechende Informationen ergebenden Dissonanzen zum Beispiel dadurch zu vermeiden, daß sie die Quellen der Informationen anzweifeln, entschuldigende oder erklärende Vergleiche oder andere kompensatorische Überlegungen anstellen. Erst wenn alle diese Versuche nicht mehr ausreichen, ist man zur Meinungsänderung bereit, um die eingehenden Informationen wieder in Übereinstimmung mit dem eigenen Meinungsbild zu bringen.

Der Unterschied zwischen dem Stamm- und dem Wechselwähler besteht darin, daß die Wahrscheinlichkeit heterogener Informationsaufnahme innerhalb einer relativ heterogenen Umwelt groß und daß umgekehrt die bestätigende Information und die Erfolgchancen für die Abwehr kontroverser Informationen in einer homogenen Umwelt wiederum wesentlich größer ist als in einer heterogenen Umwelt, womit die erste Gruppe als potentielle Wechselwähler charakterisiert ist.

Die Wirklichkeit einer modernen Industriegesellschaft ist dadurch gekennzeichnet, daß homogene Kulturen objektiv nur noch in sehr begrenztem Umfang möglich sind. Die gesellschaftliche Wirklichkeit ist gerade dadurch geprägt, daß Menschen in heterogener Umwelt leben. Dennoch ist zu beobachten, daß trotz dieser Entwicklung die Relation zwischen Stamm- und Wechselwählern sich relativ stabil entwickelt hat. Etwa zwei Drittel der Wähler lassen sich tendenziell als Stammwähler mehr oder weniger gleichmäßig verteilt auf die beiden alternativen Regierungsangebote und ein weiteres Drittel auf die Gruppe der potentiellen Wechselwähler zuordnen. Das bedeutet, daß die Zahl der Menschen mit einer relativ stabilen Parteibindung weitaus größer ist als die Zahl derer, die objektiv in als homogen zu beschreibenden Umwelten leben. Der sich daraus ergebende Widerspruch löst sich, weil die Menschen tendenziell kognitive Dissonanzen zu vermeiden trachten, indem sie auch in einer objektiv heterogenen Umwelt ihre Kommunikationsbeziehungen schwerpunktmäßig auf Menschen mit ähnlichen Einstellungen und Meinungsbildern reduzieren. So ergab zum Beispiel eine Untersuchung unter Mitgliedern der CDU⁵⁾, daß diese, auch wenn sie Arbei-

1) G. Simmel, Soziologie. Untersuchung über die Form der Vergesellschaftung, Leipzig 1908.

2) Vgl. Heino Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971, S. 465 ff.

3) Paul F. Lazarsfeld, The People's Choice. How the Voter Makes up his Mind in a Presidential Campaign, New York 1949².

4) Festinger, A Theory of Cognitive Dissonance, Stanford/Cal. 1957.

5) Wolfgang Falke, Programmpartei oder Wählerverein. Zum funktionellen Selbstverständnis von Parteimitgliedern, in: Die Politische Meinung, Sonderheft April 1974, S. 62—77.

ter in Großbetrieben waren, die Meinung vertraten, daß in ihrem Betrieb mehrheitlich CDU-Mitglieder oder zumindest Anhänger tätig seien. Das entsprach selbstverständlich nicht der Realität, wohl aber der Kontaktselektion, mit deren Hilfe sich diese CDU-Mitglieder auch in einer durch die SPD-Kultur dominierten Umwelt eine relativ homogene CDU-Subkultur schufen. Das aber bedeutet, daß das alte soziologische Konzept der homogenen oder heterogenen Umwelt durch die Ergänzung um diese „Kontaktselektionsvariablen“ beibehalten werden kann.

In Übereinstimmung mit diesen kommunikationstheoretischen Überlegungen steht, daß die Gruppe der Stammwähler und Wechselwähler sich bei der Variablen „politisches Interesse“ deutlich unterscheiden. Die Wechselwähler, definiert als eine Gruppe, die ständig kognitiven Dissonanzen auszuweichen sucht, zeigt ein deutlich niedrigeres politisches Interesse:

Tabelle 1:

Stärke der Parteibindung	Teilnahme am politischen Geschehen
starke Parteibindung	43,9 % regelmäßig
	22,1 % häufig
	18,7 % gelegentlich
	10,8 % selten
	4,4 % nie
schwache bis mäßige Parteibindung	29,3 % regelmäßig
	18,0 % häufig
	30,2 % gelegentlich
	12,9 % selten
	9,7 % nie
keine Parteibindung	23,2 % regelmäßig
	14,8 % häufig
	31,1 % gelegentlich
	15,2 % selten
	15,6 % nie

Was aber sind die Bestimmungsgründe des politischen Verhaltens von Wechselwählern? Hier ist eine Generalisierung nur bedingt möglich, weil das jeweilige Umfeld einer Wahl untersucht werden muß. Dennoch ergeben sich im Zeitablauf gewisse Tendenzen, von der jede Wahl zwar abweichen kann, die sich aber häufig bestätigen.

Etwa 50 Prozent der Veränderungen in der Gruppe der potentiellen Wechselwähler zwischen zwei Wahlen können mit der Variablen „Person der Spitzenkandidaten“ erklärt werden. Darin spiegelt sich die Personalisierung der Politik in modernen Industriegesellschaften. Die Komplexität des politischen Prozesses wird reduziert und damit verständlich und überschaubar gemacht, indem man sie handelnden Personen zuordnet.

Die Attraktivität dieser Spitzenpolitiker läßt sich wiederum in zwei Dimensionen unterteilen: die Sympathie- und die Leistungsdimension. Sympathie, das ist die Artikulation von Vertrauensbezügen, das Vertrauen, während die Leistungsdimension das Zutrauen zur Bewältigung bestimmter Probleme darstellt⁶⁾.

Die Leistungsdimension läßt sich weiter unterteilen in die zugeordnete Fähigkeit, die wirtschaftliche Zukunft zu sichern und andere, im Zeitablauf wechselnde Probleme zu lösen. Etwa 50 Prozent der Leistungswerte werden durch die dem Politiker zugetraute Fähigkeit zur ökonomischen Zukunftssicherung bestimmt.

50 Prozent der Veränderung des Wahlverhaltens der Wechselwähler können durch diesen Komplex der Spitzenkandidaten erklärt werden. Die zweite Hälfte entfällt auf die sich von Wahl zu Wahl ändernden politischen Themen, aber auch dabei läßt sich wieder beobachten, daß im Durchschnitt etwa die Hälfte des Themenbereichs durch die Frage nach den ökonomischen Zukunftsaussichten abgedeckt wird.

⁶⁾ Vgl. Carl Joachim Friedrich, der Wahlen als die Artikulation von Vertrauensbezügen in die persönliche Integrität und die sachliche Leistungsfähigkeit der Politiker bezeichnete. *The New Belief in the Common Man*, Brattleboro, 1949.

II. Das Nord-Süd-Gefälle

Ein weiteres Merkmal der Struktur der deutschen Wählerschaft ist eine erhebliche regionale Differenzierung. Alle Daten zeigten ein Nord-Süd-Gefälle, so daß schon lange vor der Bundestagswahl vom 3. Oktober voraussagbar war, daß das Ergebnis von 1976 wieder von einem Nord-Süd-Gefälle gekennzeichnet sein würde, wie dies eines der herausragenden Merkmale der 72er Wahl war. Der SPD-Anteil stieg vom Süden nach Norden, der der Union stieg von Norden nach Süden.

Die Ursache liegt im sozial-strukturellen Umfeld begründet. Wie dargelegt, ist die Stammwählerschaft der CDU/CSU durch die kirchliche, primär katholisch-kirchliche Kultur geprägt, die der SPD durch das gewerkschaftliche Milieu. Gerade die katholische Kultur aber dominiert im Süden und führt zu entsprechenden Parteibindungen an die CDU/CSU, sie fehlt weitgehend im Norden. Das wiederum bedeutet einen höheren Anteil an potentiellen Wechselwählern im Norden, weil dort — im Gegensatz zu der von Nordrhein-Westfalen geprägten Mittelregion — auch das gewerkschaftliche Milieu nicht überproportional vertreten ist.

Während im Norden 18 % bis zu einmal im Monat zur Kirche gehen, sind es im Süden 38 % (in der Mitte 28 %). Während im Norden 31 % irgendwelche gewerkschaftlichen Bindungen haben, sind es in der Mitte 39 % (im Süden 33 %).

Die große Mobilität der nördlichen Wählerschaft, die sich bis ins Kaiserreich zurückverfolgen läßt, zeigte sich zuletzt deutlich in Schleswig-Holstein, wo die CDU 1972 nur 42 % erzielte, ein Jahr später bei der Kommunalwahl aber auf 53,1 % anstieg — eine erdrutschartige Bewegung, die in dieser Größenordnung sonst nirgends zu beobachten war. Dies zeigt sich auch an der Verteilung der Parteianhängerschaften, also dem stabilen Rückhalt der Parteien. Im Norden erklären sich 32 % als Anhänger der CDU, im Süden 45 % als solche der CDU/CSU, 41 % bekennen sich in der mittleren Region zu der SPD, nur 30 % im Süden, 37 % im Norden.

Der Norden ist somit durch eine höhere Mobilität gekennzeichnet, und es hängt weitgehend von den Themen einer Wahl und von den Spitzenkandidaten ab, ob und wer jeweils diese Mobilität für sich gewinnen kann.

III. Der politische Standort von Wählern, Politikern und Parteien

Parteiensysteme wie das der Bundesrepublik, die durch eine klare Rollenverteilung um zwei Pole, nämlich Regierung und Opposition, gekennzeichnet sind, lassen den politischen Standort auf einer durch Symbolbegriffe gekennzeichneten Skala messen. „Rechts“ und „Links“ sind dafür in der politischen Diskussion der Bundesrepublik die verbreitetsten Symbolbegriffe. (Konservativ-fortschrittlich sind andere, aber nicht so genau zu messende.)

Dabei ist es sehr unterschiedlich, was die Befragten unter einer rechten oder linken politischen Position verstehen. Es sind Sammelbegriffe, auf die man sich verständigt hat, und mit deren Hilfe die politische Welt geordnet wird.

Läßt man die Befragten z. B. die Parteien auf einer solchen nach rechts wie nach links um fünf Punkte abweichenden Skala einordnen, so ergab sich im Januar 1976 zu Beginn des Wahljahres folgendes Bild (dabei ist zu betonen, daß nicht die absolute Einstufung auf der

Skala, sondern der relative Abstand zur durchschnittlichen Position der Wählerschaft, insbesondere der Wechselwählerschaft, wesentlich ist): Insgesamt wurde die SPD deutlich links von der Mitte gesetzt, die CDU rechts von der Mitte, dieser aber vergleichsweise näher zugeordnet als die SPD. Die CSU wiederum wurde stärker rechts angesiedelt als die CDU. Die FDP nahm eine im Vergleich zur SPD weitaus weniger nach links verschobene Position ein. Die Befragten selbst ordneten sich von der Mitte ausgehend fast gleichmäßig nach rechts und links ein, wobei der Durchschnitt noch knapp links von der Mitte lag.

An diesen Positionen ist ablesbar, daß die Distanz zwischen den Befragten und der CDU wesentlich geringer war (1,75) als zwischen ihnen und der SPD (2,04).

Interessante Verschiebungen ergeben sich, wenn man diese Globaleinschätzung nach den Wählertypen unterteilt. SPD-Sympathisanten sahen sich selbst 1,17 Punkte links, CDU/

Tabelle 2:

Der politische Standort von Parteien und Politikern aus der Sicht der gesamten Wählerschaft, der SPD- bzw. CDU/CSU-Sympathisanten und der potentiellen Wechselwähler *) (Januar 1976):

	gesamte Wählerschaft	SPD- Sympathisanten	CDU/CSU- Sympathisanten	potentielle Wechselwähler
SPD	l 2,27	l 1,57	l 3,11	l 2,14
CDU	r 1,52	r 1,62	r 1,71	r 0,85
FDP	l 0,98	l 0,45	l 1,49	l 1,19
CSU	r 1,96	r 2,10	r 2,06	r 1,43
Schmidt	l 1,55	l 0,97	l 2,08	l 1,67
Kohl	r 1,33	r 1,36	r 1,61	r 0,74
Genscher	l 0,84	l 0,33	l 1,32	l 1,13
Brandt	l 2,78	l 1,99	l 3,67	l 2,63
Stoltenberg	r 1,35	r 1,54	r 1,57	r 0,57
Friderichs	l 0,73	l 0,27	l 1,10	l 0,93
Wehner	l 3,53	l 2,91	l 4,21	l 3,43
Strauß	r 2,28	r 2,49	r 2,46	r 1,47
Befragte selbst	l 0,23	l 1,17	l 1,00	l 0,79

*) ‚l‘ bedeutet eine Distanz nach links, ‚r‘ eine nach rechts.

CSU-Sympathisanten stuften sich 1,00 Punkte rechts von der Mitte ein. Die potentiellen Wechselwähler gruppierten sich um einen Punkt (0,79) links von der Mitte. Betrachtet man nur diese Gruppe, so muß der in der gesamten Wählerschaft ermittelte Vorsprung der CDU relativiert werden, denn die Differenz zwischen den Positionen der CDU und befragten potentiellen Wechselwählern einerseits und der SPD und den Wechselwählern andererseits betrug 0,29 Punkte (1,64 zu 1,35) zugunsten der SPD.

Ein ähnliches Bild ergab sich, wenn die Kandidaten einbezogen wurden. Schmidt wurde deutlich näher zur Mitte eingeordnet als seine Partei; er stand aber noch links von der FDP. Wehner und auch Brandt waren zu Exponenten des linken Flügels geworden. Kohl und auch Stoltenberg standen der Mitte etwas näher als ihre Partei, während Strauß zwar noch weiter rechts eingeordnet wurde als die CSU, aber von der Position der Befragten selbst weniger entfernt war als Brandt und vor allem Wehner. Bei den Kandidaten für das Kanzleramt lag Schmidt in dieser globalen Einschätzung knapp vor Kohl; Schmidt war 1,32 Punkte, Kohl 1,56 Punkte von der durchschnittlichen Position der Befragten entfernt.

Auffallend ist, daß die Position der SPD von den einzelnen Wählergruppen sehr unterschiedlich, die von CDU und CSU jedoch weit gleichförmiger eingestuft wird. Das war für die Ausgangssituation zur Bundestagswahl in doppelter Hinsicht bedeutsam. Einerseits sahen SPD- wie CDU-Sympathisanten ihre Partei jeweils links bzw. rechts von der eigenen Position. Das verdeutlicht die kritische Distanz, die der jeweilige Sympathisant zur eigenen Partei hält. Wesentlicher war jedoch, daß die Distanz zwischen SPD-Sympathisanten und CDU wesentlich geringer (2,79) war als die zwischen CDU-Sympathisanten und SPD (4,11). Das bedeutet, daß die SPD-Sympathisanten in den Monaten vor der Wahl von der CDU leichter zu erreichen waren als die CDU-Sympathisanten von der SPD — während CSU-Sympathisanten für die SPD praktisch ebenso unerreichbar waren wie die SPD-Sympathisanten durch die CSU. CDU-Sympathisanten waren selbst von Schmidt weniger ansprechbar als SPD-Sympathisanten durch CDU-Politiker. Der Abstand zwischen der Position eines CDU-Sympathisanten zu Schmidt betrug 3,08 Punkte, der zwischen Kohl und einem SPD-Sympathisanten nur 2,53. Schmidt konnte diesen Abstand zwar geringer halten als seine Partei, aber nicht um-

Tabelle 3:

**Die relativen Distanzen von Parteien und Politikern
in bezug auf den politischen Standort der Befragten *) (Januar 1976):**

	gesamte Wählerschaft	SPD- Sympathisanten	CDU/CSU- Sympathisanten	potentielle Wechselwähler
SPD	l 2,04	l 0,34	l 4,11	l 1,35
CDU	r 1,75	r 2,79	r 0,71	r 1,64
FDP	l 0,75	r 0,72	l 2,49	l 0,40
CSU	r 2,19	r 3,27	r 1,06	r 2,22
Schmidt	l 1,32	r 0,20	l 3,08	l 0,88
Kohl	r 1,56	r 2,53	r 0,61	r 1,53
Genscher	l 0,61	r 0,84	l 2,32	l 0,34
Brandt	l 2,55	l 0,82	l 4,67	l 1,84
Stoltenberg	r 1,58	r 2,71	r 0,57	r 1,36
Friderichs	l 0,50	r 0,90	l 2,10	l 0,14
Wehner	l 3,30	l 1,74	l 5,21	l 2,64
Strauß	r 2,51	r 3,66	r 1,46	r 2,26

*) ‚l‘ bedeutet eine Distanz nach links, ‚r‘ eine nach rechts.

kehren. Andererseits war — abgesehen von den FDP-Politikern Friderichs und Genscher, deren Werte aufgrund der generellen Position der FDP im Grenzbereich zwischen SPD und potentiellen Wechselwählern bei dieser Meßmethode kaum vergleichbar sind — die relative Distanz zwischen den potentiellen Wechselwählern und Schmidt (0,88) geringer als die zwischen ihnen und Kohl (1,53) bzw. Stoltenberg (1,36).

Einer weitgehend gleichförmigen Einschätzung der CDU und ihrer Politiker stand mithin eine große Diskrepanz zwischen der Position von Schmidt und der SPD gegenüber. Während die SPD bei dieser Einschätzung kaum mehrheitsfähig war, kam Schmidt diesem Ziel deutlich näher, ohne es zu erreichen. Schmidt stand zwar den Wechslern näher als Kohl, die CDU und ihre Politiker konnten aber auf mehr Erfolg bei SPD-Sympathisanten rechnen.

Interessante Differenzierungen ergaben sich, wenn man eine regionale Betrachtungsweise anlegt. Während im nördlichen und im südlichen Teil der Bundesrepublik die CDU der Position der Befragten deutlich näher stand als die SPD, war die Distanz zwischen beiden Parteien und der Position der Befragten in

Tabelle 4:

**Die politischen Standorte von Wählern,
Parteien und Politikern aus der Sicht der
gesamten Wählerschaft im interregionalen
Vergleich *):**

	Nord	Mitte	Süd
SPD	l 2,40	l 2,11	l 2,36
CDU	r 1,66	r 1,44	r 1,52
FDP	l 0,99	l 0,88	l 1,07
CSU	r 2,17	r 1,91	r 1,91
Schmidt	l 1,57	l 1,43	l 1,64
Kohl	r 1,40	r 1,10	r 1,50
Genscher	l 0,82	l 0,89	l 0,81
Brandt	l 2,69	l 2,60	l 2,99
Stoltenberg	r 1,54	r 1,23	r 1,36
Friderichs	l 0,63	l 0,71	l 0,80
Wehner	l 3,53	l 3,37	l 3,69
Strauß	r 2,65	r 2,04	r 2,30
selbst	l 0,16	l 0,32	l 0,16

den Mittelstaaten Nordrhein-Westfalen und Hessen gleich. Wenn man die Spitzenkandidaten der Parteien einbezieht, ergab sich ein anderes Bild: In allen drei Regionen führte Schmidt, wobei sein Vorsprung vor Kohl in

den Mittelstaaten mit 0,31 Punkten am größten war. Den deutlichsten Unterschied zeigt die Einordnung von Strauß, der im Norden weiter rechts stehend gesetzt wurde als im Süden.

IV. Die Grunddimensionen des Images von Parteien und Politikern: Sympathie und Leistung

Die Einschätzung der Parteien, Politiker und Wählergruppen auf der rechts-links-Dimension beschreibt den ersten Aspekt der Ausgangssituation. Den zweiten bildet das Image, das Bild, das Parteien und Politiker in den Augen der Wählerschaft besitzen. Dabei bilden die Sympathie, das Vertrauen, das man einem Kandidaten entgegenbringt, und die Leistung, die man ihm zutraut, die beiden wesentlichen Dimensionen, mit deren Hilfe die Eigenschaften verschiedener Politiker sortiert werden können.

1. Die Sympathie:

Tabelle 5 gibt einen Überblick über die Sympathiewerte, die Parteien und Politiker im Februar 1976 in den verschiedenen Wählergruppen auf sich vereinigten. Dabei handelt es sich um Punkte, die auf einer zehnstufigen Skala erreicht werden können. Je höher die Punktzahl, desto höher die Sympathie, die dem entsprechenden Politiker oder der entsprechenden Partei entgegengebracht wird. Zusammenfassend sind vor allem folgende Ergebnisse zu beachten:

Tabelle 5:

**Sympathiewerte von Parteien und Politikern bei
Parteianhängern und potentiellen Wechselwählern (Februar 1976):**

	Sympathie							Potentielle Wechsel- wähler
	Gesamt	SPD-Sympathisanten			CDU/CSU-Sympathisanten			
		Gesamt	Harte	Weiche	Gesamt	Harte	Weiche	
SPD	5,5	8,3	8,9	7,8	2,9	2,2	3,5	5,5
CDU	5,9	3,8	3,2	4,2	8,3	8,8	8,0	5,8
FDP	4,8	5,6	5,7	5,4	3,7	3,2	4,1	4,6
CSU	4,4	2,1	1,4	2,6	7,0	7,6	6,6	4,1
Schmidt	6,6	8,6	8,9	8,3	4,6	4,2	4,9	6,5
Kohl	6,0	4,5	3,9	4,9	8,0	8,5	7,6	5,9
Genscher	5,1	5,8	5,9	5,8	4,2	4,0	4,5	5,0
Brandt	4,4	7,0	7,4	6,7	2,1	1,5	2,6	4,1
Stoltenberg	5,3	4,0	3,5	4,3	6,9	7,3	6,6	5,1
Friderichs	5,1	5,6	5,8	5,5	4,5	4,1	4,8	5,0
Wehner	2,9	5,0	5,7	4,5	1,1	0,8	1,4	2,7
Strauß	3,8	1,6	1,2	1,2	6,4	7,1	5,9	3,6

a) Die Werte für die CDU, Kohl und Stoltenberg lagen relativ nahe beieinander und waren auch über die einzelnen Wählergruppen weitgehend stabil, wobei es eine Selbstverständlichkeit ist, daß die SPD-Sympathisanten die CDU und ihre Politiker geringer einschätzten als dies die CDU-Sympathisanten taten. Es erfolgte aber keine krasse Ablehnung der CDU und ihrer Politiker unter den SPD-Sympathisanten. Im Gegensatz dazu stand die Situation der CSU und von Strauß, die beide bundesweit wesentlich geringere Werte als die CDU und ihre Politiker erzielten und darüber hinaus gerade von den SPD-Sympathisanten deutlich abgelehnt wurden.

Tabelle 6:

Sympathiewerte von Parteien und Politikern im interregionalen Vergleich:

	Nord	Mitte	Süd	Bayern
SPD	5,7	5,8	5,3	
CDU	5,8	5,6	6,2	
FDP	4,9	5,0	4,6	
CSU	3,6	3,9	5,1	6,1
Schmidt	6,8	6,6	6,4	
Kohl	5,8	5,9	6,3	
Genscher	5,5	5,1	4,9	
Brandt	4,7	4,8	4,0	
Stoltenberg	5,6	5,1	5,4	
Friderichs	5,5	5,1	5,0	
Wehner	3,2	3,1	2,6	
Strauß	3,4	3,4	4,4	5,2

Dieses Bild ändert sich jedoch, wenn man eine regionale Aufsplitterung vornimmt. Im Süden waren die Sympathiewerte für Strauß um etwa einen Punkt höher als in den anderen Regionen. Für die CSU war der Unterschied noch größer. Das wird noch ausgeprägter, wenn man eine Spezialauszählung für Bayern vornimmt. Hier erreichten Strauß mit 5,1 und die CSU mit 6,1 Sympathiewerte, die — auch gemessen an den bundesweiten Werten der CDU und ihrer Politiker — als Spitzenwerte zu bezeichnen sind. Anders formu-

liert: Die CSU und ihr Vorsitzender verstärken in Bayern die Position der Union, bedeuteten aber bundesweit eine Belastung.

b) Zwischen Schmidt, der SPD und Brandt und Wehner bestanden erhebliche Unterschiede in der Einschätzung; während Schmidt die höchsten Sympathiewerte erzielte und ebenso wie die CDU-Politiker von den SPD-Sympathisanten und auch von den CDU-Sympathisanten respektiert wurde, war der Sympathiewert der SPD generell niedriger; dazu erfuhr diese Partei in der Gruppe der CDU/CSU-Sympathisanten eine Ablehnung, die der der CSU durch die SPD-Sympathisanten vergleichbar ist. Die regionale Aufteilung zeigt, daß die Position von Schmidt im Norden deutlich stärker war als in den mittleren Bundesländern und insbesondere auch im Süden. Die übrigen untersuchten SPD-Spitzenpolitiker Brandt und Wehner erzielten noch erheblich geringere Sympathiewerte als die SPD, der von Brandt lag mehr als einen Punkt unter dem Wert seiner Partei, und Wehner erreichte nicht einmal drei Punkte. Unter den SPD-Sympathisanten war zwar die Beurteilung deutlich besser, bei der Gruppe der CDU-Sympathisanten erfolgte jedoch die extremste Zurückweisung, die es überhaupt gibt. Die Ablehnung beider Politiker ist im Süden am ausgeprägtesten. Ferner ist zu betonen, daß Wehner und Brandt in der Gruppe der potentiellen Wechselwähler noch geringere Sympathiewerte erzielten als im Durchschnitt.

c) Die beiden FDP-Politiker nahmen eine Mittelposition ein. Es ist bemerkenswert, daß ihre Einschätzung nahezu identisch ist. Während Genscher unter den SPD-Sympathisanten geringfügig höher eingeschätzt wurde als Friderichs, war es unter den CDU-Sympathisanten genau umgekehrt. In der Gruppe der Wechsler war ihre Einstufung wieder gleich, und auch in den Regionen zeigte sich kein Unterschied zwischen beiden, jedoch die Tendenz, daß beide im Norden deutlich positiver eingeschätzt wurden als in den anderen Regionen.

2. Leistungsfähigkeit

Mit dem gleichen Instrument wurde für die gleichen Parteien und Politiker die Leistungsfähigkeit ermittelt. Hier fallen drei Unterschiede ins Auge:

Tabelle 7:

**Leistungsfähigkeit von Parteien und Politikern bei
Parteianhängern und potentiellen Wechselwählern (Februar 1976):**

	Gesamt	SPD-Sympathisanten			CDU/CSU-Sympathisanten			Potentielle Wechsel- wähler
		Gesamt	Harte	Weiche	Gesamt	Harte	Weiche	
SPD	5,91	8,12	8,70	7,73	3,83	4,26	4,26	5,83
CDU	6,36	5,09	4,91	5,23	8,10	8,47	7,79	6,06
FDP	5,02	5,87	6,07	5,74	4,05	3,74	4,30	4,64
CSU	4,96	3,34	2,85	3,69	7,04	7,53	6,68	4,57
Schmidt	6,94	8,71	9,19	8,39	5,30	5,07	5,47	6,85
Kohl	6,33	5,18	5,02	5,29	7,84	8,21	7,54	6,19
Genscher	5,45	6,22	6,55	5,97	4,63	4,35	4,88	5,24
Brandt	4,60	6,77	7,24	6,44	2,57	2,05	2,99	4,38
Stoltenberg	5,54	4,53	4,23	4,75	6,93	7,36	6,59	5,35
Friderichs	5,45	6,00	6,15	5,88	4,91	4,63	5,10	5,24
Wehner	3,53	5,42	6,12	4,94	1,83	1,49	2,12	3,36
Strauß	5,50	4,19	3,99	4,31	7,32	7,87	6,90	5,09

a) Wie bei der Sympathie lag die Einschätzung der Leistungsfähigkeit von CDU, Kohl und Stoltenberg sehr nahe beieinander. Im Gegensatz zur Sympathie erzielte jedoch auch Strauß eine bemerkenswert hohe Bewertung in seiner Leistungsfähigkeit. Das galt nicht im gleichen Umfange auch für die CSU, die um etwa einen halben Punkt höher in der Leistungsfähigkeit eingeschätzt wurde als ihr Sympathie entgegengebracht wurde. Die Ablehnung von Strauß und der CSU unter den SPD-Sympathisanten war auch bei der Frage der Leistungsfähigkeit ausgeprägt, aber nicht so groß wie bei der Sympathie.

b) Die bei den Sympathiewerten aufgetretene Diskrepanz zwischen der SPD und ihren Politikern war bei der Leistungsfähigkeit nicht weniger stark ausgeprägt. Schmidt erzielte die höchsten Werte, die überhaupt bei diesem Kriterium gemessen werden konnten. Die Zurückweisung von Brandt und Wehner unter den CDU-Sympathisanten wie auch in der Gruppe der potentiellen Wechselwähler war beachtlich.

Wie bei der Sympathie bestanden keine nennenswerten Unterschiede zwischen den FDP-Politikern und der FDP.

c) Bei dem Kriterium der Leistungsfähigkeit sind die regionalen Unterschiede stark ausgeprägt.

Während im Bundesdurchschnitt der Vorsprung von Schmidt vor Kohl nur etwas mehr als einen halben Punkt ausmacht, betrug er in

Tabelle 3:

**Leistungsfähigkeit von Parteien und Politikern
im interregionalen Vergleich:**

	Nord	Mitte	Süd	Bayern
SPD	6,1	6,0	5,6	
CDU	6,3	6,0	6,6	
FDP	5,2	5,2	4,7	
CSU	4,5	4,6	5,5	6,3
Schmidt	7,3	6,9	6,7	
Kohl	6,2	6,1	6,5	
Genscher	5,8	5,5	5,2	
Brandt	4,8	4,9	4,1	
Stoltenberg	6,0	5,2	5,5	
Friderichs	5,7	5,3	5,3	
Wehner	3,9	3,7	3,1	
Strauß	5,4	5,2	5,7	6,3

Norddeutschland 1,1 Punkte, im Süden dagegen nur etwa einen Viertelpunkt. Während die Einschätzung von Stoltenberg im Norden deutlich höher war, waren die Werte für Strauß und auch für die CSU im Süden wieder wesentlich besser, und das gilt insbesondere für Bayern, wo Strauß und die CSU Werte von 6,3 erzielten. *Aber selbst in Bayern wurde die CDU sowohl bei der Sympathie als auch bei der Leistungsfähigkeit geringfügig höher als die CSU und Kohl entsprechend höher als Strauß eingestuft.* So bestätigt sich auch bei diesem Kriterium die überregionale Belastung, die die CSU und ihr Vorsitzender für die CDU darstellt.

Dieser Überblick verdeutlicht, daß in der Ausgangssituation zur Bundestagswahl 1976 eine Konstellation bestand, die deutlich von früheren Bundestagswahlen abwich. Hierbei sind vor allem drei Faktoren zu beachten:

a) Zum ersten Male erzielte die Partei des Kanzlerkandidaten bei allen Imagekomponenten, also Sympathie und Leistungsfähigkeit, höhere Werte als die Kanzlerpartei. Wenn man einmal von der besonderen Situation des Jahres 1969 (Große Koalition) absieht, als die Vor- und Nachteile von CDU/CSU und SPD unterschiedlich verteilt waren, haben bislang alle anderen Bundestagswahlen, zu denen entsprechende Daten vorliegen (alle außer 1949), der Partei des Kanzlers eine günstigere Ausgangssituation gegeben, als der Partei des Kanzlerkandidaten.

b) Während im Regelfall die Regierungspartei ein breites Angebot an politischem Personal hat, das erstens über einen hohen Bekanntheitsgrad und zweitens über weitgehende Attraktivität verfügt, galt das diesmal nicht. Die meisten Kabinettsmitglieder erreichten kaum

einen ausreichenden Bekanntheitsgrad; die neben Schmidt bekanntesten SPD-Politiker Brandt und Wehner mußten als Negativfaktoren der SPD bewertet werden. Im Gegensatz dazu verfügte die CDU mit Kohl und Stoltenberg über zwei attraktive Persönlichkeiten, aber auch über die inzwischen schon traditionelle Belastung durch die CSU und ihren Vorsitzenden. In allen Bundestagswahlen seit 1965 gibt es zumindest Hinweise für die Bestätigung dieser Aussage.

c) In der Vergangenheit konnte eine enge Verbindung zwischen dem Image der Spitzenpolitiker und dem Amte, das sie innehatten, beobachtet werden. Stets galt der Kanzler als der weitaus sympathischere, während der Kanzlerkandidat am ehesten noch positive Werte im Bereich der Leistungsfähigkeit erzielen konnte. Das galt für 1976 in dieser Form nicht; Schmidt erzielte die höchsten Werte im Bereich der Leistungsfähigkeit und die Sympathiewerte für Kohl waren die höchsten, die je auf einen Kanzlerkandidaten entfallen sind.

Unter Berücksichtigung dieser Besonderheiten sind die Ergebnisse auf die Frage „Wen hätten Sie am liebsten als Bundeskanzler?“, bei der die Differenz zwischen Schmidt und Kohl etwa nur halb so groß ist, wie das traditionellerweise der Fall war, differenziert zu interpretieren.

Schmidt erzielte deutlich höhere Werte als seine Partei, und Kohl entsprechend niedrigere Werte. Anders formuliert: Schmidt gelang es, stärker in das Potential der CDU einzutreten als Kohl dies bei der SPD konnte.

Diese Werte der Ausgangssituation zu Jahresbeginn hatten sich bis zur Wahl nicht nennenswert verändert.

V. Die perzipierte Interessenvertretung

In den Landtagswahlen der Jahre 1974 bis 1976 erzielte die CDU/CSU insgesamt 51,4 % der Stimmen. Die SPD kam auf 39,9 %, die FDP auf 6,9 %. Das bedeutete nahezu eine Umkehr der Stärkeverhältnisse von Regierung und Opposition im Vergleich zur Bundestagswahl 1972. Wie stabil wird diese Wählerbewegung im Hinblick auf den 3. Oktober 1976 sein? Das war die zentrale Frage. Die deutlich positive Einstufung der CDU — mit der Einschränkung der CSU — im Vergleich zur SPD gab einen ersten Hinweis auf die

gewachsene Attraktivität der Opposition und ihrer Politiker. Wie aber sieht es mit der Interessenvertretung aus? In welchem Umfang glaubten die Wähler, daß die einzelnen Parteien ihre Interessen vertreten bzw. mit welchen Gruppen identifizierten sie die einzelnen Parteien. Diese Frage hat sich bewährt, um die Stabilität von Bindungen an die Parteien zu messen.

Gerade diese Fragestellung verdeutlichte im Jahre 1972, in welchem Umfang die CDU/CSU zur Minoritätenpartei geworden war; seitdem

Tabelle 9:

Die Perzeption der Interessenvertretung sozialer Gruppen durch politische Parteien (Juni 1976):

	1976			1972 *)		
	SPD	CDU/ CSU	FDP	SPD	CDU/ CSU	FDP
Arbeiter	78,2	16,0	1,5	79,7	8,4	0,4
Beamte	24,9	53,4	15,5	23,5	44,7	11,6
Angestellte	33,8	43,3	15,8	39,1	32,8	8,2
Mittelstand	22,7	48,7	21,6	22,6	39,8	22,5
Unternehmer	5,1	76,5	12,8	6,4	61,6	17,4
Bauern	20,0	57,3	15,7	13,9	51,2	11,6
Rentner	59,4	30,1	3,4	54,3	23,9	1,5
alte Menschen	51,2	36,8	4,1	54,4	37,4	1,4
junge Menschen	53,9	27,9	8,6	55,5	9,6	3,1
Protestanten	46,8	33,0	9,6	26,7	30,1	4,8
Katholiken	7,5	83,6	0,7	9,5	61,3	1,5
Leute wie mich	47,6	45,5	6,9			

*) Die Angaben für Protestanten und Katholiken beziehen sich auf Oktober 1971, alle übrigen auf April 1972.

hat sich jedoch eine durchgehende Imageverbesserung dieser Partei vollzogen.

Während die SPD ihr Image als Interessenvertretung der Arbeiter im wesentlichen behaupten konnte (rund 80 % 1972 wie heute), konnte die CDU/CSU ihren Anteil als Interessenvertretung dieser Gruppe verdoppeln. Das Übergewicht der SPD war zwar nach wie vor erdrückend deutlich, aber man konnte nicht mehr wie 1972 von einer einseitigen Klischeevorstellung sprechen.

Auch bei anderen Gruppierungen, in denen die Diskrepanz 1972 besonders ausgeprägt war, hatte die CDU/CSU an Boden gutgemacht: noch immer war der Anteil derer, die die SPD als Interessenvertretung junger Menschen ansahen, rund doppelt so groß wie der Anteil derjenigen, die hier die CDU/CSU nannten. Im Vergleich zu 1972 konnte die CDU/CSU ihre Werte für diese Gruppe jedoch verdreifachen. Als Interessenvertretung der Beamten und des Mittelstandes war die Position der SPD im wesentlichen gleichgeblieben, während die CDU/CSU bei diesen Gruppen und bei den Angestellten, wo die Werte für die SPD zurückgegangen waren, deutliche Gewinne verzeichnen konnte. Bei

der Gruppe der alten Menschen ist die Position der SPD gegenüber der der CDU/CSU im wesentlichen kaum verändert.

Während SPD und CDU/CSU in etwa gleichem Umfang ihr Bild als Interessenvertretung der Rentner und Bauern verbessern konnte, wobei für die Rentner nach wie vor die SPD und für die Bauern nach wie vor die CDU/CSU als die primäre Interessenvertreterin galt, hatte die CDU/CSU ihre Position als eine Interessenvertretung der Unternehmer deutlich verstärken können, während die SPD in diesem Bereich nach wie vor so gut wie nicht vertreten war.

All diese Veränderungen aber ordnen sich im wesentlichen in ein einheitliches Bild ein. Die CDU/CSU war 1972 in einer Minoritätenposition, die Verbesserung ihres Images bei nahezu allen Gruppen verdeutlicht die veränderte Situation. Zwar gab es nach wie vor Unterschiede in den Schwerpunkten der Parteien, aber wenn man von der Gruppe der Unternehmer und Arbeiter einmal absieht, wo die Klischeebildung am stärksten ausgeprägt ist, dann füllt dieses Meinungsbild den Begriff „Volkspartei“ inhaltlich aus, wobei dies für die CDU/CSU aufgrund ihrer relativ stärkeren

Position in der Gruppe der Arbeiter im Vergleich zur Position der SPD in der Gruppe der Unternehmer, und aufgrund ihrer starken Stellung in den quantitativen großen Gruppen der Angestellten und des Mittelstandes stärker galt.

Eine deutliche Veränderung hatte sich auch bei der Gruppe der Protestanten und Katholiken ergeben. Während 1972 die Situation für die Parteien als Interessenvertretung der Protestanten etwa ausgeglichen war, hatte die SPD inzwischen eine deutliche Führung als Partei der Protestanten bekommen. Ihre Position unter den Katholiken konnte sie dagegen nicht verändern, während die CDU/CSU viel stärker als vor vier Jahren als Partei der Katholiken verstanden wurde. Über 83 % sprachen ihr (gegenüber nur 61 % vor vier Jahren) dieses Merkmal zu. Es liegt nahe, diese absolut größte Veränderung durch ein politisches Ereignis der letzten vier Jahre zu interpretieren: den Streit um die Reform des Paragraphen 218.

Das Profil der FDP ist bei diesen Kriterien vergleichsweise farblos. 22 % hielten sie für eine Interessenvertreterin des Mittelstandes, jeweils 16 % der Angestellten, Bauern und Beamten, 13 % der Unternehmer und 10 % der Protestanten. Hier sind die Veränderungen gegenüber 1972 interessant, wenn auch wesentlich geringer als bei den anderen Parteien. Verbessern konnte die FDP ihre Situation als Interessenvertretung der Beamten, Angestellten und Bauern, während sie 1976 weniger als Unternehmerpartei angesehen wurde als noch 1972.

Diese dargestellte durchgehende Imageverbesserung der CDU/CSU ist ein erster Indikator dafür, daß die Entwicklung seit 1972 zu relativ stabilen Wählerbindungen an diese Partei geführt hat. Dennoch sollte dies nicht überbewertet werden. Nimmt man in die Liste der Gruppen die Kategorie „Leute wie mich“ auf, ergab sich eine auffallende Diskrepanz zu der Frage nach der Wahlabsicht.

VI. Einzelaspekte des Images der Parteien

Das durch den Standort der Parteien, durch die Grunddimensionen ihres Images sowie durch die perzipierte Interessenvertretung entstandene Bild wird bestätigt, wenn man spezielle Imagekomponenten in die Betrachtung einbezieht. 41 % der Befragten waren der Ansicht,

Mehr Leute verstanden in der SPD die Partei, die ihre Interessen vertritt als die CDU/CSU, aber nur 82 % derer, die in der SPD ihre Interessenvertretung sahen, waren auch bereit, diese Partei zu wählen, während 92 % derjenigen, die in der CDU/CSU ihre Interessen vertreten sahen, auch CDU/CSU wählen wollten. Die bekannte Labilität des Potentials der FDP zeigte sich auch bei dieser Frage: nur 64 % derer, die in der FDP ihre Interessen vertreten sahen, waren bereit, diese Partei zu wählen, 23 % entschieden sich für die CDU/CSU, 13 % für die SPD. Das heißt, bei dieser Fragestellung sind die „Abweichler“ von der FDP in der Überzahl in Richtung auf die CDU/CSU und nicht in Richtung auf die SPD orientiert.

Tabelle 10:

Interessenvertretung und Wahlabsicht

Interessenvertretung durch	Wahlabsicht		
	SPD	CDU/CSU	FDP
SPD	82,4	8,0	9,4
CDU/CSU	4,2	92,2	2,8
FDP	12,7	22,5	63,6

Diese Diskrepanz zwischen Interessenvertretung und Wahlabsicht verdeutlicht zwei Aspekte: Trotz der durchgehenden Imageverbesserung der CDU/CSU verfügte die Partei noch nicht über eine die Mehrheit in der Bundestagswahl sichernde stabile Wählerschaft. Auf der anderen Seite verdeutlicht diese Diskrepanz die gespaltene Beurteilung der SPD. Für fast 20 % derer, die von der SPD ihre Interessen vertreten sahen, war die Partei nicht wählbar. Die SPD hat grundsätzlich eine gute Chance zur Mehrheitspartei, konnte diese aber aufgrund ihres Bildes, das vor allem durch die innerparteilichen Ereignisse der letzten Jahre geprägt ist, 1976 nicht ausschöpfen.

die SPD habe kein klares Programm, 42 % stellten der CDU/CSU das gleiche Zeugnis aus, und hinsichtlich der FDP waren sogar 48 % dieser Meinung. Wesentlich ist, daß nicht nur die Anhänger einer Partei dem politischen Gegner jeweils Programmlosigkeit vorwarfen,

Tabelle 11:

Die Parteien haben kein klares Programm

Partei	Gesamt	SPD-Sympathisanten	CDU/CSU-Sympathisanten	Potentielle Wechselwähler
SPD	41,2	22,0	59,5	41,8
CDU/CSU	42,4	60,7	24,2	38,9
FDP	48,1	—	—	—

auch die eigenen Sympathisanten zu 22 % bei der SPD und zu 24 % bei der CDU/CSU erkannten kein klares Programm bei der Partei ihrer Wahl.

Die relative Einsamkeit von Bundeskanzler Schmidt als attraktivem Politiker seiner Partei, das breitere attraktive Personalangebot der CDU/CSU wird bestätigt, wenn 43 % der SPD vorwarfen, daß sie zu wenig vertrauenswürdige Politiker habe, aber nur 38 % dies für die CDU/CSU feststellten.

Selbstverständlich waren auch bei dieser Frage die Meinungen von SPD- und CDU/CSU-Sympathisanten wieder spiegelbildlich angeordnet. Dennoch zeigen sich interessante Unterschiede: während die CDU/CSU-Sympathisanten der SPD zu 74 % das Fehlen vertrauenswürdiger Politiker vorwarfen, erhoben die SPD-Sympathisanten gegenüber der CDU/CSU nur zu 64 % diesen Vorwurf. Die kritische Distanz zu den eigenen Politikern war dagegen bei beiden Gruppierungen etwa gleich ausgeprägt: 11 % der SPD-Sympathisanten und 12 % der CDU/CSU-Sympathisanten stimmten zu, daß ihre Partei zu wenig vertrauenswürdige Politiker habe. Auch hier bestätigte sich wieder, daß die Bindung der CDU/CSU-Sympathisanten an ihre Partei wesentlich fester war als die der SPD-Sympathisanten, oder an-

ders formuliert: der CDU/CSU war es eher möglich, in das Vorfeld der nicht festgebundenen SPD-Wähler einzudringen als umgekehrt.

Dies zeigte sich auch bei weiteren Eigenschaften, die den Parteien zugeschrieben wurden. 57 % hielten die SPD für zerstritten und 39 % die CDU/CSU, und die FDP wurde sogar nur von 31 % in diesem Sinne beschrieben. Hier ist wieder die Aufteilung nach den Wählergruppen aufschlußreich. Während 33 % der SPD-Sympathisanten ihre Partei als zerstritten bezeichneten, äußerten sich nur 17 % der CDU/CSU-Sympathisanten in dieser Form über ihre eigene Partei. Dagegen hielten 80 % der CDU/CSU-Sympathisanten die SPD für zerstritten, aber nur 55 % der SPD-Sympathisanten sahen so die CDU/CSU. In der kritischen Gruppe der potentiellen Wechselwähler erhielt die SPD von 57 % das Merkmal der Zerstrittenheit, die CDU/CSU nur zu 43 %. Das bedeutet, daß z. B. die Auseinandersetzungen zwischen CDU und CSU in deutlich geringerem Umfang das Bild der Union geprägt hatten als das für die internen Auseinandersetzungen in der SPD galt.

Das traditionelle Bild der SPD als eine auf Veränderung und der CDU/CSU als eine auf Bewahrung orientierte Partei kennzeichnet

Tabelle 12:

Die Parteien besitzen zu wenige vertrauenswürdige Politiker

Partei	Gesamt	SPD-Sympathisanten	CDU/CSU-Sympathisanten	Potentielle Wechselwähler
SPD	42,6	10,8	73,5	42,4
CDU/CSU	37,9	63,6	11,9	35,3
FDP	39,1	—	—	—

Tabelle 13:

Die Parteien sind zerstritten

Partei	Gesamt	SPD-Sympathisanten	CDU/CSU-Sympathisanten	Potentielle Wechselwähler
SPD	57,1	32,8	79,9	42,4
CDU/CSU	39,2	55,3	17,3	35,3
FDP	31,2	—	—	—

nach wie vor das Image der Parteien, aber auch hier mit interessanten Nuancierungen. Insgesamt warfen 54 % der Befragten der SPD vor, daß sie zu viele Experimente mache, nur geringfügig weniger, nämlich 51 %, kritisierten, daß die CDU/CSU zu stark am Überkommenen festhielte. Während jedoch 80 % der CDU/CSU-Sympathisanten der SPD den Vorwurf der übertriebenen Experimentierfreudigkeit machten, erhoben nur 74 % der SPD-Sympathisanten den Einwand, zu konservativ zu sein, gegenüber der CDU/CSU. Interessant ist jedoch, daß in dieser Frage die CDU/CSU-Anhänger leicht selbstkritischer waren als die der SPD. Nur 25,2 % der Sympathisanten der SPD warfen ihrer Partei vor, zu viele Experimente zu machen, aber 29,6 % der CDU/CSU-Sympathisanten glaubten, daß ihre Partei zu stark am Überkommenen festhielte. Unter den potentiellen Wechselwählern dagegen wurde wiederum die SPD kritischer betrachtet. 54 % warfen der SPD vor, zu viele Experimente zu machen, nur 46 % der CDU/CSU, daß sie zu sehr am Überkommenen festhielte.

Die Kompetenz zur Lösung politischer Aufgaben spiegelte die hohen Werte, die die CDU/CSU auf der Leistungsskala erhielt. 49 % warfen der SPD vor, die Probleme unseres Landes nicht zu lösen, während nur 37 % die-

sen Vorwurf gegenüber der CDU/CSU erhoben. Obwohl die kritische Distanz von SPD- und CDU/CSU-Sympathisanten zu ihrer eigenen Partei in dieser Frage nahezu gleich war (14,3 % der CDU/CSU-Sympathisanten und 14,7 % der SPD-Sympathisanten bezweifeln die Lösungskompetenz ihrer Partei), bescheinigten 81 % der CDU/CSU-Sympathisanten, aber nur 63 % der SPD-Sympathisanten der jeweils gegnerischen Partei die Unfähigkeit zur Problemlösung. Auch hier wieder das nun schon gewohnte Bild: die Ablehnung der SPD durch die CDU/CSU-Sympathisanten war wesentlich ausgeprägter als die der CDU/CSU durch die Sympathisanten der SPD.

Die Einordnung der Parteien und Politiker auf dem Rechts-Links-Kontinuum ergab, daß die CDU/CSU der politischen Mitte deutlich näher zugeordnet wurde als die SPD. Das bestätigt sich auch, wenn man auf das Image der Parteien schaut. 43 % warfen der CDU/CSU vor, zu weit rechts zu stehen, aber 48 % der SPD, sich zu weit links zu orientieren.

Unterteilt man diese Frage nach Wählergruppen, so ist festzustellen, daß die potentiellen Wechselwähler ein etwas gemäßigteres, aber in die gleiche Richtung zielendes Urteil abgaben als die gesamte Wählerschaft. Für 40 %

Tabelle 14:

Die SPD macht zu viele Experimente und die CDU/CSU hält zu stark am Überkommenen fest

Partei	Gesamt	SPD-Sympathisanten	CDU/CSU-Sympathisanten	Potentielle Wechselwähler
SPD	54,0	25,2	80,4	53,6
CDU/CSU	51,1	74,1	29,6	46,0

stand die CDU/CSU zu weit rechts und für 45 % die SPD zu weit links. Die kritische Distanz der eigenen Sympathisanten war in dieser Frage nahezu ausgeglichen: 18 % der CDU/CSU-Sympathisanten und 16 % der SPD-Sympathisanten hielten ihre Partei für jeweils

zu weit rechts bzw. links stehend, dagegen ist das „Feindbild“ wieder deutlich asymmetrisch: 80 % der CDU/CSU-Sympathisanten sahen die SPD zu weit links, aber nur 68 % der SPD-Sympathisanten sehen die CDU/CSU als zu weit rechts stehend.

Tabelle 15:

Die Parteien können die Probleme unseres Landes nicht lösen

Partei	Gesamt	SPD-Sympathisanten	CDU/CSU-Sympathisanten	Potentielle Wechselwähler
SPD	48,9	14,7	81,2	50,8
CDU/CSU	37,4	63,2	14,3	32,6
FDP	44,3	—	—	—

Tabelle 16:

Die SPD steht zu weit links und die CDU/CSU zu weit rechts

Partei	Gesamt	SPD-Sympathisanten	CDU/CSU-Sympathisanten	Potentielle Wechselwähler
SPD	47,9	16,0	80,4	44,5
CDU/CSU	43,3	68,4	18,3	39,8

VII. Die Themen der Wahl

Neben den verschiedenen Image-Elementen kommt den Themen einer Wahl eine besondere Bedeutung zu, d. h. den politischen Aufgaben, die im Verständnis der Bevölkerung anstehen und dem Zutrauen der Bevölkerung gegenüber den Politikern und Parteien, diese Aufgaben zu lösen. Dabei kommt im Regelfall den wirtschaftlichen Aufgaben, vor allem der Frage der Sicherung der ökonomischen Zu-

kunftsaussichten, eine besondere Bedeutung zu. Galt das auch für 1976?

In der Rangfolge der wichtigsten politischen Probleme gab es vom Januar des Wahljahres bis Ende September keine wesentlichen Veränderungen; jedoch ist auf das langsame Absinken der wirtschaftspolitischen Themen hinzuweisen.

Tabelle 17:

Die wichtigsten politischen Aufgaben

Problem	Gruppe									
	Alle Befragten					CDU/CSU-Anhänger				
	Befragungszeitpunkt					Befragungszeitpunkt				
	Jan.	Feb.	Jun.	Sept.	Okt.	Jan.	Feb.	Jun.	Sept.	Okt.
Arbeitslosigkeit	26,9	25,9	24,9	19,4	22,0	24,8	25,1	23,3	18,9	20,1
Inflation	15,8	14,9	14,8	12,6	13,7	19,6	16,7	16,1	12,6	14,1
Innere Sicherheit	7,7	6,2	9,4	7,5	8,8	11,6	7,8	11,2	8,0	11,0
Wirtschaftspolitik (allgemein)	9,3	7,7	8,0	6,7	6,5	10,3	7,9	8,7	7,6	6,2
Renten	2,0	3,0	2,8	4,8	6,4					
Friedenspolitik	3,4	3,6	2,8	4,0	3,6					
Soziale Gerechtigkeit	3,0	2,6	3,4	3,2	3,4					
Jugendarbeitslosigkeit	3,2	3,5	3,4	3,0	4,2					
Ostpolitik	—	2,6	—	2,6	2,8					

Problem	Gruppe									
	SPD-Anhänger					Wechsler				
	Befragungszeitpunkt					Befragungszeitpunkt				
	Jan.	Feb.	Jun.	Sept.	Okt.	Jan.	Feb.	Jun.	Sept.	Okt.
Arbeitslosigkeit	30,0	27,6	27,3	23,2	21,5	29,5	27,0	26,1	19,2	25,5
Inflation	17,1	13,8	14,2	11,7	12,8	14,5	14,5	13,6	13,4	15,6
Innere Sicherheit	6,7	5,1	8,3	6,6	6,5	5,7	5,3	8,4	6,5	8,8
Wirtschaftspolitik (allgemein)	8,8	6,7	7,2	5,9	6,2	9,6	8,3	7,3	7,5	7,0
Renten										
Friedenspolitik										
Soziale Gerechtigkeit										
Jugendarbeitslosigkeit										
Ostpolitik										

Diese sinkende Relevanz des wirtschaftspolitischen Themas ging einher mit einer Veränderung der Beurteilung der wirtschaftlichen Situation. Die negative Beurteilung der wirtschaftlichen Zukunftsaussichten war die wichtigste Triebfeder oppositionellen Wahlverhaltens in der Periode der Landtagswahlen, aber seit Anfang 1976 zeigte sich eine veränderte Tendenz.

Während bis Juni sowohl die Beurteilung der gegenwärtigen Situation wie die der Zukunftsaussichten durch einen wachsenden Optimismus gekennzeichnet war, zeigte sich ab September eine leicht veränderte Entwicklung. Während die Beurteilung der gegenwärtigen Situation noch weitgehend positiv geworden war, zeigte sich bei der Beurteilung der Zukunftsaussichten ein „Knick“ in der seit Januar stabilen Entwicklung.

Glaubten im Juni noch 41 % an eine weitere Verbesserung, so waren es im September nur noch 33 %, und auch die Zahl der Pessimisten stieg geringfügig von 9 % auf 12 %. Die deutliche Aufschwungstimmung des Frühjahres war also einer vorsichtigen Skepsis gewichen. Die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage blieb bis zum Wahltag positiv. 41 % beurteilten die Gegenwart als gut, 12 % als schlecht, die Zukunftsaussichten blieben vorsichtig optimistisch, 34 % erwarteten eine Verbesserung, 9 % eine Verschlechterung, wobei sich das Meinungsbild der Wählertypen weitgehend angeglichen hatte. Beurteilten im Januar noch 47 % der SPD-Anhänger die Zukunft positiv, so waren es zur Wahl nur noch 39 %. Dagegen stieg der Optimismus der CDU/CSU-Anhänger geringfügig von 31 % auf 33 %, der der Wechsler sank von 35 % auf 32 %.

Tabelle 18:

Beurteilung der wirtschaftlichen Situation

Beurteilung	Befragungszeitpunkt	Alle Befragten	Wählertyp		
			CDU/CSU-Anhänger	SPD-Anhänger	„Wechsler“
Positiv	Januar	22,0	13,0	32,7	22,7
	Februar	19,6	9,7	32,8	16,5
	April	24,4	—	—	—
	Juni	29,4	16,6	44,7	26,6
	September	37,6	21,8	55,6	39,0
	Oktober	40,8	22,9	57,5	36,8
Teils/teils	Januar	52,7	50,2	55,3	51,6
	Februar	54,0	50,4	51,2	60,7
	April	54,3	—	—	—
	Juni	52,3	56,9	48,7	52,8
	September	47,5	57,1	36,8	45,9
	Oktober	46,8	56,2	35,7	50,5
Negativ	Januar	25,3	36,7	12,0	25,7
	Februar	26,4	39,8	15,9	22,8
	April	21,2	—	—	—
	Juni	18,3	27,0	6,6	20,6
	September	14,9	21,2	7,6	14,5
	Oktober	12,4	20,9	4,1	12,6

Groß blieb dagegen der Meinungsgegensatz bei der Beurteilung der gegenwärtigen Situation. Den 58 % positiven Nennungen der SPD-Anhänger (Januar 33 %) standen auch zur Wahl nur 23 % (Januar 13 %) der CDU/CSU-Anhänger und 37 % (Januar 23 %) der Wechsler gegenüber.

Neben der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage steht die Relevanz, die der Frage für die eigenen Lebensumstände eingeräumt wird.

24 % sahen sich persönlich von der wirtschaftlichen Entwicklung stark betroffen. Auch unter 20 % der potentiellen Wechselwähler wurde diese Meinung vertreten. Unter denen, die sich so betroffen fühlten, war die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation und Entwicklung kontroverser. Von denen, die sich sehr stark betroffen fühlten, glaubten im September 44 % an eine Verbesserung und

15 % an eine Verschlechterung. Unter denen, die sich nicht betroffen fühlten, war dagegen die Gruppe, die an eine konstante Entwicklung glaubte, mit 63 % um 20 Prozentpunkte größer als unter der Gruppe der sich betroffen fühlenden. Die sich stark betroffen fühlten, beurteilten die Gegenwart zu 32 % positiv, diejenigen, die sich nicht betroffen fühlten, dagegen zu 46 %. Unter der ersten Gruppe betrug die negative Beurteilung der Gegenwart 26 % die sich nicht betroffen fühlten, zeichneten dagegen nur zu 11 % ein negatives Bild der Gegenwart.

Entsprechend der positiven Beurteilung ist der generelle Stellenwert des wirtschaftlichen Themas bis zur Wahl nahezu ständig gesunken. Entfielen auf die drei Wirtschaftsthemen im Januar 52 % der Nennungen, im Juni noch 48 %, so waren es zur Wahl nur noch 39 %.

Tabelle 19:

Beurteilung der künftigen Wirtschaftsentwicklung

Beurteilung	Befragungszeitpunkt	Alle Befragten	Wählertyp		
			CDU/CSU-Anhänger	SPD-Anhänger	„Wechsler“
Besser	Januar	36,5	31,0	46,7	34,8
	Februar	34,3	29,2	45,0	29,4
	April	35,6	—	—	—
	Juni	41,9	37,0	50,9	37,9
	September	33,1	37,5	38,4	22,3
	Oktober	34,0	33,3	38,6	31,6
Gleichbleibend	Januar	49,4	49,8	46,9	50,9
	Februar	52,0	52,4	48,3	54,7
	April	51,1	—	—	—
	Juni	49,5	52,7	44,9	52,3
	September	55,1	49,7	56,1	62,8
	Oktober	57,1	57,1	54,7	59,6
Schlechter	Januar	14,1	19,2	6,5	14,3
	Februar	13,7	18,4	6,7	16,0
	April	13,3	—	—	—
	Juni	8,6	10,4	4,7	9,6
	September	11,7	12,8	5,5	15,2
	Oktober	8,8	9,5	6,6	8,8

Aber: kein wirklich neues Thema ist aus der Sicht der Wählerschaft in die Diskussion getreten. Allein die Frage der Rentensicherung erzielte Ende September mit 6 % eine gestiegene Häufigkeit (Juni 3 %, Januar 2 %).

Für die Bewältigung all dieser Aufgaben in ihrem Sinne hielten im September noch 47 % die CDU/CSU geeignet, 37,5 % glaubten an die SPD, 3 % an die FDP, und weitere 5,5 % entfielen auf SPD und FDP gemeinsam. Das heißt, der 47 % Lösungskompetenz der Opposition standen 46 % der Regierung gegenüber, wobei sich insgesamt nur geringe Schwan-

kungen während des gesamten Beobachtungszeitraumes zeigen. Bis zur Wahl änderte sich dieses Bild: fast 51 % gaben der Regierung, nur 43 % der Opposition die hohe Leistungskompetenz.

Dies ändert sich jedoch, wenn man nur die Befragten untersucht, die sich von der wirtschaftlichen Entwicklung betroffen fühlen: Sie glauben zu 48 % an die Kompetenz der Opposition, nur zu 41 % an die der Regierung. Die sich wenig von der wirtschaftlichen Entwicklung persönlich betroffen fühlenden glauben dagegen zu 52 % an die Kompetenz

Tabelle 20:

Problemlösungskompetenz der Parteien und Politiker

	Gruppe									
	Alle Befragten					CDU/CSU-Anhänger				
	Befragungszeitpunkt					Befragungszeitpunkt				
	Jan.	Feb.	Jun.	Sept.	Okt.	Jan.	Feb.	Jun.	Sept.	Okt.
SPD	34,3	34,3	35,7	37,5	38,2	5,6	3,3	4,3	3,4	2,6
CDU/CSU	45,5	45,5	45,2	46,6	42,9	84,2	92,8	86,7	89,1	91,0
FDP	4,6	4,6	3,8	3,2	3,6	1,6	1,4	0,0	1,3	1,0
SPD-FDP	7,8	7,8	6,8	5,2	8,9	0,7	1,1	0,0	0,7	0,5
Regierung	46,7	46,7	46,3	45,9	50,7	7,9	5,8	4,3	5,4	4,1
Opposition	45,5	45,5	45,2	46,6	42,9	84,2	92,8	86,7	89,1	91,0
Schmidt	33,5	33,5	34,2	33,3	34,4	4,8	3,6	4,6	2,4	3,2
Kohl	22,2	22,2	23,0	23,6	22,3	41,4	40,2	46,9	50,7	48,5
Strauß	15,8	15,8	13,5	12,5	13,8	28,6	25,7	24,8	24,4	29,6

	Gruppe									
	SPD-Anhänger					Wechsler				
	Befragungszeitpunkt					Befragungszeitpunkt				
	Jan.	Feb.	Jun.	Sept.	Okt.	Jan.	Feb.	Jun.	Sept.	Okt.
SPD	70,1	74,1	72,8	77,1	75,4	38,5	32,6	29,3	31,0	31,8
CDU/CSU	5,3	7,9	7,6	4,5	4,6	36,6	40,8	41,9	38,4	47,7
FDP	1,9	2,7	1,3	2,7	2,4	2,7	4,4	5,0	4,6	4,1
SPD-FDP	16,2	11,9	12,6	12,5	14,0	8,4	7,0	6,9	5,6	6,3
Regierung	88,2	88,7	86,7	92,3	91,8	50,6	44,0	41,2	41,2	42,2
Opposition	5,3	7,9	7,6	4,5	4,6	36,6	40,8	41,9	38,4	47,7
Schmidt	54,5	57,0	69,7	67,9	70,7	36,8	22,3	30,1	27,6	30,9
Kohl	3,1	2,2	2,6	1,6	1,7	11,3	9,8	19,9	19,6	27,1
Strauß	2,0	2,2	2,6	1,8	4,6	14,7	10,3	14,9	9,8	15,3

der Regierung, zu 43 % an die der Opposition.

Trotz dieser Unsicherheit über die Themen der Wahl machte es Anfang September für 55 % einen großen Unterschied, wer die Wahl gewinnt. Den CDU/CSU-Anhängern war es mit 68 % noch wichtiger als den SPD-Anhängern mit 57 %, aber nur für 35 % der potentiellen Wechselwähler machte es einen großen Unterschied. 28 % dieser Gruppe war es gleichgültig, 37 % mochten sich in dieser Form nicht äußern: Polarisierende Tendenzen in den Anhängerschaften mit höherem Mobilisierungspotential der CDU/CSU, aber ein recht breiter Konsens mit dem Parteiensystem bei den potentiellen Wechselwählern.

Bis zur Wahl hatte sich dieses Bild geändert. Die Mobilisierbarkeit beider großen Parteien hatte sich angenähert.

Diese generelle Lösungskompetenz bedarf einer näheren Betrachtung. Von den seit Januar ständig in der Spitzengruppe rangierenden Themen, also Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Inflation und Kriminalität, sozialer Ausgleich und Verständigung mit dem Osten, zeigt sich bei zwei Themen ein deutliches Übergewicht der CDU/CSU und ihrer Politiker, nämlich bei der Bekämpfung der Inflation und der Kriminalität. Ein etwas differenzierteres Bild ergab sich bei der wichtigsten Aufgabe insgesamt: der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Hier lag die CDU knapp vor der SPD, aber Schmidt führte ebenso knapp vor Kohl; dagegen lagen bei der Sozialpolitik und der Ostpolitik die SPD und ihre Politiker tendenziell vorn.

Die Kompetenz wurde mit einer 7 Punkte umfassenden Skala gemessen, je höher die Punktzahl, desto höher die zugeordnete Kompetenz. Beim Thema Arbeitslosigkeit führte in der gesamten Wählerschaft der Bundeskanzler mit 4,5 von 7 möglichen Punkten, dicht gefolgt von der CDU und dem Kanzlerkandidaten Kohl mit jeweils 4,3 Punkten, während die SPD nur auf 4,1 Punkte kommt. Stoltenberg, die beiden FDP-Politiker Friderichs und Genscher sowie die FDP folgten mit 3,8 Punkten vor der CSU mit 3,7 und Strauß mit 3,6 Punkten. Dieses Bild änderte sich jedoch bei einer Aufteilung nach Wählertypen. Der Vorsprung von Schmidt beruhte auf einer extrem hohen Einschätzung durch die SPD-Wähler, von denen er 5,6 Punkte erhielt, während die CDU/CSU-Wähler ihm nur 3,4 und die potentiellen Wechsler ihm 4,4 Punkte gaben. Demgegenüber erzielte Kohl auch unter den SPD-Wäh-

lern noch 3,7, seine eigene Wählerschaft gab ihm 5 Punkte, mehr als einen halben Punkt weniger als die SPD-Wählerschaft Schmidt gab. In der kritischen Gruppe der noch nicht parteigebundenen Wähler erreichte Kohl mit 4,4 Punkten das gleiche Ergebnis wie Schmidt.

Daraus ergibt sich, daß das Übergewicht von Schmidt in der Gesamtwählerschaft auf der massiveren Unterstützung beruhte, die er bei seiner eigenen Wählerschaft fand.

Bei dem Thema Inflationsbekämpfung führte die CDU mit 4,4 Punkten knapp vor Kohl und Schmidt, die beide 4,3 Punkte erzielten, gefolgt von der SPD mit 4,0, Stoltenberg und Friderichs mit jeweils 3,9, der FDP, der CSU, Genscher und Strauß mit jeweils 3,8 Punkten. Auch hier war das Abschneiden von Schmidt noch relativ verzerrt durch die viel intensivere Unterstützung, die er im Vergleich zu Kohl unter den eigenen Anhängern fand. Während diese Schmidt 5,4 Punkte gaben, gaben die CDU/CSU-Anhänger Kohl nur 4,9 Punkte. Bei der Einschätzung der Parteien war dagegen die Intensität der Unterstützung aus den eigenen Reihen etwa gleich. Während die SPD-Wähler ihrer Partei 5,2 Punkte gaben, sprachen die CDU/CSU-Wähler der CDU 5,1 und der CSU 4,7 Punkte zu.

An diesem Thema läßt sich eine deutliche Asymmetrie der Einschätzung ablesen: Während die CDU/CSU-Wähler der SPD nur eine

Tabelle 21:

Lösungskompetenz des Problems „Inflation“ von Parteien und Politikern

	Gesamt	SPD-Wähler	CDU/CSU-Wähler	Poten-tielle Wechselwähler
SPD	4,0	5,2	2,9	4,0
CDU	4,4	3,8	5,1	4,4
FDP	3,8	4,4	3,2	3,9
CSU	3,8	3,1	4,7	3,9
Schmidt	4,3	5,4	3,3	4,3
Kohl	4,3	3,9	4,9	4,4
Genscher	3,8	4,2	3,3	3,9
Stoltenberg	3,9	3,5	4,4	3,9
Friderichs	3,9	4,4	3,4	4,0
Strauß	3,8	2,9	4,7	3,8

Kompetenz von 2,9 Punkten zubilligten, erreichte die CDU unter den SPD-Wählern einen Wert von 3,8. Auch beim Thema Arbeitslosigkeit war diese Asymmetrie — wenn auch etwas abgeschwächt — zu erkennen: Die SPD erhielt von den CDU/CSU-Wählern nur 3 Punkte, während die CDU bei den SPD-Wählern 3,6 Punkte erzielte. Da diese beiden Themenkreise von der Bevölkerung als die bei weitem wichtigsten eingeschätzt wurden, hatte die CDU eine bessere Chance, eher schwankende bisherige SPD-Wähler an sich zu ziehen als umgekehrt die SPD schwache CDU-Anhänger.

Stets ist jedoch zu beobachten, daß die Werte für die CSU deutlich unter denen der CDU lagen: bei der Inflationsbekämpfung wie bei der Beseitigung der Arbeitslosigkeit betrug der Abstand jeweils 0,6 Punkte und wies auch keine deutlichen gruppenspezifischen Unterschiede auf, wenn man von den regionalen Besonderheiten einmal absieht.

Wesentlich ausgeprägter war der Vorsprung der CDU und ihrer Politiker beim Thema Kriminalitätsbekämpfung. Hier erzielte die CDU 4,7, Kohl 4,6, die CSU und Strauß jeweils 4,5, Schmidt dagegen nur 4,2 Punkte, einen Wert, den auch Stoltenberg erreichte. SPD und FDP lagen gemeinsam bei 4,0 Punkten und teilten diesen Platz mit Genscher, während Friderichs nur auf 3,7 Punkte kam.

Die Aufteilung nach Wählertypen zeigt auch hier, daß Schmidt und die SPD von den CDU/CSU-Wählern wesentlich skeptischer beurteilt wurden als die CDU — und in diesem Fall auch die CSU — und erst recht Kohl durch die SPD-Wähler: Während die CDU unter SPD-Wählern 4,5 Punkte, Kohl 4,4 und die CSU noch 4,2 Punkte erzielte, gaben die CDU/CSU-Wähler Schmidt nur 3,4 und der SPD nur 3,1 Punkte. In dieser Gruppe war Strauß mit 5,2 Punkten der Spitzenreiter und auch Genscher bekam mit 3,6 Punkten noch mehr Punkte als Schmidt, die SPD und seine eigene Partei, die auf 3,4 Punkte kam.

Diese relativ hohen Werte der CDU/CSU und ihrer Politiker gerade auch unter SPD-Wählern haben jedoch eine ambivalente Ursache: Auf der einen Seite verdeutlichen sie die Unterstützung der Wähler, für die die Bekämpfung der Kriminalität ein zentrales Problem war. Zugleich spiegelten diese Werte jedoch auch die Imagekomponente wider, die gerade unter der Stammwählerschaft der SPD über die CDU/CSU, ihre Politiker und auch über den früheren Innenminister Genscher

verbreitet ist, nämlich eine im Vergleich zur Problematik übertriebene Law- and-Order-Politik zu betreiben. Das zeigte sich auch in der deutlich geringeren Häufigkeit, mit der das Thema Innere Sicherheit von SPD-Wählern (6,7 %) gegenüber CDU/CSU-Wählern (8,2 %) genannt wurde. Das legt den Schluß nahe, daß dieses Thema nur partiell für die Wahlentscheidung zwischen den großen Parteien relevant war.

Tabelle 22:

**Lösungskompetenz des Problems
„Innere Sicherheit“
von Parteien und Politikern**

	Gesamt	SPD- Wähler	CDU/ CSU- Wähler	Poten- tielle Wechsel- wähler
SPD	4,0	4,9	3,1	3,9
CDU	4,7	4,5	5,1	4,8
FDP	4,0	4,5	3,4	4,1
CSU	4,5	4,2	5,1	4,7
Schmidt	4,2	5,1	3,4	4,2
Kohl	4,6	4,4	4,9	4,7
Genscher	4,0	4,5	3,6	4,2
Stoltenberg	4,2	4,1	4,4	4,3
Friderichs	3,7	4,2	3,3	3,8
Strauß	4,5	4,0	5,2	4,7

Im Sinne des überlieferten Images der SPD sind soziale Reformen und Verständigung mit Osteuropa nach wie vor die Domäne dieser Partei, wobei jedoch der im Vergleich zu den bislang erörterten Themen sehr geringe Stellenwert berücksichtigt werden muß. Außerdem galt auch hier, daß der Stellenwert dieser Themen unter den SPD-Anhängern wesentlich größer war als unter den CDU/CSU-Anhängern. Das bedeutet, daß ähnlich wie das gute Abschneiden der CDU/CSU beim Thema Bekämpfung der Kriminalität die SPD bei diesen Fragen mehr den Beifall der eigenen Reihen erzielte, als daß diese Themen für die Wahlentscheidung relevant wären. Bei den sozialen Reformen führten Schmidt und die SPD gleich mit 4,8 Punkten, gefolgt von Kohl und der FDP mit jeweils 4,1 Punkten, der CDU und Genscher mit 4,0; Friderichs folgt mit 3,9 vor Stoltenberg mit 3,7, der CSU mit 3,5 und Strauß mit 3,3 Punkten. Die Aufgliederung nach Wählertypen gibt der SPD

und Schmidt den zu erwartenden großen Vorsprung mit 5,8 bzw. 5,7 Punkten unter den eigenen Anhängern, die Kohl nur 3,7 und der CDU nur 3,5 Punkte gaben. Auch hier war die Unterstützung der CDU und ihrer Politiker aus den eigenen Reihen geringer — entsprechend dem geringeren Stellenwert dieses Themas unter dieser Wählergruppe —, 4,8 Punkte für die CDU und 4,7 für Kohl. Dagegen war die Einstufung der SPD und Schmidts unter den CDU/CSU-Wählern mit 3,8 bzw. 3,9 höher als die Einschätzung der CDU unter den SPD-Wählern mit 3,7 für Kohl und 3,5 für die CDU.

teilung der Parteien durch die jeweilige Wählerschaft der anderen Partei. Während die CDU/CSU-Wähler der SPD nur 4,1 Punkte gaben, gab die SPD-Wählerschaft der CDU 4,3 Punkte — allerdings der CSU nur 2,5 Punkte. Bei keinem Thema war die Diskrepanz zwischen CDU und CSU so ausgeprägt. Diese Asymmetrie galt aber nicht mehr bei der Einschätzung der Politiker. Die SPD-Wähler gaben Kohl nur 3,6 Punkte, die CDU/CSU-Wähler aber Schmidt 4,2 Punkte. Zusammen mit der Tatsache, daß dieses Thema das einzige war, bei dem Schmidt von seiner eigenen SPD-Wählerschaft geringer eingeschätzt wird als seine Partei, läßt dies den Schluß zu, daß die CDU/CSU-Wählerschaft von Schmidt im Vergleich zur SPD eine Ostpolitik erwartete, die ihren eigenen Vorstellungen näherkam.

Tabelle 23:

**Lösungskompetenz des Problems
„Soziale Reformen“
von Parteien und Politikern**

	Gesamt	SPD- Wähler	CDU/ CSU- Wähler	Poten- tielle Wechsel- wähler
SPD	4,8	5,8	3,8	4,7
CDU	4,0	3,5	4,8	4,1
FDP	4,1	4,5	3,6	4,1
CSU	3,5	2,8	4,3	3,5
Schmidt	4,8	5,7	3,9	4,8
Kohl	4,1	3,7	4,7	4,2
Genscher	4,0	4,3	3,6	4,0
Stoltenberg	3,7	3,4	4,2	3,8
Friderichs	3,9	4,2	3,5	4,0
Strauß	3,3	2,5	4,2	3,3

Ein tendenziell ähnliches Bild zeigte sich bei der Ostpolitik, hier führten Schmidt und die SPD mit jeweils 5,1 vor der FDP und Genscher mit jeweils 4,6. Friderichs und Kohl erzielten 4,1, die CDU 3,9, Stoltenberg 3,6, die CSU 3,2, und Strauß kommt auf 2,9 Punkte.

Die Aufteilung nach Wählertypen bringt das tendenziell gleiche Bild. Extrem hohe Werte für Schmidt und die SPD mit 6,1 bzw. 6,2 unter den SPD-Wählern, während die CDU/CSU-Wähler ihrer Partei nur 4,6 und ihrem Kanzlerkandidaten nur 4,7 Punkte gaben. Im Gegensatz zum Thema der sozialen Reformen zeigte sich jedoch beim Thema Ostpolitik wieder die schon bei den wirtschaftlichen Themen beobachtete Asymmetrie in der Beur-

Tabelle 24:

**Lösungskompetenz des Problems
„Ostpolitik“
von Parteien und Politikern**

	Gesamt	SPD- Wähler	CDU/ CSU- Wähler	Poten- tielle Wechsel- wähler
SPD	5,1	6,2	4,1	5,0
CDU	3,9	4,3	4,6	4,0
FDP	4,6	5,2	4,0	4,6
CSU	3,2	2,5	4,0	3,3
Schmidt	5,1	6,1	4,2	5,1
Kohl	4,1	3,6	4,7	4,2
Genscher	4,6	5,2	4,1	4,6
Stoltenberg	3,6	3,2	4,1	3,8
Friderichs	4,1	4,5	3,7	4,1
Strauß	2,9	2,1	3,8	3,0

Gerade diese Aufteilung nach Wählertypen zeigt aber, daß die wirtschaftliche Thematik besonders auch in der entscheidenden Gruppe der noch nicht festgelegten Wähler und jenen Wählerschichten, die zur Zeit zur einen Partei tendieren, aber von der anderen noch angesprochen werden können, bestimmend ist. Die drei anderen Themen dagegen waren eher geeignet, Anhängerschaften zu mobilisieren als Wechselwähler zu bewegen.

Bleibt die Frage, welche Vorstellungen die Befragten über die Grundrichtung hatten, in

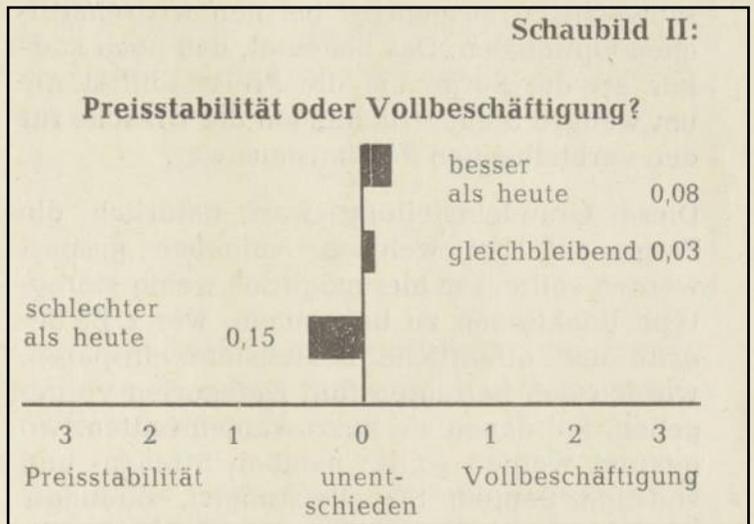
der die verschiedenen Probleme angegriffen werden sollten. Dabei ergab sich bei allen Aufgaben im Regelfall, daß alternative Entwicklungen möglich sind und die Erreichung einer Zielsetzung häufig das Zurückstellen anderer Zielsetzungen verlangt. Bei drei zentralen Themen der politischen Diskussion wurde diese Frage untersucht.

Die Befragten konnten jeweils bis zu 3 Punkte für die eine oder andere Alternative abgeben. Mit geringen Punktzahlen konnten dementsprechend abgestufte Meinungen ausgedrückt werden. Die erste Alternative lautet: Ist es wichtiger, die Preise stabil zu halten, selbst wenn es dabei ein gewisses Maß an Arbeitslosigkeit gibt oder soll die Arbeitslosigkeit möglichst vollständig beseitigt werden, auch wenn neue Preissteigerungen hingenommen werden müssen? Dabei ergab sich, daß der Durchschnitt der Bevölkerung in dieser Frage unentschieden war. Zu diesem Zielkonflikt gab es keine interpretierbaren Unterschiede zwischen CDU/CSU- und SPD-Wählern. Sie tendierten leicht zur zweiten Alternative, waren also eher bereit, Preissteigerungen hinzunehmen, aber nur „hundertstel“ Punkte signalisierten keine Tendenz. Dagegen tendierten die potentiellen Wechselwähler eher für das Ziel Preisstabilität, fast zweizehntel Punkte deuten in diese Richtung.

Die Befragten traten um so eher für das Ziel der Preisstabilität ein, je ungünstiger sie

die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten einschätzten. Dies verdeutlicht, daß der verbleibende Rest an wirtschaftlicher Skepsis in der Sorge um die Preisstabilität, nicht um die Arbeitsplätze begründet war.

Schaubild II:



Ein wesentlich klareres Bild ergab sich bei dem zweiten kontroversen Thema des Wahljahres. Sollten zur Sanierung der öffentlichen Haushalte die Steuern erhöht oder die Staatsausgaben eingeschränkt werden? Die Gesamtheit der Befragten sprach sich deutlich gegen jede Form von Steuererhöhungen aus. Hier zeigten sich Unterschiede nach Wählergruppen: Während die SPD-Wähler Steuererhöhungen noch eher bereit waren hinzunehmen, war der Widerstand unter den CDU/CSU-Wählern und unter den Unentschlossenen besonders ausgeprägt.

Ein besonders starker Steuerwiderstand war auch in den relativ gut verdienenden mittleren Altersgruppen anzutreffen, während die jüngste und die älteste Gruppe eher zu Steuererhöhungen bereit war. Starke Unterschiede ergaben auch eine Unterteilung nach der

Schaubild I:

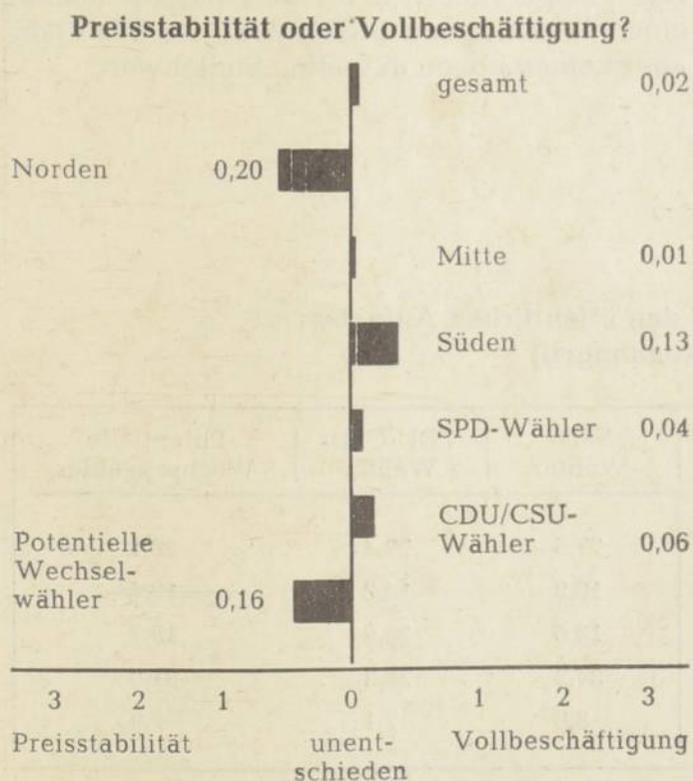
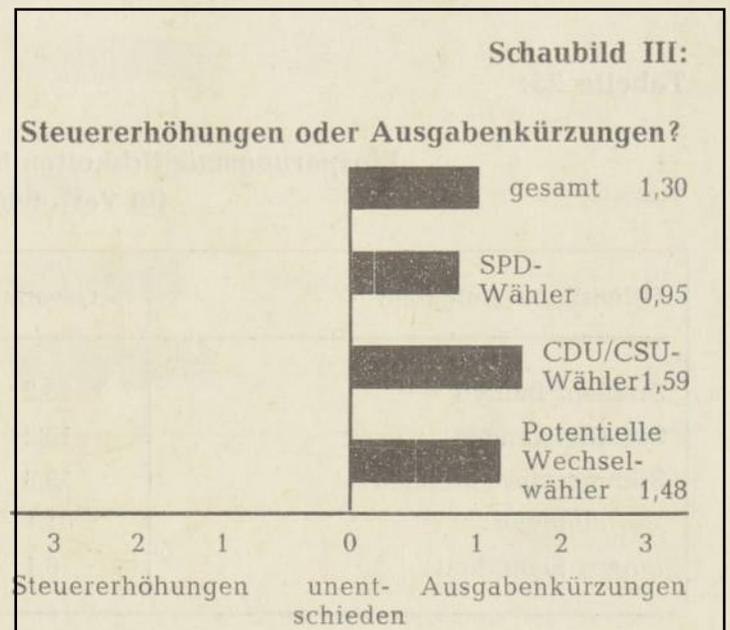


Schaubild III:



wirtschaftlichen Zukunftsbeurteilung. Der stärkste Widerstand gegen Steuererhöhungen ging von denjenigen aus, die von einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage überzeugt waren, dagegen war er am schwächsten ausgeprägt bei den wirtschaftlichen Optimisten. Das bedeutet, daß noch stärker als die Sorge um die Preisstabilität die um weitere Steuererhöhungen die Ursache für den verbleibenden Pessimismus war.

Diese Grundeinstellung warf natürlich die Frage auf, bei welchen Aufgaben gespart werden sollte. Um hier möglichst wenig stereotype Reaktionen zu bekommen, wie z. B. Beamte und öffentliche Bedienstete einsparen, wurden den Befragten fünf Kategorien vorgegeben, bei denen sie auszuwählen hatten, wo gekürzt werden sollte: nämlich Straßen- und sonstige Bauten, Sozialleistungen, Bildungseinrichtungen, Verteidigung und Innere Sicherheit. Die größte Sparbereitschaft bestand auf dem Verteidigungssektor, gefolgt von Straßen- und sonstigen Bauten und dem Bildungssektor, während die Sozialleistungen und die Innere Sicherheit am Ende der Sparbereitschaft rangierten.

Diese globale Einschätzung der Sparprioritäten überdeckt jedoch Unterschiede in den einzelnen Wählerkategorien. So wollten sozialdemokratische Wähler überproportional im Verteidigungssektor und bei der Inneren Sicherheit einsparen, während der Bereich der Sozialausgaben von ihnen nur unterdurchschnittlich genannt wurde. Konträr dazu verlaufen die Einsparungsprioritäten der CDU/CSU-Wähler: Bei ihnen rangierte der Verteidigungssektor erst an zweiter Stelle hinter

den öffentlichen Bauten. Auch der Bereich der Inneren Sicherheit verzeichnete bei ihnen wesentlich weniger Nennungen als in der gesamten Wählerschaft; dafür sollte aber überproportional bei den Sozialleistungen und im Bildungsbereich eingespart werden.

Bei der Festlegung der Einsparungsprioritäten spielt das Alter eine bedeutende Rolle. So sank z. B. die Bereitschaft, im Verteidigungssektor einzusparen, mit zunehmendem Alter; auf der anderen Seite waren Bildungseinrichtungen ein Tabubereich für jüngere Menschen, während dieser Bereich mit zunehmendem Alter relativ häufig auf der Einsparungsliste zu finden war.

Das Thema Innere Sicherheit wurde von den beiden jüngsten Altersgruppen wesentlich häufiger auf die Sparliste gesetzt als von den älteren Befragten.

Die generelle Spitzenstellung des Themas Innere Sicherheit als Tabubereich bei Haushaltskürzungen scheint zunächst in einem Widerspruch zu dem relativ geringen Stellenwert zu stehen, den dieses Thema bei den öffentlichen Aufgaben für zukünftige Wählerbewegungen hatte. Dies ist jedoch leicht durch die Fragestellung zu erklären. Das Maß an Innerer Sicherheit, das zur Zeit in der Bundesrepublik besteht, wurde als relativ gut betrachtet, deshalb erschien es nicht vorrangig, daß hier etwas Zusätzliches geschehe. Daß dieser Zustand erhalten bleibt, war dagegen von sehr hohem Stellenwert, deshalb sollte hier nicht gekürzt werden. Anders formuliert: Das Thema Innere Sicherheit hat permanent einen latent hohen Stellenwert, im Wahljahr aber keinen hohen aktuellen Stellenwert.

Tabelle 25:

**Einsparungsmöglichkeiten bei den öffentlichen Aufgaben
(in v. H. der Nennungen)**

Öffentliche Aufgaben	Gesamt	SPD-Wähler	CDU/CSU-Wähler	Potentielle Wechselwähler
Straßen, Bauten	28,2	27,5	29,4	28,1
Sozialleistungen	13,2	10,9	14,3	12,4
Bildungseinrichtungen	19,3	18,6	20,9	19,7
Verteidigung	31,1	34,2	28,2	31,9
Innere Sicherheit	8,1	8,8	7,1	7,9

Tabelle 26:

Tabelle 26:

**Einsparungsmöglichkeiten bei den öffentlichen Aufgaben
in Abhängigkeit vom Alter der Befragten (in v. H. der Nennungen)**

Öffentliche Aufgaben	18—24	25—29	30—39	40—49	50—59	älter als 60
Straßen, Bauten	29,2	26,6	30,3	26,5	28,0	28,5
Sozialleistungen	11,6	15,3	12,2	13,7	14,7	12,3
Bildungseinrichtungen	14,3	15,5	18,3	20,5	19,3	22,9
Verteidigung	34,3	33,7	32,1	31,1	29,6	29,1
Innere Sicherheit	10,5	9,3	7,1	7,9	8,1	7,3

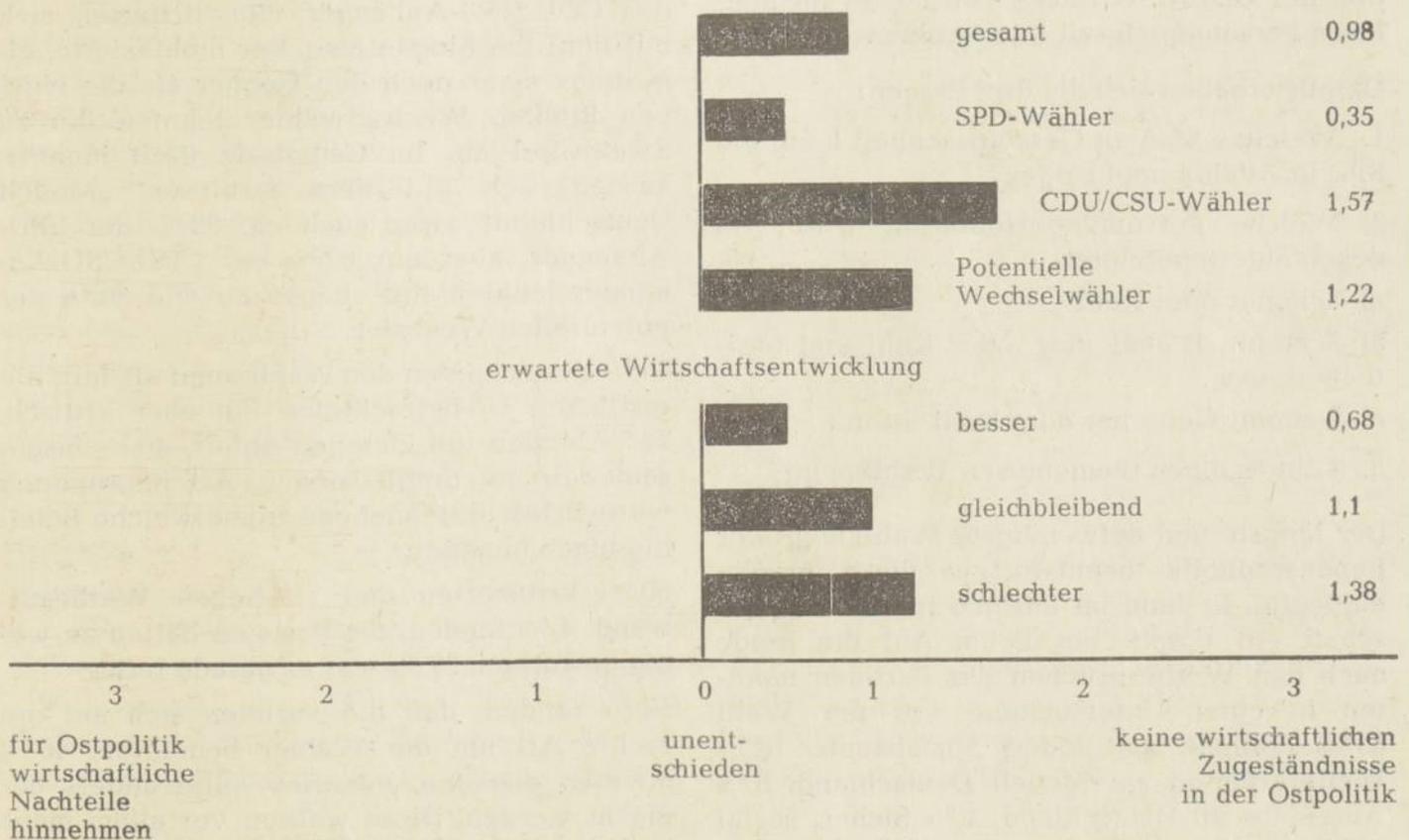
Zuerst im Zusammenhang mit den Polen-Verträgen, später in allgemeiner Form wurde vielfach die Frage diskutiert, ob bei den Bemühungen, die Beziehungen mit den Ostblockstaaten zu verbessern, gewisse wirtschaftliche Nachteile hingenommen werden können. Die Befragten brachten einer solchen Politik deutliche Opposition entgegen, die unter den potentiellen Wechselwählern und vor allem unter den CDU/CSU-Anhängern wesentlich größer war als unter denen der Koalition. Gerade in dieser Reaktion zeigte sich

die im Vergleich zu 1972 nüchterne Distanz zur Ostpolitik.

Es zeigte sich jedoch, daß mit zunehmendem wirtschaftlichem Optimismus diese Opposition tendenziell geringfügiger wurde; während unter denjenigen, die von einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation ausgehen, noch mit 1,4 Punkten gegen wirtschaftliche Nachteile votiert wurde, gingen die wirtschaftlichen Optimisten nur noch mit 0,7 Punkten in diese Richtung.

Schaubild IV:

Ostpolitik mit oder ohne wirtschaftliche Zugeständnisse



VIII. Der Wahlkampf

Damit ist die Ausgangssituation der Parteien und Politiker zur Bundestagswahl 1976 weitgehend umschrieben. Zusammenfassend kann man auf der Grundlage dieser Ergebnisse drei Fragen formulieren, die schließlich vom Wahlkampf beantwortet werden mußten und deren Antwort dann den offenen Grenzbe- reich zum Wahlergebnis vom 3. Oktober be- stimmen:

1. Angesichts der Diskrepanz zwischen der hohen Einschätzung der SPD als Interessen- vertretungspartei und den übrigen Elementen ihres Images würde es weitgehend von der innerparteilichen Geschlossenheit der Partei abhängen, wieviel ihres Potentials sie aus- schöpfen kann.

2. In der Kandidatenfrage verfügte die SPD mit dem Bundeskanzler über ein geringes Übergewicht gegenüber dem Oppositionsführer, das kleiner wurde, wenn die übrigen Spitzenpolitiker von SPD und CDU in die Diskus- sion eingeführt wurden, das aber vergrößert wurde, wenn das Personalangebot der Regie- rung durch die FDP-Politiker angereichert und das der Opposition durch den CSU-Vorsit- zenden dominiert wird.

3. Angesichts der höheren Leistungskompe- tenz der CDU/CSU hat diese ein Interesse an einer argumentativen Auseinandersetzung, während die Regierung — analog zur Situa- tion der CDU/CSU 1965 — an einem themen- losen Personalplebiszit interessiert war.

Daraus ergaben sich die drei Fragen:

1. Welches Maß an Geschlossenheit kann die SPD im Wahlkampf zeigen?

2. Welche Personalkonfrontation wird von den Wählern perzipiert

a) Schmidt oder Kohl

b) Schmidt, Brandt usw. oder Kohl und Stol- tenberg usw.

c) Schmidt/Genscher oder Kohl/Strauß

3. Gibt es einen themenlosen Wahlkampf?

Der längste und aufwendigste Wahlkampf der Bundesrepublik beantwortete diese Fragen eindeutig. Er fand im übrigen in der Wähler- schaft ein skeptisches Echo. Auf die Frage nach den Werbesprüchen der Parteien nan- ten in einer Untersuchung vor der Wahl 43 % Freiheit statt (oder) Sozialismus, 16 % Weiterarbeiten am Modell Deutschland, 8 % Aus Liebe zu Deutschland, 4 % Sicher, sozial

und frei, 4 % Leistung wählen und jeweils 3 % Der bessere Mann muß Kanzler bleiben und Zieh mit, wähl Schmidt. Die CDU/CSU hatte somit den „Hit“ des Wahlkampfes gefun- den, aber auch ihre Nebenaussagen wurden deutlich häufiger genannt als die der anderen Parteien. Dennoch war es ein sehr relativer Hit. Am häufigsten nannten SPD-Anhänger diesen Slogan (47 %). CDU/CSU-Anhänger er- innerten sich zu 42 % an ihn und potentielle Wechsler nur zu 40 %. Auch das „Weiterar- beiten am Modell Deutschland“ nannten SPD- Anhänger zu 23 %, die der CDU/CSU-Anhän- ger dagegen nur zu 13 % und potentielle Wechsler nur zu 11 %.

In diesen Zahlen spiegelt sich zuerst die man- gelnde Professionalität dieses Wahlkampfes. Sieht man von den vielfältigen Sprüchen auf Aufklebern usw. einmal ab, so beherrschten während der heißen Phase acht CDU/CSU- und fünf SPD-Sprüche, wobei der „Von der Freiheit verstehen wir mehr“ in mehreren Variationen auftrat, die Werbelandschaft. Drei verschiedene Bilder von Kohl diversifizierten die Werbung ebenso wie das Auswechseln des Genscher-Fotos nach der Halbzeit des Wahlkampfes — lokale Besonderheiten nicht mit eingerechnet: Plakatwerbung sollte eigent- lich „penetrieren“.

Der CDU/CSU-Hit erregte die Gemüter. 93 % der SPD-Anhänger lehnten ihn ab, nur 82 % der CDU/CSU-Anhänger identifizierten sich mit ihm: Ein Slogan also, der mobilisierte, al- lerdings mehr noch den Gegner als die eigen- en Reihen. Wechselwähler lehnten ihn zu Zweidrittel ab. Im Gegensatz dazu identi- fizierten sich mit dem farblosen „Modell Deutschland“ zwar auch ca. 88 % der SPD- Anhänger, aber nur 62 % der CDU/CSU-An- hänger lehnten ihn ebenso ab wie 50 % der potentiellen Wechsler.

36 % bezeichneten den Wahlkampf als fair, die restlichen $\frac{2}{3}$ betrachteten ihn eher kritisch, 24 % fanden ihn ziemlich unfair, 40 % insge- samt fair mit Entgleisungen. Als Begründung wurden fast durchgehend irgendwelche Belei- digungen genannt.

60 % kritisierten den zu hohen Werbeauf- wand, 4 % fanden, die Parteien hätten zu we- nig geworben, 37 % war es gerade recht.

54 % fanden, daß die Parteien sich auf die rechte Art um die Wähler bemühten, 46 % meinten dagegen, manches sollte anders ge- macht werden. Diese wollten vor allem mehr

Sachinformation (22 %) und weniger Polemik (21 %).

Das sind keine guten Noten für die Werbemanager. Trösten mag es sie dagegen, daß 36 % den Wahlkampf eher spannend, 14 % ihn ziemlich langweilig fanden, 50 % sahen unter diesem Aspekt keinen Unterschied zu anderen Wahlkämpfen.

Die relativ geringe Bedeutung der Werbemittel wird auch deutlich, wenn man nach den Informationsquellen im Wahlkampf fragt, 83 % nannten die Fernsehnachrichten, 68 % die Tageszeitungen, 55 % die Diskussion der Spitzenpolitiker im Fernsehen, jeweils 34 % Radionachrichten und Gespräche mit Freunden, Bekannten und Arbeitskollegen. Noch einmal 32 % entfielen auf sonstige Fernsehnachrichten, 21 % auf Zeitschriften und Illustrierten. Erst dann folgten mit 20 % alle Werbemittel zusammen.

Eine Aufgliederung nach Wählertypen zeigt keine großen Unterschiede. Von allen Informationsquellen machten die potentiellen Wechselwähler relativ weniger Gebrauch — entsprechend ihrem relativ geringeren politischen Interesse. Sie nannten die Werbemittel nur zu 13 % — und auf sie sollte sich der Wahlkampf konzentrieren.

Diese geringe Bedeutung der Werbemittel kontrastiert nicht zuletzt mit der Tatsache,

daß fast 80 % der SPD wie die der CDU/CSU-Anhänger es für sich persönlich für ziemlich oder sehr wichtig hielten, daß ihre Partei nach der Wahl die Regierung bilden könne, und für die Wechsler galt das auch noch zu 65 %. Aber 35 % dieser Gruppe war es ziemlich gleichgültig. Allerdings glaubten nur 64 % der CDU/CSU-Anhänger, 62 % der SPD-Anhänger und 40 % der potentiellen Wechsler, daß es für die Bundesrepublik einen großen Unterschied mache, wer die Wahl gewinnt.

Aber hinter diesem Theaterdonner des Werbeaufwands blieb es ein Wahlkampf ohne Themen in dem Sinne, daß in dem Problembewußtsein der Bevölkerung bis zum Schluß im wesentlichen nur die wirtschaftlichen Themen mit tendenziell sinkendem Stellenwert eine Rolle spielten, die schon lange vor Beginn der Wahlkampfphase das Meinungsbild beherrschten. Es blieb beim themenlosen Personalplebiszit. Zumindest ist die Frage zu stellen, ob nicht der, wie dargelegt, zumindest abivalent zu beurteilende Hauptslogan der CDU/CSU der thematischen Auffüllung des Wahlkampfes entgegenstand. Nach der Theorie der Demokratie sollten im Wahlkampf die Optionen zukünftiger Politik erörtert werden. Auch an dieser Meßlatte bleibt dieser Wahlkampf etwas kurz gewachsen.

IX. Das Wahlergebnis

51,4 % aller Stimmen erzielte die CDU/CSU in der Serie der Landtagswahlen von 1974 bis 1976. Diese Zahl verdeutlicht zunächst, daß die Mehrheit für die Union greifbar war und daß es keineswegs strukturell unmöglich ist, die absolute Mehrheit zu gewinnen. Gegenüber der Bundestagswahl von 1972 gewann die CDU/CSU zwar 3,7 Prozentpunkte hinzu, aber sie blieb auch 2,8 Punkte unter der Erfolgsserie der Landtagswahlen. Die wichtigste Triebkraft oppositionellen Wahlverhaltens in diesen Landtagswahlen waren nicht landesspezifische Faktoren, sondern ein bundeseinheitlicher Trend, ausgelöst durch die negative Beurteilung der wirtschaftlichen Situation, insbesondere auch der Zukunftsaussichten, die diese Periode der längsten wirtschaftlichen Krise in der Geschichte der Bundesrepublik kennzeichnete. Aber seit dem Frühjahr 1976 änderte sich diese Stimmungslage. Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation wurde

zur Bundestagswahl überwiegend positiv beurteilt und auch die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten mit einem vorsichtigen Optimismus betrachtet. Was sich schon im Frühjahr 1975 andeutete, als im Zeichen der kurzfristigen Optimismusphase die Landtagswahlergebnisse der CDU in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und im Saarland hinter den Erwartungen zurückblieben, wiederholte sich in einer ähnlichen Konstellation bundesweit am dritten Oktober.

Ein zweiter Faktor kommt hinzu. Die Bundestagswahl war, stärker als jede Landtagswahl es sein kann, ein Personalplebiszit über die Kanzlerkandidaten. Zwar verfügte die CDU/CSU mit Helmut Kohl über den Kandidaten, der, im Vergleich zu allen seinen Vorgängern in dieser Rolle, über die größten Sympathiewerte und ein abgerundetes positives Image verfügte, aber in der direkten Konfrontation Schmidt oder Kohl erzielte der amtierende

Bundeskanzler größere Zustimmung. Auf die Frage: Wen hätten Sie am liebsten als Bundeskanzler? antworteten noch unmittelbar vor der Wahl: 49,2 % Schmidt, 37,5 % Kohl. Dabei fällt auf, daß unter den potentiellen Wechselwählern das Bild ausgeglichen war, aber Kohl deutlich weniger Zustimmung unter den eigenen Anhängern fand als Schmidt, dem seine Anhänger nahezu geschlossen folgten. Nur 83 % der CDU/CSU-Wähler und nur 87 % der Anhänger dieser Partei votierten für Kohl. Schmidt gewann 95 % seiner Anhänger und $\frac{3}{4}$ der FDP-Wähler.

Solche Personalplebiszite kennzeichnen seit 1953 die Bundestagswahlen, aber während in der Vergangenheit stets die Partei mit dem zurückliegenden Kandidaten versuchte, dies durch einen Mannschaftswahlkampf zu kompensieren (z. B. 1961 die CDU/CSU mit „Adenauer, Erhard und die Mannschaft“ oder 1969 die SPD mit „Wir haben die besseren Männer“), verzichtete die CDU/CSU 1976 auf diese Strategie, obwohl sie im Vergleich zur SPD die größere Zahl attraktiver Spitzenpolitiker neben dem Kanzlerkandidaten besaß.

Daß trotz dieses Übergewichts des Bundeskanzlers der SPD-Stimmenanteil bei 42,6 %, also $6\frac{1}{2}$ Punkte unter der plebiszitären Zustimmung für Schmidt blieb, verdeutlicht drei Aspekte:

1. Wählerwechsel erfolgt nicht aufgrund von Einzelereignissen, sondern aufgrund eines langfristigen gleichförmigen Stromes von Informationen. Die etwa $2\frac{1}{2}$ jährige wirtschaftliche Krisenperiode stellte einen solchen gleichförmigen Informationsstrom dar, der eine relativ stabile Bindung großer Wählerschichten an die CDU/CSU schuf, die dem Sog des Personalplebiszits widerstand.
2. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SPD haben seit 1972 zu einer nachhaltigen Imageverschlechterung dieser Partei geführt, die auch durch Wahlkampfdisziplin und Konzentration auf die Kanzlerwerbung nicht vollständig überlagert werden konnte. So blieb ein Stimmenrückgang von 3,2 Prozentpunkten: Der etwa gleiche Prozentsatz, den die SPD in allen Bundestagswahlen von 1949 bis 1972 jeweils hinzugewonnen hatte, erhielt diesmal ein negatives Vorzeichen.
3. Die Diskrepanz zwischen dem Stimmenanteil zwischen der SPD und der Zustimmung zu Schmidt verdeutlicht, daß Schmidt Kanzler der Koalition war. Die Differenz entspricht bis auf $1\frac{1}{2}$ Prozentpunkte dem Stimmenanteil der FDP. Dies verdeutlicht erneut, in welchem

Umfang der Wahlerfolg der FDP von der Konstellation des Parteiensystems und weniger von Einzelaspekten des Images der FDP und ihrer Politiker abhängt. Wie 1965, als die FDP mit dem Versprechen antrat, den populären Erhard gegen Rivalen in der CDU/CSU zu schützen, so zog die FDP diesmal ihre Wählerschaft aus der Marktlücke, die zwischen Schmidt und seiner Partei entstanden war.

Die unterschiedliche koalitionsinterne Situation im Vergleich zu 1972 wird auch daran deutlich, daß die FDP diesmal nur geringfügig mehr Zweitstimmen als Erststimmen erhielt: 1,5 Prozentpunkte. 1972 war ihr Zweitstimmenanteil noch fast doppelt so hoch gewesen wie der Erststimmenanteil (8,4 gegen 4,8 %). Anders als 1972 haben diesmal offensichtlich nicht SPD-Wähler mit ihrer Zweitstimme die FDP subventioniert, was mit hoher Wahrscheinlichkeit durch die negativen Erwartungen der SPD-Wähler über das Abschneiden ihrer eigenen Partei erklärt werden kann. Diesmal glaubte man nichts verschenken zu können. Aber auch die FDP-Wähler haben weniger häufig ihre Erststimme den SPD-Kandidaten gegeben: sie präferierten Schmidt, aber wählten nicht die Kandidaten der SPD.

Bei dieser Gesamttendenz weist das Wahlergebnis bemerkenswerte regionale Unterschiede auf: Das Nord-Süd-Gefälle, das schon die Bundestagswahl von 1972 prägte, aber in den folgenden Landtagswahlen kaum noch erkennbar war, kennzeichnet das Ergebnis vom 3. Oktober. Das wird am deutlichsten, wenn man die Zuwachsraten der CDU/CSU betrachtet, die langsam aber stetig von Norden nach Süden steigen: Schleswig-Holstein +2,1, Hamburg +2,5, Bremen +2,9, Niedersachsen +3,0, Nordrhein-Westfalen 3,5, Rheinland-Pfalz +4,0, Hessen +4,5, dann folgen zwei geringe Abweichungen: Saarland +2,8, Baden-Württemberg +3,5 bis schließlich Bayern mit +4,9 die Spitze einnimmt. Eine ähnliche Rangfolge kann man für die Verluste der SPD zeigen, wobei einige Abweichungen durch die entsprechenden Verluste der FDP erklärt werden können. So war z. B. der Rückgang der SPD in Hessen mit 2,8 Prozentpunkten relativ gering, zugleich aber mußte die FDP gerade in Hessen mit einem Minus von 1,7 Prozentpunkten ihre größten Einbußen hinnehmen. Gerade dieses Beispiel zeigt aber auch wieder, wie wenig aktuelle Ereignisse Wahlergebnisse beeinflussen. Viele Beobachter hatten gerade für Hessen aufgrund der zahlreichen Affären, die zum Rücktritt von Ministerpräsident Osswald am Wahlabend führten, der

dortigen SPD weit größere Verluste vorausgesagt.

Dieses Nord-Süd-Gefälle ist, wie dargelegt, in der Struktur der Wählerschaft begründet und zeichnete sich bei allen wesentlichen Variablen schon lange vor dem Wahltag ab. Die hohe Mobilität des Nordens erhöht die Bedeutung der kurzfristig zu einer Wahl anstehenden Faktoren: Personen und Themen einer Wahl.

So hatte das schon beschriebene Übergewicht von Schmidt gegenüber Kohl unter den Bedingungen der größeren Mobilität des Nordens in diesen Gegenden größere Bedeutung. Dieser Effekt wurde noch dadurch verstärkt, daß sich auch in der Beurteilung der Kandidaten das beschriebene Nord-Süd-Gefälle ergab, das teilweise unschwer durch die landsmannschaftliche Prägung beider Kandidaten mit erklärt werden kann. Dieses personelle Nord-Süd-Gefälle wird verstärkt, wenn man das Bild von Strauß auf der einen und Genscher auf der anderen Seite in die Betrachtung einbezieht und wurde durch den Verlauf des Wahlkampfes weiter verstärkt.

Die Politiker, nicht zuletzt durch die Fernsehdiskussion, standen im Zentrum des Wahlkampfes. 91 % nannten Schmidt als den wichtigsten Politiker der SPD, gefolgt von Brandt mit 59 %, Wehner 37 %, Apel mit 23 % und Leber mit 15 %. Während bei Schmidt die positive Beurteilung mit 74 % deutlich überwog (negativ 14 %), war das negative Bild Wehners ebenso ausgeprägt: 64 % negativ, 24 % positiv. Brandt erhielt zwar insgesamt 50 % positive und 40 % negative Nennungen, aber dies vor allem aufgrund des Votums der SPD-Anhänger, die ihn mit über 80 % nahezu ebenso positiv beurteilten wie die CDU/CSU-Anhänger negativ (78 %). Unter den Wechslern war seine Bilanz ausgeglichen, 46 % positiv, 41 % negativ. Deutlich positive Werte erhielt auch noch Leber, aber nur 15 % hielten ihn für wichtig — unter den SPD-Anhängern immerhin 20 %.

Kohl wurde als wichtigster Politiker der CDU/CSU genauso unumstritten anerkannt wie sein Gegenspieler: 90 % nannten ihn als den wichtigsten Politiker der CDU/CSU, aber Strauß folgte ihm mit 81 % dicht auf. 35 % nannten Stoltenberg, 25 % Biedenkopf, 24 % Carstens, 15 % Dregger und 11 % Barzel. Auch Kohl erzielte weitaus mehr positive (63 %) als negative (18 %) Nennungen, aber er wurde übertroffen von Stoltenberg, der besser beurteilt als Kohl die gleich hohen

Werte erzielte wie Schmidt (74 % positiv, 12 % negativ).

Bei Strauß überwogen die negativen Nennungen deutlich, wobei sein Bild, wie das von Brandt und Wehner, zwischen CDU/CSU- und SPD-Anhängern polarisiert war. Unter den potentiellen Wechselwählern war es ausgeglichen mit einem geringfügigen Übergewicht der negativen Nennungen. Bemerkenswert sind auch die hohen positiven Nennungen für Biedenkopf, insbesondere unter den Wechslern und die durchaus positive Beurteilung von Barzel.

Auch Genscher war als wichtigster Mann der FDP unbestritten (83 %). Friderichs folgte ihm mit etwa der Hälfte der Nennungen (44 %). Mit noch einmal deutlichem Abstand folgten Ertl (23 %) und Maihofer (17 %). Wie Kohl mit Stoltenberg hatte jedoch auch Genscher mit Friderichs einen Parteifreund, der eine tendenziell positivere Bewertung erhielt, wobei der Vorsprung von Friderichs gegenüber Genscher unter den potentiellen Wechslern und den CDU/CSU-Anhängern besonders groß war.

Als Fazit aber kann festgestellt werden: Die Wählerschaft verstand die Auseinandersetzung als Schmidt/Genscher gegen Kohl und Strauß.

Wie in der Beurteilung der Kandidatenfrage, so setzte sich auch inhaltlich die Strategie der Regierung durch. Trotz aller Lautstärke des Wahlkampfes war die Wahl letztlich dadurch gekennzeichnet, daß es im Problembewußtsein der Bevölkerung ein nahezu themenloser Wahlkampf war. Zwar dominierten von Anfang dieses Jahres bis zur Wahl die wirtschaftlichen Themen, aber der Stellenwert war entsprechend der veränderten Beurteilung der wirtschaftlichen Situation deutlich rückläufig, ohne daß es der Opposition gelang, neue Themen in das Bewußtsein der Wählerschaft einzubringen. Dies war insofern von großer Bedeutung, als die CDU/CSU über das durchweg bessere Image verfügte und vor allem als leistungsfähiger bei der Bewältigung politischer Aufgaben galt. Ihr Interesse wäre also eine intensive Themendiskussion gewesen, während die Regierung ein themenloses Personalplebiszit anstrebte.

Das Nord-Süd-Gefälle überlagerte andere Unterschiede. Dennoch gilt, daß die Gewinne der CDU/CSU in städtischen (z. B. Köln, Frankfurt, München) und mittelstädtischen Gebieten größer waren als in ihren ländlichen Hochburgen mit Ausnahme des Ruhrgebietes,

Tabelle 27:

Die wichtigsten Mitglieder der SPD-Regierungsmannschaft und deren Bewertung
aus der Sicht der gesamten Wählerschaft und nach Wählertypen (Oktober 1976)

Politiker	Alle Befragten				Wählertyp											
	Anteil an Nennung	Bewertung			Anteil an Nennung	Bewertung			Anteil an Nennung	Bewertung			Anteil an Nennung	Bewertung		
		eher gut	eher schlecht	weiß nicht												
Schmidt	93,8	74,4	13,6	11,9	97,1	97,2	1,0	1,8	94,1	48,2	31,1	20,6	92,7	72,6	12,6	14,8
Brandt	58,9	50,0	39,3	10,7	66,1	80,8	12,4	6,8	56,8	13,2	77,5	9,3	55,8	46,1	41,3	12,6
Wehner	37,2	23,6	63,8	12,6	41,3	48,0	33,7	13,3	41,2	1,1	95,7	3,2	31,9	18,1	70,2	11,7
Apel	23,1	59,1	27,0	13,9	26,7	86,1	7,3	6,6	23,6	26,2	57,0	16,8	20,9	50,0	29,0	21,0
Leber	15,0	72,3	15,6	12,1	20,1	79,6	10,7	9,7	13,9	65,1	23,8	11,1	9,6	64,3	10,7	25,0
Ahrendt	9,4	66,7	20,6	12,8	13,6	82,9	4,3	12,9	8,4	28,9	57,9	13,2	6,0	66,7	11,1	22,2
Vogel	5,6	67,5	18,1	14,5	7,0	91,7	5,6	2,8	5,3	45,8	33,3	20,8	4,0	50,0	25,0	25,0
Bahr	4,1															
Gscheidle	2,8															
Matthöfer	2,4															
Rohde	1,9															
Ravens	1,7															
Focke	1,5															
Börner	0,8															
Franke	0,5															

Tabelle 28:

**Die wichtigsten Mitglieder der CDU/CSU-Regierungsmannschaft und deren Bewertung aus
der Sicht der gesamten Wählerschaft und nach Wählertypen (Oktober 1976)**

Politiker	Alle Befragten				Wählertyp											
	Anteil an Nennung		Bewertung		SPD-Anhänger				CDU/CSU-Anhänger				Wechsler			
	Anteil an Nennung	Bewertung			Anteil an Nennung	Bewertung			Anteil an Nennung	Bewertung			Anteil an Nennung	Bewertung		
		eher gut	eher schlecht	weiß nicht		eher gut	eher schlecht	weiß nicht		eher gut	eher schlecht	weiß nicht		eher gut	eher schlecht	weiß nicht
Kohl	90,4	64,8	17,7	17,5	91,0	41,3	35,1	23,6	95,2	93,5	1,4	5,1	91,0	66,8	12,4	20,8
Strauß	80,8	40,0	46,5	13,5	83,4	9,4	82,0	8,7	83,9	78,7	7,9	13,4	78,7	39,2	42,6	18,1
Stoltenberg	34,5	74,2	13,4	12,4	32,2	48,8	31,1	20,1	44,5	95,0	1,0	4,0	28,5	75,6	10,5	14,0
Biedenkopf	24,6	58,6	23,4	18,0	26,3	27,6	49,3	23,1	25,3	89,6	1,7	8,7	25,9	69,2	15,4	15,4
Carstens	24,2	50,8	34,4	14,7	23,6	13,3	69,2	17,5	29,7	89,6	2,2	8,1	16,9	64,7	25,5	29,4
Dregger	14,7	39,7	47,9	12,3	19,3	11,1	76,8	12,1	14,5	81,8	7,6	10,6	10,0	50,0	40,0	10,0
Barzel	13,5	64,5	24,0	11,5	14,8	45,3	45,3	9,3	15,2	87,0	8,7	4,3	9,6	65,5	10,3	24,1
Katzer	3,5															
Weizsäcker	3,1															
Stücklen	1,5															
Wörner	1,4															
Goppel	0,8															
Lorenz	0,5															
Dollinger	0,3															
Vogel	0,3															
Wex	0,3															
Laurin	0,2															
Geißler	0,1															

Tabelle 29:

Die wichtigsten Mitglieder der FDP-Regierungsmannschaft und deren Bewertung aus der Sicht der gesamten Wählerschaft und nach Wählertypen (Oktober 1976)

Politiker	Alle Befragten				Wählertyp											
	Anteil an Nennung	Bewertung			SPD-Anhänger				CDU/CSU-Anhänger				Wechsler			
		eher gut	eher schlecht	weiß nicht	Anteil an Nennung	Bewertung			Anteil an Nennung	Bewertung			Anteil an Nennung	Bewertung		
						eher gut	eher schlecht	weiß nicht		eher gut	eher schlecht	weiß nicht		eher gut	eher schlecht	weiß nicht
Genscher	82,5	71,0	12,6	16,4	89,4	85,1	5,7	9,2	80,4	54,4	25,3	20,3	79,7	66,4	10,9	22,7
Friderichs	43,8	76,4	12,4	11,2	49,9	84,3	6,7	9,0	45,2	62,9	22,0	15,1	35,2	78,1	12,4	9,5
Ertl	23,4	69,9	13,6	16,5	22,2	71,7	9,7	18,6	27,3	63,4	22,8	13,8	20,6	75,4	6,6	18,0
Maihofer	16,5	52,0	28,3	15,7	19,7	68,3	16,8	14,9	16,3	23,3	58,9	17,8	12,3	55,6	25,0	19,4
Mischnik	8,6	55,8	22,5	21,7	9,9	68,3	11,8	19,6	9,0	31,7	43,9	24,4	4,3	53,8	23,1	23,1
Scheel	7,2	90,6	1,9	7,5	7,4	100	0	0	6,6	86,7	6,7	6,7	7,0	76,2	19,0	4,8
Funke	1,5															
Hamm-Brücher	1,5															
Schuchardt	0,1															

wo die Zuwachsraten im Durchschnitt lagen. Im Gegensatz zu 1972 scheint die wiederum sehr hohe Wahlbeteiligung nicht eindeutig zugunsten einer Partei gegangen zu sein. Während im Ruhrgebiet die Anzeichen dafür sprechen, daß die hohe Wahlbeteiligung der SPD genützt hat, kann man in Schleswig-Holstein beobachten, daß die relativ besten Ergebnisse der CDU dort mit den höchsten Wahlbeteiligungen einhergehen.

Unter dieser Konstellation vollzog sich folgender Wählerwechsel: Die CDU/CSU konnte etwa 90 % ihrer Wähler von 1972 behalten und gab nur geringfügig an SPD und FDP ab. Die SPD behielt nur 80 % ihrer damaligen Wähler, fast 10 % ihrer 72er Wähler gingen an die CDU/CSU, etwa 5 % an die FDP.

Diese wiederum konnte — und das ist schon Tradition bei der FDP — nur etwa die Hälfte ihrer damaligen Wählerschaft halten, aber vor allem der Zustrom von der SPD kompensierte diese Verluste.

Fazit: Trotz des zweitgrößten Erfolges in der Geschichte der CDU/CSU ist die Strategie der Regierung weitgehend aufgegangen: Ein themenloses Personalplebiszit, bei dem sich Schmidt auf Genscher stützen konnte und Kohl mit Strauß belastet war.

Welche Perspektiven ergeben sich aus dieser Wahl für das deutsche Parteiensystem? Das alternierende Parteiensystem mit der realen Chance eines Machtwechsels hat sich bestätigt und konnte auch durch die Flut der Splitterparteien nicht angegriffen werden. Das ist zunächst ein Stabilitätsbeweis deutscher Demokratie.

Die Mehrheit der Koalition ist knapp. Da aber die FDP weit homogener ist als 1969, sind

Spekulationen auf fünf Fraktionswechsler, die schon zum Patt führen würden, verfehlt. Aber angesichts der gewachsenen Stärke des linken Flügels in der SPD ist die Heterogenität der Koalition insgesamt so groß, daß Zweifel an ihrer Handlungsfähigkeit bestehen. Langfristig aber gilt, daß die SPD nur mehrheitsfähig ist, wenn sie ihre internen Auseinandersetzungen löst.

Innerhalb der CDU/CSU ist das Gewicht des katholischen Südens noch stärker geworden. Allein die CSU erreicht die Stärke fast eines Drittels der gesamten CDU. Dennoch zeigt gerade auch dieses Wahlergebnis wieder, daß CDU und CSU nur mit einer nach Norden orientierten Strategie gewinnen können. Die Weiterentwicklung der Union wird wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, innerparteilich eine solche Strategie durchzusetzen.

Die Trennung von CDU und CSU hilft dagegen nicht weiter: „rechts“ ist nichts mehr zu gewinnen; 0,3 % „ewig gestrige“ am 3. Oktober bestätigen das. Wesentlicher ist, daß die Trennung der Parteien die Glaubwürdigkeit des Regierungsangebots von CDU und CSU vermindert und daß die organisatorische Vernetzung Gegensätze ebenso fördert wie eine eventuelle „Linksbewegung“ der CDU. Wenn schließlich die organisatorische Vernetzung beider Parteien in der gesamten Bundesrepublik erfolgt, bedeutet dies die Spaltung jedes Ortsverbandes von Flensburg bis Garmisch-Partenkirchen. So bleibt als Fazit: Am 3. 10. hatte die CDU/CSU die Macht knapp verpaßt, zugleich demonstriert, daß die Macht für sie greifbar ist. In den ersten Wochen nach der Wahl hat, zumindest kurzfristig, sich die Position der Regierung stabilisiert. Die langfristigen Rückwirkungen auf das Parteiensystem sind dagegen noch kaum abzuschätzen.

Die amerikanischen Präsidentenwahlen 1976

Ein Beitrag zum Regierungs- und Gesellschaftssystem der USA ¹⁾

Am Montagmorgen des 1. November 1976, vierundzwanzig Stunden bevor die Wahllokale ihre Tore öffneten, brachten die Zeitungen das Ergebnis der neuesten Meinungsbefragung des Gallup-Instituts: Ford 47 Prozent — Carter 46 Prozent — McCarthy 2 Prozent — andere Kandidaten 1 Prozent — Unentschieden 4 Prozent. Doch George Gallup warnte: Die mögliche Fehlerquote der Umfrage liege bei 3 bis 4 Prozentpunkten ²⁾.

Mit Hilfe von Berichten ihrer Korrespondenten in den fünfzig Staaten der USA versuchte die „New York Times“, das mögliche Wahlergebnis noch weiter zu präzisieren: Trotz des knappen Vorsprungs von Präsident Ford an Popularstimmen habe Gouverneur Carter im Wahlmännnergremium, dem *electoral college*, eine hauchdünne Mehrheit. Die Zeitungskolumnisten, die Radio- und Fernsehkommentatoren waren sich an diesem Tag einig, daß der

¹⁾ Die folgende Untersuchung wurde durch die finanzielle Unterstützung der Stiftung Volkswagenwerk ermöglicht. Wir — drei Mitglieder des Seminars Wissenschaft von der Politik der Universität Göttingen — konnten vor Ort den Präsidentschaftswahlkampf beobachten und Materialien sammeln. Dr. Günther R. Degen hat sich dabei insbesondere mit dem Wahlkampf Carters und der Rolle der Gewerkschaften beschäftigt, Peggy White den Reagan-Flügel in der Republikanischen Partei untersucht. Auch an dieser Stelle möchte ich mich für ihre Mitarbeit bedanken. Das Gesamtprojekt „Amerikanische Präsidentenwahlen 1976“ stand unter meiner Leitung. Für Darstellung und Interpretation im folgenden Aufsatz bin ich selbstverständlich allein verantwortlich. Das Manuskript wurde unmittelbar nach der Wahl verfaßt und am 9. 11. 1976 abgeschlossen.

²⁾ Die folgende Untersuchung stützt sich hauptsächlich auf Primärquellen — Wahlkampfmaterialien, Flugblätter, Broschüren, Zeitungen, Zeitschriften —, die während unseres Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten gesammelt worden sind. Diese Quellen werden schon um der Lesbarkeit dieses Aufsatzes willen nicht im einzelnen zitiert. Wir stützen uns ferner auf mehr als hundert Interviews, die mit Politikern, Beratern der Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten, mit Gewerkschaftlern, Unternehmern und Journalisten durchgeführt worden sind. Wir haben ferner Präsident Ford, Gouverneur Carter und Senator Mondale mehrere Tage lang während ihres Wahlkampfes begleitet.

Wahlausgang völlig offen sei und daß der Blitzwerbefeldzug beider Kandidaten, der für den Abend in allen Radio- und Fernsehprogrammen angekündigt war und für den die letzten Millionen Dollar zusammengekratzt worden waren, entscheidend sein könnte.

Währenddessen sammelten die vom monatelangen Wahlkampf erschöpften Kandidaten noch einmal ihre Kräfte, spornten ihre Wahlhelfer zu letzten Anstrengungen an und hämmerten ihre Wahlparolen in das Bewußtsein der Wähler in jenen Staaten, die als wahlentscheidend angesehen wurden. Carter flog in der Nacht vom Sonntag auf Montag von Texas nach Kalifornien, sprach vor begeisterten Anhängern in Los Angeles, landete abends — mehrere tausend Kilometer östlich — zur Abschlußkundgebung seines Wahlkampfes in Flint, Michigan, dem Heimatstaat Fords. Ford wiederum konzentrierte sich an diesem Tag auf den industriellen Nordosten, jettete mit der „Air Force One“ über New York und Ohio nach Michigan zur Abschlußkundgebung in seiner Heimatstadt Grand Rapids.

Das Wahlergebnis war so knapp, wie vorhergesagt; nur daß Carter und nicht Ford gewonnen hatte. Doch erst am Mittwochmorgen um vier Uhr, als die Fernsehstationen eine Hochrechnung für Ohio, Mississippi und Hawaii vorlegten, stand fest, daß der ehemalige Gouverneur des Staates Georgia am 21. Januar 1977 als 39. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt werden würde.

So verwirrend Wahlergebnis und Wahlkampf für den deutschen Beobachter, aber auch für die amerikanischen Wähler und viele politischen Kommentatoren sein mögen, so signalisierte das Jahr des 200. Geburtstages der USA vor allem eines: die Rückkehr der Vereinigten Staaten zum politischen Alltag, „Back to Normalcy“. Der Krieg in Vietnam, die innenpolitische Krise um Watergate und der Sturz Nixons ³⁾, die Enthüllungen um die Machen-

³⁾ Im folgenden wird unter „Watergate-Affäre“ und „Watergate“ nicht nur der Einbruch in das Democratic National Committee, das im Hotel gleichen

schaften der Geheimdienste, die Aufdeckung von Korruption auf allen Ebenen des Regierungssystems und in den Verwaltungspalästen einiger Großkorporationen und Gewerkschaften — all dies war von vielen Amerikanern in den letzten vier Jahren eher wie ein Alptraum denn als politische und gesellschaftliche Realität erfahren worden. Nach den sozialen Unruhen der sechziger Jahre, nach Vietnamkrieg, Detente und amerikanischer Öffnung gegenüber Rotchina, nach Watergate und Präsidentensturz, nach kaum durchstandener Weltwirtschaftskrise beherrschten politische Apathie und die Furcht vor politischen und sozialen Veränderungen das Wahljahr 1976. Gerald Ford und Jimmy

Carter können vielleicht gerade deswegen als die geeigneten Präsidentschaftskandidaten für eine Periode amerikanischer Geschichte angesehen werden, die nach den turbulenten sechziger und den frühen siebziger Jahren vielleicht einmal die ruhigen siebziger Jahre genannt werden wird.

Im folgenden wird versucht, die amerikanischen Präsidentschaftswahlen von 1976 zu beschreiben und zu analysieren sowie sie skizzenhaft in die gesellschaftliche und politische Entwicklung des letzten Jahrzehnts einzuordnen. Dabei steht der Aufstieg Jimmy Carters bis zu seiner Nominierung als Kandidat der Demokratischen Partei und seine schließliche Wahl zum Präsidenten im Vordergrund.

I. Die Vereinigten Staaten nach Vietnamkrieg und Watergate-Affäre

Vietnamkrieg, Watergate und die Weltwirtschaftskrise der vergangenen Jahre stecken den politischen und sozialen Rahmen ab, innerhalb dessen die amerikanischen Präsidentschaftswahlen 1976 stattfanden. Obwohl weder der amerikanische Rückzug aus Vietnam, noch die Verfassungskrise um das Präsidentenamt, noch die sozialen Auswirkungen der für die USA tiefgreifendsten Depressionen seit den dreißiger Jahren thematisch im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen standen, sind doch Stil und Inhalt des Wahlkampfes und das Wahlergebnis selbst als Reaktion auf die Ereignisse des letzten halben Jahrzehnts zu begreifen. Wie schon früher in der amerikanischen Geschichte sind auch im Wahljahr 1976 akute Probleme und Widersprüche, die sich aus der Struktur der Gesellschaft oder des politisch-institutionellen Systems ergaben, durch Personalisierung und Moralisierung verdeckt und verdrängt worden. Dadurch wurde ein oberflächlicher Konsens nach langen Jahren der inneren Zerrissenheit und der Selbstvertrauenskrise hergestellt. Doch könnten politische Apathie und pseudopolitische, religiös-moralische Wiedererweckungsbewegungen sich zu einem latenten Irrationalismus und Eskapismus vor der gesellschaftlichen Wirklichkeit verdichten und in Zeiten sozialer Konflikte die demokratische Tradition und das auch in der Water-

gate-Affäre noch intakte System der politischen „checks and balances“, der Gewaltenschränkung und Gewaltkontrolle, gefährden.

Die Watergate-Affäre ist nur ein Symptom für die tiefgreifende strukturelle Veränderung des amerikanischen Regierungssystems in der Phase des zunehmend organisierten Kapitalismus gewesen, die unter der Präsidentschaft Nixons ihren bisherigen Höhepunkt erreichte, nicht aber ihren Ursprung hatte⁴⁾. In ihrem Mittelpunkt steht die veränderte Funktion des Präsidentenamtes: Es hat sich von einer subsidiär wirkenden Clearingstelle ökonomischer und sozialer Interessen im neunzehnten Jahrhundert zu einer in Wirtschaft und Gesellschaft intervenierenden und diese stabilisierenden Institution im zwanzigsten Jahrhundert entwickelt. Im Präsidentenamt war institutionell jener Ort vorgegeben, von dem aus die bundesstaatliche Konjunktur-, Struktur-, Sozial-, Außen- und Verteidigungspolitik sowohl in Krisensituationen direkt und ohne Verzögerung als auch über einen längeren Zeitraum in relativer Kontinuität betrieben werden konnte.

Der hier angesprochene Funktionswandel ging mit einer Reorganisation im politisch-in-

Namens seine Büros während des Wahlkampfes 1972 hatte, verstanden, sondern die gesamte daran anschließende verfassungsrechtliche und politische Krise, die schließlich zum Rücktritt Nixons geführt hat.

⁴⁾ Vgl. zu einer ausführlicheren Analyse der Watergate-Affäre: Peter Lösche, Watergate — Einige Überlegungen zur Krise des amerikanischen Regierungssystems, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/75. Zur Entwicklung des Präsidentenamtes vgl. Arthur M. Schlesinger Jr., The Imperial Presidency, London 1974.

stitutionellen Bereich einher, nämlich 1. der Teilung der Exekutive in zwei Bereiche: in die ministerielle Exekutive (permanent government) und das Präsidentenamt (presidential government), und 2. der Zentralisation außenpolitischer, wirtschaftspolitischer und schließlich — unter Nixon — innenpolitischer Entscheidungen im Präsidentenamt, in *Executive Office* und zunehmend im *White House Office*, dem „persönlichen Stab“ des Präsidenten. Während die Ministerien durchaus noch der Kontrolle durch andere Institutionen des amerikanischen Regierungssystems — wie etwa durch die Untersuchungsausschüsse beider Häuser des Kongresses — unterlagen, verselbständigte sich das Präsidentenamt zunehmend, so daß die Watergate-Affäre schließlich zum Symbol für die kaum noch kontrollierte, aber fest institutionalisierte Machtkonzentration unter Nixon wurde. Das Versagen politisch-institutioneller Kontrollen gegenüber dem Präsidentenamt wurde in der Außenpolitik — und hier wiederum in der Eskalation des amerikanischen Eingreifens in Südostasien — am offenkundigsten.

Die Aufdeckung der Watergate-Affäre hat gezeigt, daß Kontrollen, Hemmnisse und Gegen Tendenzen gegen die eben beschriebene Zentralisation außen-, wirtschafts- und innenpolitischer Machtbefugnisse im Weißen Haus noch wirksam waren und gleichsam wie Notbremsen die Schußfahrt in ein bonapartistisches Präsidialsystem unterbrechen. Zu ihnen gehörten

1. ein Kongreß, der im Anklageverfahren gegen Nixon zu seiner ursprünglichen Kontrollaufgabe zurückfand;
2. die Unabhängigkeit der Presse und der Judikative;
3. Konkurrenz und Widersprüche zwischen den verschiedenen Teilen der Exekutive;
4. Regionalismus, politischer Föderalismus und — im Vergleich zur Bundesrepublik — relativ große Autonomie der Kommunen (als Gegengewicht zu politischer Zentralisation und ökonomischer Konzentration);
5. eine politisch-ideologische Tradition, der — im Rückgriff auf die „Gründungsväter“ — jede Machtanhäufung in der Regierung, aber auch in den Parteien, Großcorporationen oder Interessengruppen suspekt ist.

Im Kongreß sind die Watergate-Affäre und die amerikanische Intervention in und Rückzug aus Südostasien als Ausdruck eines politisch-strukturellen Problems des amerikanischen Regierungssystems begriffen und ent-

sprechende Konsequenzen gezogen worden. Mit der Verabschiedung des *Congressional Budget Act* (1974) hat die Legislative ihre an die Exekutive verlorengegangene Macht, nämlich das Haushaltsrecht, wieder stärker an sich gezogen. Zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte gibt es heute in beiden Häusern des Kongresses einen Haushaltsausschuß und als Gegengewicht zum vor Watergate allmächtig gewordenen *Office of Management and Budget* (Kernstück der *Executive Office* des Präsidenten) ein *Congressional Budget Office*. Damit ist der Kongreß zumindest institutionell in die Lage versetzt worden, über den Bundeshaushalt eigene politische Prioritäten zu setzen, den Budgetentwurf des Präsidenten besser zu überprüfen und zu verfolgen, inwieweit die Exekutive die vom Parlament beschlossenen Gesetzgebungsprogramme auch ausführt⁵⁾.

Der gegen das Veto von Präsident Nixon verabschiedete *War Powers Act* hat das durch die Verfassung dem Kongreß zugewiesene Recht, Krieg zu erklären, mit rechtlichen Sicherungen versehen und darüber hinaus festgelegt, daß der Präsident nicht ohne Zustimmung des Parlaments für längere Zeit Truppen ins Ausland entsenden oder dort stationieren darf. Schließlich hat in diesem Jahr, wenige Tage vor dem Ende der Legislaturperiode, der Kongreß den *National Emergency Act* beschlossen, der innerhalb der nächsten zwei Jahre viele der historisch dem Präsidenten zugewachsenen Notstandsrechte einschränken oder ganz aufheben wird⁶⁾. Als eine der wichtigsten verfassungspolitischen

⁵⁾ Inwieweit die Intentionen des Gesetzes auch verwirklicht werden, bleibt abzuwarten. Für eine erste vorsichtige Zwischenbilanz vgl. John W. Ellwood und James A. Thurber, *Some Implications of the Congressional Budget and Impoundment Act for the Senate*. Paper Delivered at the Annual Meeting of the American Political Science Association, 1.—5. 9. 1976 und Walter F. Mondale, *The Accountability of Power. Toward a Responsible Presidency*, New York 1975, S. 134 ff. Mondale ist als Senator von Minnesota Mitglied des Haushaltsausschusses des Senats gewesen. Inzwischen liegt auch die erste größere Untersuchung des Congressional Budget Office vor: *Budget Options for Fiscal Year 1977. A Report to the Senate and House Committees of the Budget*, Washington 1976.

⁶⁾ Zu den Notstandsmaßnahmen, die der Präsident bisher ohne Mitwirkung des Kongresses ergreifen konnte, gehörten die Beschlagnahme von Privateigentum einschließlich aller Produktionsmittel und die staatliche Kontrolle aller Verkehrs- und Kommunikationsmittel. Vgl. *US News and World Report* (künftig zitiert als USNWR) vom 27. 9. 1976, S. 76.

Konsequenzen aus Watergate-Affäre und Vietnamkrieg ist die Stellung des Kongresses gegenüber dem Präsidentenamt also gestärkt worden⁷⁾. Die Ursache für das veränderte Kräfteverhältnis zwischen Parlament und der Spitze der Exekutive liegt außerdem darin begründet, daß Gerald Ford im August 1974 nicht nur ein diskreditiertes Amt von Nixon übernommen hat, sondern er selbst nicht in der Lage war, die Richtlinien seiner Politik gegenüber dem Kongreß deutlich zu machen. Im Weißen Haus ist in den letzten zwei Jahren nicht ein Vorschlag für ein größeres Gesetzgebungswerk entwickelt worden, hingegen hat der Präsident — zumeist auf Druck von Interessengruppen — gegen mehr als sechzig Gesetzentwürfe des Kongresses sein Veto eingelegt⁸⁾.

Trotz neugewonnener Macht ist das amerikanische Bundesparlament nach wie vor kaum als nationale politische Institution anzusprechen. Senatoren und Repräsentanten sind so sehr an die höchst divergierenden Interessen in ihren Einzelstaaten bzw. ihren Wahlkreisen gebunden und z. T. über die lokalen und regionalen ‚Parteimaschinen‘ organisatorisch dort so verankert, daß der Kongreß fragmentiert und ohne jeden Ansatz von Fraktionskohärenz bleibt und so auf Dauer kaum ein Gegengewicht zum Präsidentenamt bilden kann. Die zentrifugalen Kräfte im Kongreß wurden 1974 dadurch sogar noch verstärkt, daß als unmittelbare Reaktion auf den Rücktritt Nixons die sogenannten Watergate-Freshmen, eine Gruppe militanter junger Demokraten, ins Repräsentantenhaus gewählt wurden, die besonderen Wert auf ihre Unabhängigkeit von den Demokratischen Fraktionsführern legten und auf eine enge Verbindung zu ihren Wahlkreisen bestanden⁹⁾.

7) Als Überblick und Einführung in das neue Kräfteverhältnis zwischen Präsidentenamt und Kongreß sind geeignet: James W. Davis und Delbert Ringquist, *The President and Congress. Toward a New Power Balance*, New York 1975, und der Reader: Congressional Research Service, Library of Congress (Hrsg.), *Resolved: That the Powers of the Presidency Should be Curtailed*. Washington 1974 (dieser Reader ist aufgrund eines entsprechenden Beschlusses des Kongresses zusammengestellt worden).

8) Erst in den letzten Wochen seines Wahlkampfes hat Präsident Ford seine Vetos damit erklärt, daß er einen ausgabefreudigen Kongreß in seine Schranken verweisen wollte, um die Inflationsrate niedrig zu halten.

9) Gerade wegen dieser engen Verbindung zu ihren Wahlkreisen und wegen ihres unabhängigen Auftretens im Kongreß sind 1976 die Neulinge von 1974 wiedergewählt worden.

Während Watergate-Affäre und Vietnamkrieg von Mitgliedern des Kongresses durchaus als Probleme erkannt wurden, die aus den veränderten Strukturen des amerikanischen Regierungssystems entstanden sind¹⁰⁾, ist im Präsidentschaftswahlkampf 1975/76¹¹⁾ diese für die Zukunft der amerikanischen Demokratie zentrale Frage entweder gänzlich verdrängt oder in den Surrogaten einer diffusen Stimmung gegen „Big Government“ oder des Allerweltsschlagwortes vom „Vertrauen in die politischen Führer“ (trust in leadership) aufgenommen worden. Von keinem der Kandidaten für das Präsidentenamt ist öffentlich vor den Wählern oder durch die Medien gefragt worden, wie bei einer wirtschaftlich und gesellschaftlich bedingten Entwicklung hin zu einem auch politisch zunehmend zentralisierten Sozialstaat die traditionell in den USA hochgehaltenen bürgerlichen und individuellen Freiheiten mit sozialer Gerechtigkeit und Sicherung zu vermitteln seien. Vielmehr wurden Vietnam und Watergate — wenn überhaupt angesprochen — als moralisches Problem, als Schuld einzelner Personen hingestellt. Wie wenig jedoch die verheißene moralische Reinigung und der bereits vollzogene Personenaustausch (Ford statt Nixon) die jüngste amerikanische Vergangenheit zu bewältigen vermochten, zeigte die dem Präsidentschaftswahlkampf zugrunde liegende Tendenz, nämlich politische Apathie und Frustration, verbunden mit einem gewissen Maß an politischem Irrationalismus.

Als direkte Folge der Watergate-Affäre kann angesehen werden, daß das in den USA latent vorhandene und auf politische Auffassungen der „Gründerväter“ und den freien Geist der „Frontier“-Tradition zurückgeführte Mißtrauen gegen jede Art der Regierung, insbesondere aber gegen die Bundesregierung in Washington, in den letzten Jahren in einen undifferenzierten und emotionalen Anti-Institutionalismus umgeschlagen ist. So rangierten in einer von einem Nachrichtenmagazin durchgeführten Meinungsbefragung über das Vertrauen der Amerikaner in die Institutionen und Personengruppen ihres Landes die

10) Beispielhaft hierfür ist das oben (vgl. Anm. 5) zitierte Buch von Mondale.

11) Bereits zu Beginn des Jahres 1975 haben in der Demokratischen Partei mehrere Politiker offiziell ihre Anwartschaft auf die Präsidentschaftskandidatur angemeldet, noch mehr haben bereits 1974 — wie Jimmy Carter — inoffiziell ihren Wahlkampf um die Nominierung begonnen. Daher ist es sinnvoll, den Präsidentschaftswahlkampf über diese zweijährige Periode zu analysieren.

Politiker, die Bundesbürokratie, Gewerkschaftsführer, die Republikanische und die Demokratische Partei, das Repräsentantenhaus, das Weiße Haus, der Senat und die Großkorporationen ganz unten, während den Banken, den Kleinunternehmen und den Kirchen das größte Vertrauen entgegengebracht wurde. Mit der Ausnahme der Großkorporationen und der Gewerkschaftsführer wurden die gerade genannten Personengruppen und Institutionen gleichzeitig als am wenigsten effizient angesehen¹²⁾. Die von den meisten Präsidentschaftsaspiranten bemühte Parole „Gegen Washington — gegen eine zu starke Regierung (Against Big Government)“ hatte in diesem latenten und durch Watergate aktualisierten Antiinstitutionalismus ihren Ausgang.

Weniger eindeutig ist die Reaktion der amerikanischen Öffentlichkeit auf den Vietnamkrieg gewesen. Anders als nach dem Ersten Weltkrieg gab es keinen Rückfall in den Isolationismus. Gleichwohl ist der (auch durch die monatelangen Feiern zum 200. Geburtstag der USA noch gesteigerte) ausgeprägte Nationalismus, der während des Wahlkampfes gelegentlich in einen gefühlsbetonten Chauvinismus überzuschwappen drohte, eine Folge des Rückzuges der Vereinigten Staaten aus Südostasien. Aus Meinungsbefragungen geht hervor, daß in den letzten Jahren die Zahl derjenigen, die befürchteten, daß die Vereinigten Staaten international an Einfluß und Ansehen verlieren und daß die Regierung gegenüber der Sowjetunion zu nachgiebig gewesen sei, gestiegen ist. Insbesondere ist aber der Anteil derjenigen im Wahljahr gestiegen, die meinen, daß die USA „ihre beherrschende Position als stärkste Macht der Welt auf jeden Fall und selbst bis an den Rand eines Krieges“ erhalten sollten¹³⁾.

Deuten die genannten Daten bereits ein Syndrom von wachsender Enttäuschung und Irrationalismus in den beiden letzten Jahren an, so liegt die Vermutung nahe, daß politische Apathie während des Wahlkampfes und eine geringe Wahlbeteiligung eine weitere Folge

¹²⁾ Vgl. USNWR vom 6. 9. 1976, S. 22 ff., und USNWR vom 13. 9. 1976, S. 39 ff.

¹³⁾ Mit dieser Feststellung stimmten 1964 (also noch auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges) 56 % überein. Diese Zahl sank in der Phase der amerikanischen Detente-Politik 1974 auf 42 %, stieg 1976 aber wieder auf 52 %. Zu diesen Daten und zum letzten Abschnitt vgl. William Watts und Lloyd A. Free, Nationalism, not Isolationism. A National Survey, in: Foreign Policy, 24 (Herbst 1974), S. 3 ff.

dieser Entwicklung sind. Seit der Jahrhundertwende ist die Wahlbeteiligung in den Vereinigten Staaten kontinuierlich, seit den sechziger Jahren sogar beschleunigt gesunken¹⁴⁾. So sind 1960 nach der heißen Wahlschlacht zwischen John F. Kennedy und Richard Nixon nur 63 Prozent der potentiellen Wähler zur Wahlurne gegangen. 1972 war diese Zahl auf 55 Prozent gesunken, so daß Nixon — nach einem angeblichen politischen Erdrutschsieg — nur von 34 Prozent der möglichen Wahlberechtigten gewählt worden ist¹⁵⁾.

Eine der Ursachen für die geringe Wahlbeteiligung in den USA liegt darin, daß nicht jeder theoretisch Wahlberechtigte automatisch in die Wählerlisten (wie in der Bundesrepublik) aufgenommen wird, sondern daß man sich spätestens einige Wochen vor der Wahl oder Vorwahl (Primary) beim Wahlamt registrieren lassen muß¹⁶⁾. Nach Schätzungen von Anfang Oktober 1976 waren in diesem Jahr nur etwa 70 Prozent der theoretisch Wahlberechtigten registriert und damit tatsächlich wahlberechtigt. Die Zahl der registrierten Wähler ist zwischen 1972 und 1976 konstant geblieben, obwohl die Zahl derjenigen, die sich hätten registrieren lassen können, um neun Millionen gestiegen ist¹⁷⁾ — ein weiterer Ausdruck für die politische Apathie, die für das Jahr 1976 typisch gewesen ist. Der soziale und politische Selektionsmechanismus, der mit der Wählerregistrierung verbunden ist, liegt auf der Hand und kann empirisch belegt werden: Potentielle Wähler aus höheren Einkommensgruppen mit einer abgeschlossenen Collegeausbildung, die in den Vorstädten oder auf dem Lande wohnen und älter als 35 Jahre sind (tendenziell Anhänger republikanischer Präsidentschaftskandidaten), nehmen die mit der Registrierung und dem Wahlakt verbundenen Umstände eher auf sich als

¹⁴⁾ Die Ursachen hierfür können in unserem Zusammenhang nicht analysiert werden. Neben der Wählerregistrierung, auf die gleich eingegangen werden wird, hängen sie jedoch u. a. mit der zunehmenden Desintegration und Fragmentierung der amerikanischen Parteien zusammen.

¹⁵⁾ Bei den Kongreßwahlen 1974, also wenige Monate nach dem Rücktritt Nixons, ist die Wahlbeteiligung sogar auf 37 % gesunken. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß in den Jahren, in denen parallel zu den Parlamentswahlen keine Präsidentschaftswahlen stattfinden, die Wahlbeteiligung immer niedriger liegt.

¹⁶⁾ Die Registrierung von Wählern ist in den meisten Staaten der USA nach der Jahrhundertwende als Reformmaßnahme eingeführt worden, um den bis dahin gängigen Wahlbetrug auszuschließen.

¹⁷⁾ Vgl. Time Magazine vom 1. 11. 1976, S. 32.

potentielle Wähler aus den unteren Einkommensgruppen und ohne abgeschlossene Schulbildung, die in städtisch-industriellen Gebieten wohnen und unter 35 Jahre alt sind (überwiegend Wähler demokratischer Präsidentschaftskandidaten). So war 1972 nur die Hälfte der schwarzen Amerikaner registriert; nur 38 Prozent der Amerikaner spanisch-mexikanischer Herkunft gingen in die Wahllokale. Hingegen wählten 85 Prozent derjenigen, die einen Collegeabschluß hatten, verglichen mit nur 50 Prozent derjenigen, die einen Hauptschulabschluß hatten¹⁸⁾.

Zwei Monate vor der Wahl erregte eine Studie über die voraussichtlichen Nichtwähler des Jahres 1976 großes Aufsehen¹⁹⁾. Der Leiter des Forschungsprojektes, Peter D. Hart, äußerte darin die Vermutung, daß weniger als die Hälfte der möglichen Wähler am 2. November 1976 zur Wahlurne gehen würde. Die Untersuchung bestätigte die seit langem bekannten Tatsachen über soziale Stellung, Herkunft, Ausbildung und Wohnsituation der Nichtwähler. Doch zum ersten Mal in der amerikanischen Wahl- und Meinungsforschung hatte Hart eine große Gruppe von Nichtwählern entdeckt, die bis 1968 aktiv am politischen Prozeß teilgenommen hatte, inzwischen aber politisch entfremdet und enttäuscht worden war. Diese Gruppe der „drop-outs“, der durch Vietnam und Watergate Frustrierten, hatte eine weitaus bessere Ausbildung, verfügte über ein höheres Einkommen und war älter als der Durchschnitt der Nichtwähler. Abstinenz schien hier zu einem bewußten Protest gegen das politische und soziale System der Vereinigten Staaten zu werden.

Der hohe Grad politischer Entfremdung zeigte sich — wie bei anderen Meinungsbefragungen auch — im Mißtrauen der Nichtwähler gegen die politischen Institutionen, die Interessengruppen und die Medien. 63 Prozent der Nichtwähler glaubten, daß die Regierung in Washington nur selten oder nie vernünftig und richtig handeln würde, daß die Bundesregierung vielmehr von wenigen einflußreichen Interessengruppen dominiert werde. 61 Prozent meinten, daß sehr viele Mitglieder der Regierung und Verwaltung (people running government) ziemlich unehrlich seien. Und

¹⁸⁾ Der typische amerikanische Durchschnittswähler wird so beschrieben: „middle-aged, middle-income, middle-educated, Protestant.“ Vgl. Richard M. Scammon und Ben J. Wattenberg, *The Real Majority*, New York 1971, S. 70.

mehr als die Hälfte hatte das Gefühl, daß Fernsehen und Zeitungen einseitig und subjektiv statt fair und objektiv berichteten. Auf die Frage, warum sie nicht wählen würden, antworteten die Interviewten:

1. Kandidaten versprechen das eine, tun dann aber das Gegenteil (68 Prozent).
2. Es macht keinen Unterschied, wer gewählt wird, weil die Dinge sowieso nicht funktionieren (55 Prozent).
3. Watergate hat gezeigt, daß Politiker sowieso nur ihre eigenen Schäfchen ins Trockene bringen (52 Prozent).
4. Die Kandidaten unterscheiden sich kaum voneinander (50 Prozent).

Spiegelt sich in diesen Daten die bereits erwähnte antiinstitutionelle Stimmung und die Enttäuschung über das politische System, so wurde die irrationale Seite dieser Apathie daran erkennbar, daß Nichtwähler zur gleichen Zeit offensichtlich nach politischer Führerschaft, nach einem oder wenigen politischen Führern dürsteten. 87 Prozent stimmten darin überein, daß „dieses Land mehr als Gesetze und politische Programme braucht, wenige mutige, unermüdliche, der Sache ergebene politische Führer sind, denen das Volk vertrauen kann“²⁰⁾. Als Beispiele für derartige politische Führer wurden Kennedy (50 Prozent), Roosevelt (20 Prozent), Eisenhower und Truman (je 10 Prozent) genannt.

Seit den zwanziger Jahren haben demokratische Präsidentschaftskandidaten ihre Wähler überproportional aus den unteren sozialen Schichten, aus den rassischen und ethnischen Minoritäten, der Arbeiterschaft und der Stadtbevölkerung rekrutiert. Im Wahljahr 1976, in dem so viele Zeichen auf eine vertiefte politische Apathie der eigenen Anhänger hindeuteten, hing Sieg oder Niederlage für den demokratischen Präsidentschaftskandidaten Jimmy Carter von der Realisierung des eigenen Wählerpotentials ab, davon, ob es gelingen würde, Schwarze, Mexiko-Amerikaner und andere ethnische Minderheiten und (gewerkschaftlich organisierte) Arbeiter in den Städten zu registrieren und am Wahltag zur Stimmabgabe zu bewegen.

¹⁹⁾ Vgl. Committee for the Study of the American Electorate (Hrsg.), *Non-Voter Study 1976* (Press Release).

²⁰⁾ Im Unterschied zu parlamentarischen Regierungssystemen mit relativ stabilen Parteien schlägt hier auch die Personalisierung amerikanischer Politik durch.

Unklar blieb bis zum Wahltag, welcher Zusammenhang zwischen der vermuteten größeren politischen Apathie und der wirtschaftlichen Entwicklung in den beiden letzten Jahren bestehen würde. Sozialwissenschaftler, Wahlprognostiker und die Wahlkampfstrategen der Kandidaten wußten nicht — trotz der Meinungsbefragungen, die fast jede Woche während der letzten Monate des Wahlkampfes durchgeführt wurden —, welche Auswirkungen Arbeitslosigkeit und Inflation auf die Wahlbeteiligung haben würden. Dabei ging es um die folgenden ökonomischen Daten²¹⁾: Die Arbeitslosenquote war in den Jahren der Nixon-Ford-Administration kontinuierlich und unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise 1975/76 auf die Höchstmarke seit der Großen Depression geschneit. Während im letzten Jahr der Johnson-Regierung die Arbeitslosenquote bei 3,6 Prozent lag²²⁾, kletterte sie 1975 auf 8,5 Prozent²³⁾ und sank in den Monaten August und September 1976 nur auf 7,9 bzw. 7,8 Prozent. Dabei war der Anteil der arbeitslosen Arbeiter (August 1976: 9,8 Prozent), der Schwarzen (13,6 Prozent), der Jugendlichen unter zwanzig Jahren (19,8 Prozent) und insbesondere der schwarzen Jugendlichen (ca. 40 Prozent) überdurchschnittlich hoch. Welcher soziale Sprengstoff sich hinter diesen trockenen Zahlen verbirgt, zeigte sich im September dieses Jahres in Detroit, einer überwiegend von Schwarzen bewohnten und wirtschaftlich von der Autoindustrie abhängigen Stadt. Nur durch einen massiven Polizeieinsatz konnten revoltierende schwarze Jugendliche in die Slums abgedrängt werden; die brennende Lunte am Pulverfaß wurde brutal ausgetreten, ohne daß die Ursachen für

²¹⁾ Die folgenden Daten sind der offiziellen Regierungsstatistik, in der Regel den Angaben des Statistics, entnommen. Für eine Übersicht über die Sozialdaten der letzten zehn Jahre vgl. Ben. J. Wattenberg, *The Real America. A Surprising Examination of the State of the Union*, New York 1976².

²²⁾ Dies gilt in den Vereinigten Staaten als Vollbeschäftigung. Heute wird die Grenze zwischen Vollbeschäftigung und Arbeitslosigkeit bei einer Arbeitslosenquote von 4 bis 4,5 Prozent gezogen. Zur offiziellen Arbeitslosenquote ist noch ca. 1 Prozent aufzuschlagen, da in den Regierungsstatistiken diejenigen, die länger als ein Jahr erfolglos Arbeit gesucht haben, nicht als arbeitslos geführt werden. Auch aus anderen Gründen, die hier nicht erläutert werden können, sind die Regierungsstatistiken umstritten. Z. B. liegen die Berechnungen der Arbeitslosenquote durch die AFL-CIO für die letzten Jahre um 2,5 bis 3 Prozent höher als die des Bureau of Labor Statistics.

²³⁾ Mit einem Höhepunkt der Arbeitslosenquote von 8,9 Prozent im Mai 1975.

diese bedrohliche Lage beseitigt worden wären. Die Hälfte bis zu drei Viertel der schwarzen Jugendlichen sind nach verschiedenen Schätzungen in Detroit arbeitslos. Genaue Zahlen gibt es angesichts der desolaten Situation nicht²⁴⁾.

Im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit und der allgemein verschlechterten wirtschaftlichen Situation ist in den letzten beiden Jahren auch die Zahl derjenigen, die unter der offiziellen Armutsgrenze leben, gestiegen — trotz erhöhter bundesstaatlicher Subventionen für Sozialprogramme aller Art, von der Armenspeisung über die Kranken- bis zur Altersversicherung²⁵⁾.

Viele Sozialwissenschaftler und politische Kommentatoren vermuteten, daß die Arbeitslosen und Armen sowie die von Arbeitslosigkeit und sozialem Elend Bedrohten im Wahljahr 1976 völlig aus dem politischen System herausfallen und überhaupt nicht wählen würden. Hier jedoch lag das eigentliche Wählerpotential demokratischer Präsidentschaftskandidaten. Daher war die Strategie der Demokraten in den beiden letzten Monaten des Wahlkampfes darauf abgestellt, das Arbeitslosenproblem in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung zu stellen, um sowohl die volle Unterstützung der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder (zumal die Reallöhne in den letzten beiden Jahren ebenfalls gesunken waren) als auch die Stimmen der von Arbeitslosigkeit und Armut besonders bedrohten Bevölkerungsgruppen zu erhalten. Umgekehrt zielte die Wahlstrategie der Republikaner dahin, die Erfolge der Ford-Administration in der Inflationsbekämpfung — die Inflationsrate war von 11 Prozent (1974) über 9,1 Prozent (1975) auf 6,1 Prozent (Juli 1976) gesunken — herauszustreichen. Dadurch sollten jene potentiell republikanischen Wählergruppen angesprochen werden, die Arbeitslosigkeit und Armut kaum zu befürchten haben, deren Einkommen aber durch latente Geldentwertung beschnitten wird. Angesprochen wurden also Selbständige, mittlere und höhere Angestellte

²⁴⁾ Zu diesem gerade noch unterdrückten Aufstand in Detroit vgl. USNWR vom 27.9. 1976, S. 61 ff.

²⁵⁾ Beim Amtsantritt Kennedys 1960 lag die Zahl derjenigen, die als unter der Armutsgrenze lebend gerechnet wurden, bei 40 Millionen. Aufgrund der in den 60er Jahren verwirklichten Sozialprogramme ist diese Zahl bis 1968 auf 24 Millionen gesunken, stieg in den beiden letzten Jahren aber wieder auf 26 Millionen. Dies bedeutet, daß jeder achte Amerikaner unter der regierungsamtlichen Armutsgrenze lebt.

und Manager, Farmer, kurz: Mitglieder mittlerer und höherer Einkommensgruppen.

So richtig es ist, immer wieder zu betonen, wie (im Vergleich zu Europa) dezentralisiert, fragmentiert und organisatorisch desolat amerikanische Parteien sind, daß Präsidentschaftskandidaten zudem auf politische Pro-

gramme kaum festgelegt sind, so werden mit den beiden zentralen Wahlkampfthemen — dem Thema Arbeitslosigkeit beim Demokraten Carter, dem Thema Inflation beim Republikaner Ford — gleichwohl soziale Konturen der beiden großen amerikanischen Parteien erkennbar.

II. Die Vorwahlen in der Demokratischen und Republikanischen Partei

Seit der politischen Reformbewegung der Jahrhundertwende werden die Präsidentschaftskandidaten der beiden großen Parteien durch ein höchst kompliziertes, in jedem Staat verschiedenes Verfahren von innerparteilichen Vorwahlen vorgeschlagen und schließlich von einem bundesweiten Parteikonvent nominiert. In diesem Jahr haben in 29 Staaten und im District of Columbia sogenannte *Primaries* stattgefunden, Vorwahlen, in denen die Wähler, die sich als Mitglieder einer der beiden Parteien zu erkennen geben, auf je verschiedene Weise in ihrer Partei für einen Aspiranten auf das Präsidentenamt stimmen können. In 21 Staaten fanden sogenannte *Caucuses* statt, Nominierungsversammlungen, in denen indirekt auf Orts-, Bezirks- und schließlich Staatsebene gewählte Parteidelegierte sich für einen Präsidentschafts aspiranten aussprechen. Noch nie zuvor hat es eine so große Zahl von *Primaries* gegeben und noch nie zuvor war dadurch der Einfluß des einfachen Parteimitglieds auf den Nominierungsprozeß so groß²⁶⁾. Diese große Offenheit des Auswahlverfahrens hat sowohl Carter wie Reagan begünstigt.

Die Vorwahlen in der Demokratischen Partei

Die große Überraschung in den Vorwahlen der Demokratischen Partei²⁷⁾ war nicht nur

²⁶⁾ 1972 hat es nur in 20 Staaten und im District of Columbia *Primaries* gegeben. Es würde den Rahmen dieser Darstellung sprengen, wenn der fundamentale Unterschied zwischen amerikanischen und deutschen Parteien herausgearbeitet werden müßte. Zur Erklärung der Vorwahlen sei jedoch bemerkt, daß jeder Parteimitglied ist, der sich bei seinem zuständigen Wahlamt als Anhänger einer bestimmten Partei registrieren läßt. Parteimitgliedschaft mit Parteibuch, Mitgliedsbeiträgen und Bekenntnis zu einem Parteiprogramm wie in deutschen Parteien gibt es in den Vereinigten Staaten nicht.

²⁷⁾ Neben den eingangs genannten Quellen liegen dem Abschnitt über die Vorwahlen in der Demokratischen Partei zugrunde: William R. Keesch, *The 1976 Presidential Nominations in the Context of the Previous Twenty*. Paper, vorgetragen at the 1976 Annual Meeting of the American Political

der Aufstieg und Sieg des vor einem Jahr den meisten Amerikanern noch unbekanntem ehemaligen Gouverneurs des Staates Georgia, Jimmy Carter, sondern vielleicht noch mehr die Tatsache, daß bereits vor dem Parteikonvent ein Präsidentschaftskandidat feststand, der die sozial, politisch und organisatorisch äußerst heterogene Partei geeint hatte. Dies stand im großen Gegensatz zu 1972, als aus den Vorwahlen zwar George McGovern als klarer Sieger hervorgegangen war, die Partei aber gerade durch die Nominierung des Senators aus South Dakota in ihre Flügel und Fraktionen zerrissen wurde.

Die Situation in der Demokratischen Partei war vor der ersten Nominierungsversammlung und Vorwahl völlig unübersichtlich. Es gab keinen geheimen Favoriten. Zwar wurde Hubert Humphrey in Meinungsbefragungen als der populärste mögliche Kandidat genannt, doch wurde er weder von den lokalen und überregionalen Parteiorganisationen gefördert, noch glaubte die Presse an seine Chance, noch war er selbst bereit, aktiv in die *Primaries* einzugreifen. Zu Beginn des Jahres 1976 gab es etwa ein Dutzend aktiver und offiziell die Nominierung suchender Kandidaten, ein weiteres Dutzend — wie Senator Edward Kennedy aus Massachusetts oder wie Hubert Humphrey — bewarb sich ohne formelle Erklärung um die Nominierung.

Der Ablauf der Vorwahlen kann nach zwei Phasen unterschieden werden:

1. Von den dreizehn *Primaries*, die zwischen dem 24. Februar (New Hampshire) und 4. Mai (Georgia, Indiana, District of Columbia) statt-

Science Association, 2.—5. September 1976; Martin Schram, *Running for President. A Journal of the Carter Campaign*, New York 1976 (schließt mit dem Demokratischen Parteitag in New York im Juli 1976, umfaßt also nur die Vorwahlen, nicht den Wahlkampf selbst); *Democratic Review. Special Convention Issue*, Vol. II, No. 1 (Juli/August 1976) und die entsprechenden Nummern des *Congressional Quarterly Weekly Report*.

fanden, gewann Carter elf und verlor nur die in Massachusetts und New York. Zu diesem Zeitpunkt verfügte er bereits über mehr als 35 Prozent der Stimmen der bis dahin gewählten Parteitagsdelegierten, über doppelt soviel wie der nächst stärkste Konkurrent, Senator Scoop Jackson aus dem Staat Washington. Jackson hatte jedoch nach der Vorwahl in Pennsylvania aufgegeben, die er trotz der Unterstützung durch lokale demokratische Parteiorganisationen und Gewerkschaften an Carter verloren hatte. Außer Jackson waren so hoffnungsvolle Kandidaten wie Terry Sandford, Birch Bayh, Lloyd Bentsen, Fred Harris, Milton Shapp und Sargent Shriver aus dem Rennen geschieden. Schärfster Konkurrent Carters war zu diesem Zeitpunkt der liberale Kongreßabgeordnete Morris Udall (Arizona), während George Wallace, rassistisch-populistischer Gouverneur des Staates Alabama, bereits aussichtslos abgeschlagen war.

2. In der zweiten Phase siegte Carter in den bis zum 6. Juni verbleibenden achtzehn *Primaries* nur noch in sieben²⁸⁾. Seine ursprüngliche Anziehungskraft schien verlorengegangen zu sein, wie später auch im letzten Monat seines Wahlkampfes gegen Ford sein Schwung verlorengegangen war. Aufgrund des in den Vorwahlen im letzten Jahrzehnt in der Demokratischen Partei eingeführten modifizierten Proportionalwahlsystems (das das „winner take all“-System ablöste, das bis heute in der Republikanischen Partei gilt) konnte Carter gleichwohl genügend Delegiertenstimmen für den Parteitag sammeln. Ihm kam außerdem zugute, daß seine beiden schärfsten Konkurrenten in der zweiten Phase der Vorwahlen, die erst nach dem 4. Mai in das Rennen gegangen waren, Senator Frank Church aus Idaho und Gouverneur Edmund Brown aus Kalifornien²⁹⁾, mehr ihre Kandidatur für 1980 oder 1984 anmelden wollten, als daß sie sich ernsthaft um die Nominierung in diesem Jahr bemühten.

Nach Abschluß der Vorwahlen waren 1091 Parteitagsdelegierte auf Carter festgelegt; 1505 waren nötig, um die Nominierung zu gewin-

²⁸⁾ Darunter war der äußerst knappe Sieg gegen Udall in Michigan mit 43,3 % gegen 43,1 % der Stimmen.

²⁹⁾ Church gewann die Vorwahlen in seinem Heimatstaat und den beiden Nachbarstaaten Oregon und Montana, verlor aber gegen Carter in Tennessee, New York und Ohio. Brown verlor nicht eine Vorwahl, an der er teilgenommen hatte, und siegte in Kalifornien, Nevada, Rhode Island und Maryland.

nen. Weit abgeschlagen verfügten Udall über 313, Brown über 223 Delegiertenstimmen. Entscheidend war dann, daß wenige Tage nach der letzten Vorwahl sowohl Bürgermeister Richard Daley aus Chicago, der über eine der funktionsfähigsten Partei- und Patronagemaschinen in den Vereinigten Staaten herrscht wie George Wallace sich für Carter aussprachen. Der Gouverneur aus Georgia konnte mit der Gewißheit zum Parteitag nach New York fahren, daß er nominiert werden würde und eine geschlossene Partei hinter sich hätte, die zudem darauf brannte, nach acht Jahren Nixon und Ford und langen innerparteilichen Grabenkämpfen wieder einen der ihren ins Weiße Haus zu entsenden.

Während des Vorwahlkampfes hatten sich auch jene Themen herausgeschält, die die Anfang September beginnende Auseinandersetzung mit dem Kandidaten der Republikanischen Partei beherrschten: die latente Wirtschaftskrise, insbesondere das Arbeitslosenproblem; die Notwendigkeit einer Reorganisation und Straffung der Bundesregierung und ihrer Bürokratie; die Aufrichtigkeit und Redlichkeit der politischen Führung, insbesondere des Präsidenten — eine direkte Folge der Watergate-Affäre. Die Außenpolitik hatte im Vorwahlkampf der Demokraten — anders als bei den Republikanern — keine Rolle gespielt.

Der Demokratische Parteitag verlief — im Gegensatz zu den Schlachten, die in Miami Beach 1972 und in Chicago 1968 geschlagen worden waren — in größter Harmonie³⁰⁾. Ernsthafte Auseinandersetzungen über das Wahlprogramm oder das Parteistatut fanden nicht statt; der Präsidentschaftskandidat stand schon einige Wochen vor Tagungsöffnung fest. Der Ausschuß, der seit Monaten an der Wahlkampfplattform gearbeitet hatte und dem alle Gruppen und Fraktionen der Partei angehörten, legte einen Entwurf vor, der politisch gleichsam das Parallelogramm der sonst auseinanderstrebenden Kräfte in der Demokratischen Partei darstellte, der niemanden vor den Kopf stieß und in dem jeder seine Wünsche und Vorstellungen wiederfinden konnte. Wahlprogramme amerikanischer Parteien legen traditionell niemanden fest, weder den Präsidentschaftskandidaten noch die Kan-

³⁰⁾ Zum Verlauf des Parteikonvents vgl. Denis G. Sullivan et al., *Candidates, Caucuses, and Issues: The Democratic Convention 1976*. Paper, vortragen at the 1976 Annual Meeting of the American Political Science Association, 2.—5. September 1976.

didaten für Senat oder Repräsentantenhaus. Sie ähneln eher einer politischen Gemischtwarenhandlung als einem geschlossenen Konzept — so auch die demokratische Plattform 1976. Im Vergleich zur Republikanischen Partei enthält diese Plattform eine eher staatsinterventionistische Position. Für die USA relativ umfassende Sozialprogramme werden gefordert, Priorität hat vor allem die Überwindung der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit.

Für den an deutsche Parteidisziplin und Organisationseinigkeit gewohnten Beobachter war auffallend, mit welcher Selbstverständlichkeit die verschiedenen Gruppen — neben den üblichen Tagungen der Delegationen der Einzelstaaten — ihre Fraktionsitzungen abhielten³¹⁾ und mit Carters Wahlmanagern verhandelten: die Schwarzen, die Frauen, die Jugendlichen, die Italo-Amerikaner, die Latino-Amerikaner, die anderen ethnischen Minoritäten, die Gewerkschaftler. Alle diese Gruppen waren äußerst kompromißbereit und gaben Carter und seinen Leuten — einen sicheren Wahlsieg am 2. November vor Augen, wenn die Partei bis dahin nur ihre Einheit erhalten konnte — in allen Fragen nach, an denen sich 1972 oder 1968 noch heftige Konflikte entzündet hatten³²⁾.

Auf dem New Yorker Parteitag zeigte sich, daß seit 1968 bzw. 1972 die Fraktionen der Frauen und der Schwarzen, der *Women's Caucus* und der *Black Caucus*, sich zu einer festgefügt und wohlorganisierten Einheit entwickelt hatten. Bereits 1972 haben die damaligen Präsidentschaftskandidaten sich diesen Gruppen in kurzen Ansprachen vorgestellt. In diesem Jahr verhandelten der *Black Caucus* und der *Women's Caucus* sogar mit Carter und seiner Organisation förmlich über die Parteiplattform, insbesondere aber über die künftige Politik eines möglichen Präsidenten Carter über den die Fraktionen am meisten betreffenden Politikbereich, nämlich die Frauenemanzipation und eine Verbesserung der sozialen Situation der Schwarzen. Ne-

ben den lokalen und einzelstaatlichen Parteimaschinen waren diese beiden Fraktionen in diesem Jahr als organisatorisch stabilisierendes Element in der Demokratischen Partei anzusehen³³⁾.

1976 traten zum ersten Mal auf einem Demokratischen Parteitag auch Gewerkschaftler als eigene Fraktion, als *Caucus*, auf. Hierin könnte sich eine Wende im Verhalten der amerikanischen Gewerkschaften andeuten. Diese hatten seit dem New Deal die Taktik verfolgt, nicht in die Vorwahlen einzugreifen und erst nach den Konventen der beiden Großen Parteien einen Kandidaten zu unterstützen, in der Regel den der Demokratischen Partei³⁴⁾.

Als im Februar 1975 der Bundesvorstand der AFL-CIO an diese Tradition anknüpfte und einen entsprechenden Entschluß faßte, konstituierte sich dagegen die sogenannte Labor-Coalition, ein Zusammenschluß von acht (zeitweise neun) als liberal geltenden Gewerkschaften³⁵⁾. Erklärtes Ziel war es: 1. eine erfolgreiche Kandidatur von Gouverneur George Wallace zu verhindern; 2. arbeitsmäßig alle anderen Kandidaten zu fördern, um unter allen Umständen Zugang zu, möglichst aber auch Einfluß auf den Präsidentschaftskandidaten der Demokraten zu haben; 3. für den Fall, daß aus den Vorwahlen kein Präsidentschaftskandidat hervorgehen sollte (was allgemein erwartet wurde), so viele Parteitagsdelegierte zu haben, daß der Gewerkschaftsblock den Ausschlag bei der Nominierung durch den Parteitag hatte; 4. an der Abfassung der Wahlplattform beteiligt zu werden. Die Arbeit der Labor Coalition war so erfolgreich, daß von den 550 bis 600 gewerkschaftlich organisierten Delegierten (bei insgesamt 3008 Delegierten) 418 aus den acht Gewerkschaften der Koalition kamen und damit die größte Fraktion des Parteitages dar-

³³⁾ Auf politisch konfliktreichen Parteitagten könnte diese Fraktionsbildung die Parteieinheit allerdings zerreißen.

³⁴⁾ 1972 lehnte es der Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO ab, George McGovern zu unterstützen und blieb offiziell neutral.

³⁵⁾ Diese Gewerkschaften waren: United Auto Workers UAW; Communication Workers of America CWA; American Federation of State, County, and Municipal Employees AFSCME; International Association of Machinists IAM; National Education Association NEA; Graphic Arts International Union GAIU; International Union of Electrical, Radio, and Machine Workers IUE; United Mine Workers of America UMWA; Oil, Chemical, and Atomic Workers OCAW.

³¹⁾ Im Vergleich zur Demokratischen Partei ist die Republikanische zumindest auf ihren Parteitag sozial homogener, was sich u. a. darin zeigt, daß es auf den Republikanischen Parteitag keine festetablierten Caucuses gibt.

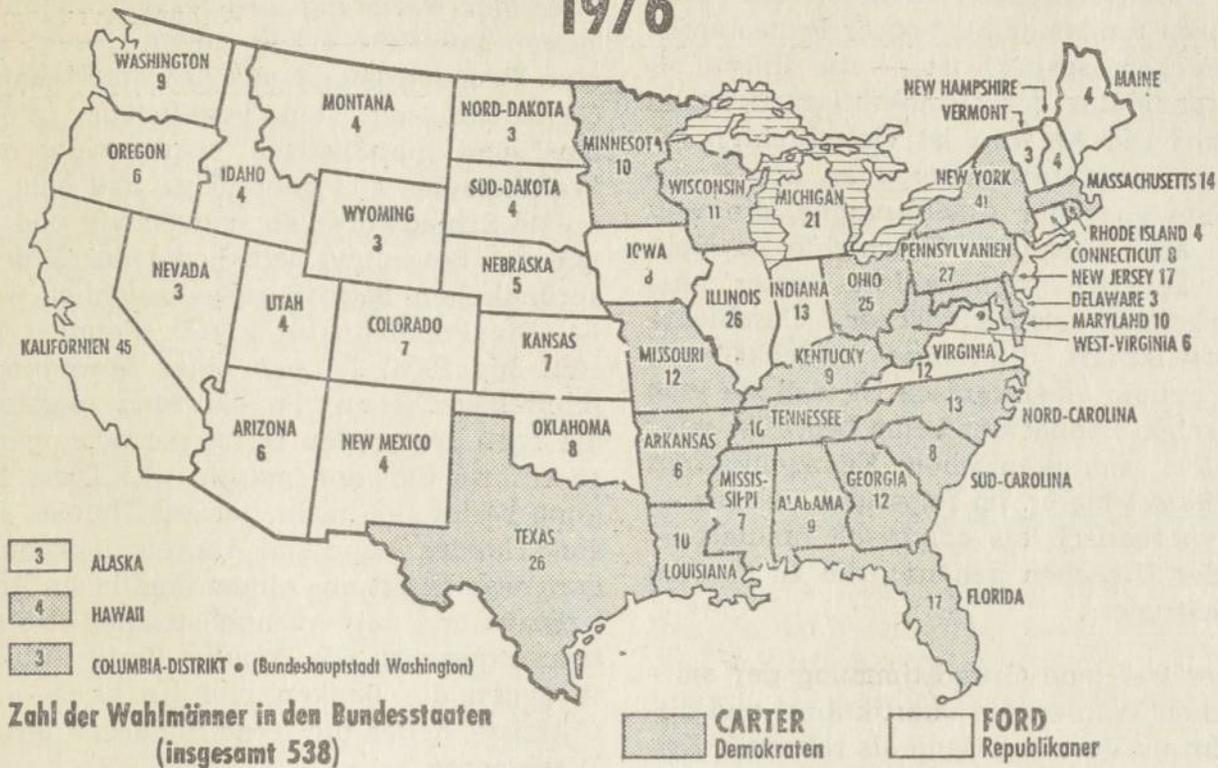
³²⁾ Dazu gehörte vor allem, daß im Parteistatut die bis dahin obligatorische Verpflichtung, die Parteitagsdelegierten proportional zum Anteil der verschiedenen Bevölkerungsgruppen (etwa Schwarze und andere Minoritäten und Frauen) zu wählen, in eine Sollbestimmung umgewandelt wurde.

Tabelle 1: Vorläufiges Wahlergebnis (nach Staaten und Wahlmännerstimmen; in den kursiv gesetzten Staaten wurde mehrheitlich für Carter gestimmt)

Staat	Carter		Ford		Wahlmännerstimmen		
	Stimmen	%	Stimmen	%	Staat	Carter	Ford
Alabama	644 375	56	495 744	43	9	9	
Alaska	22 994	37	39 008	63	3		3
Arizona	294 668	40	417 413	57	6		6
Arkansas	495 909	65	266 713	35	6	6	
California	3 709 815	49	3 837 202	50	45		45
Colorado	447 006	43	566 364	55	7		7
Connecticut	641 010	47	712 414	52	8		8
Delaware	122 610	52	109 926	47	3	3	
District of Columbia	127 562	84	25 184	16	3	3	
Florida	1 561 383	53	1 375 296	46	17	17	
Georgia	951 636	67	469 129	33	12	12	
Hawaii	147 375	51	140 003	49	4	4	
Idaho	126 175	37	203 874	61	4		4
Illinois	2 218 056	48	2 319 173	51	26		26
Indiana	1 002 936	46	1 166 670	54	13		13
Iowa	618 898	49	631 667	50	8		8
Kansas	429 003	45	501 759	53	7		7
Kentucky	609 410	53	524 171	47	9	9	
Louisiana	683 512	52	606 204	46	10	10	
Maine	231 283	49	234 434	49	4		4
Maryland	735 618	53	648 980	47	10	10	
Massachusetts	1 391 201	56	1 004 598	41	14	14	
Michigan	1 667 000	47	1 855 924	52	21		21
Minnesota	1 067 536	56	817 349	42	10	10	
Mississippi	372 448	50	360 911	49	7	7	
Missouri	984 413	51	916 903	48	12	12	
Montana	146 291	46	169 308	54	4		4
Nebraska	230 152	39	349 736	59	5		5
Nevada	92 023	47	100 786	53	3		3
New Hampshire	147 618	43	185 472	56	4		4
New Jersey	1 420 668	49	1 477 858	50	17		17
New Mexico	199 225	49	207 718	51	4		4
New York	3 336 665	52	3 060 695	48	41	41	
North Carolina	921 110	56	736 602	44	13	13	
North Dakota	130 325	47	146 559	52	3		3
Ohio	2 000 001	50	1 992 415	49	25	25	
Oklahoma	528 761	48	539 948	51	8		8
Oregon	481 881	48	482 093	48	6		6
Pennsylvania	2 315 494	50	2 187 038	49	27	27	
Rhode Island	216 991	56	172 138	44	4	4	
South Carolina	443 901	56	342 409	44	8	8	
South Dakota	146 153	49	151 619	51	4		4
Tennessee	821 594	56	632 731	43	10	10	
Texas	2 031 562	52	1 876 316	48	26	26	
Utah	180 974	35	335 144	64	4		4
Vermont	77 746	43	98 982	55	3		3
Virginia	810 636	49	834 542	51	12		12
Washington	643 333	47	679 631	51	9		9
West Virginia	430 404	58	311 012	42	6	6	
Wisconsin	1 037 056	50	1 003 039	48	11	11	
Wyoming	62 267	40	92 831	60	3		3
Insgesamt	40 156 673	51	38 413 707	48	538	297	241

Eugene McCarthy hat 654 636, Lester Maddox 168 857 Stimmen erhalten.
Quelle: Washington Post vom 4. 11. 1976

PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN DEN VEREINIGTEN STAATEN 1976



stellten³⁶⁾. Die weitere Entwicklung der Labor Coalition, die sich nach dem Parteitag normal auflöste und deren Gewerkschaften gemeinsam mit dem Bundesverband AFL-CIO Carter unterstützten, bleibt abzuwarten. Hier könnten Wurzeln für eine in die Zukunft reichende organisatorische Veränderung der Demokratischen Partei liegen, ohne daß diese allerdings zu einer Arbeitspartei europäischen Musters würde.

Bei der wichtigsten Entscheidung, die während des Parteitages fiel, ist die Stimme der Labor Coalition — wie übrigens auch die anderer Gewerkschaften und insbesondere die des AFL-CIO-Vorsitzenden George Meany — von Gewicht gewesen, nämlich bei der Nominierung des Kandidaten für das Vizepräsidentenamt, Walter F. Mondale. Mondale, Senator des Staates Minnesota, gilt in den USA als liberaler Politiker, der sich im Kongreß insbesondere in der Sozialgesetzgebung hervorgetan hat. Carter hat Mondale unter mehreren möglichen Kandidaten³⁷⁾ deswegen ausge-

wählt, weil dieser am ehesten in der Lage zu sein schien, die eigenen Schwächen als ein aus dem ländlichen Süden kommender, in Washington unerfahrener und (zumindest in der Demokratischen Partei) als relativ konservativ geltender Präsidentschaftskandidat auszugleichen. Mondales Aufgabe im Wahlkampf bestand darin, im industriellen Nordosten und Mittelwesten die lokalen und einzelstaatlichen Parteiorganisationen, die Gewerkschaften und die Liberalen an die Kandidatur Carters zu binden. Mondale hat diese Aufgabe nicht nur glänzend gelöst, sondern seine Nominierung selbst ist wahlentscheidend gewesen.

Gründe für den Wahlerfolg Jimmy Carters

Warum konnte Jimmy Carter — ein Mann ohne nationale Prominenz, mit begrenzter politischer Erfahrung, ohne Unterstützung durch die Demokratischen Parteiorganisationen in den Kommunen, Landkreisen und Einzelstaa-

³⁶⁾ Damit haben die Gewerkschaften ihren verlorengegangenen Einfluß in der Demokratischen Partei nicht nur wieder etabliert, sondern umgekehrt haben die in der Labor Coalition zusammengeschlossenen Verbände ihr Gewicht in der Gewerkschaftsbewegung erheblich vergrößert.

³⁷⁾ Zu den Kandidaten, die von Carter in die en-

gere Wahl gezogen worden waren, gehörten Edmund Muskie (Senator von Maine), Scoop Jackson (Senator des Staates Washington), Peter Rodino (Kongreßabgeordneter, bekannt geworden durch die Watergate-Hearings des Justizausschusses des Repräsentantenhauses) und John Glenn (Senator des Staates Ohio).

ten (und fast immer gegen sie), ein Politiker aus dem tiefen Süden zudem, dessen Akzent für den Durchschnittsamerikaner fremd klingt und dessen fundamentalistischer Protestantismus manchem suspekt ist — die Präsidentschaftskandidatur der Demokratischen Partei gewinnen? Die Antwort ist vielschichtig, bedürfte weiterer Nachforschungen und Reflexionen sowie langer Ausführungen, die weit in die amerikanische Geschichte zurückgreifen. Letztlich repräsentiert Carter eine Unterströmung amerikanischer Geschichte und Gesellschaft, die lange verdeckt war, aber so genuin amerikanisch ist, daß sie vom europäischen Beobachter kaum begriffen wird und selbst amerikanischen Kommentatoren oft ein Rätsel bleibt. Im folgenden werden — mehr hypothetisch als empirisch fundiert — einige der Ursachen genannt, die zu Carters Erfolg beitrugen:

1. Carter traf jene Grundstimmung der amerikanischen Wähler, die unartikuliert und diffus, mehr als Vorurteil denn als rationale Kritik nach den Enttäuschungen des amerikanischen Rückzugs aus Südostasien und der Watergate-Affäre sich gegen Washington, die Bundesbürokratie, kurz gegen die politischen Institutionen und Politiker schlechthin ausgebreitet hatte. In den *Primaries* schien Carter unverbraucht und frisch, ein Mann, der mit Washington und dem Establishment des Nordosten unmöglich in Verbindung gebracht werden konnte³⁸⁾. Carter trat als Ingenieur und Planer, als erfolgreicher Gouverneur auf, der versprach, die Bürokratie in Washington zu straffen und effizienter zu machen, ohne daß er seine Reformabsichten konkretisiert hätte. Er trat mehr als charmanter Technokrat aus dem Süden denn als Politiker auf³⁹⁾. So paradox die Formulierung Walter Dean Burnhams klingen mag, sie trifft doch den Kern: Ähnlich wie Ronald Reagan in der Republika-

³⁸⁾ Dies änderte sich später während des eigentlichen Wahlkampfes (gegen Ford). Carter war mit seiner Nominierung durch die Demokratische Partei zum nationalen Politiker geworden und konnte nicht mehr die Karte des taurischen Südstaatlers reizen. Typisch hierfür war, daß, je mehr Carter sich als nationaler Politiker etablierte und sich damit Washington näherte, er — soweit aus Meinungsbefragungen ablesbar — desto mehr Anhänger in seiner Heimatregion, dem Süden, verlor.

³⁹⁾ Diese Attitüde durchzog auch die Wahlkämpfe um Kongreßsitze. Mehrere Kandidaten für den Senat und das Repräsentantenhaus warben für sich mit der — auch in Rundfunk- und Fernsehspots ausgestrahlten — Parole „Don't elect a politician“.

nischen Partei kandidierte Carter gegen, nicht für das Präsidentenamt⁴⁰⁾.

2. In der Wendung gegen Washington und seine Super-Bürokratie nahm Carter zudem eine Grundströmung aus der amerikanischen Geschichte auf, den Populismus. „Populismus“ und „populistisch“ waren während des Wahlkampfes viel gebrauchte und bald abgenutzte Schlagworte, so schwammig und diffus wie die Bewegung selbst, die durch den ursprünglichen Begriff gekennzeichnet worden ist. Die Populistische Partei (Populist Party, 1891 bis 1904) ist aus einer Bewegung der (klein)bäuerlichen Bevölkerung entstanden, die nach der großen Dürre der achtziger Jahre in ihrer Existenz bedroht war. Diese Bewegung berief sich nicht nur auf Thomas Jefferson, Thomas Paine und Andrew Jackson, sondern war direkt aus einem ländlichen Romantizismus und naiv-evangelistischen Protestantismus gespeist. Die Populist Party mobilisierte gegen die Banken und Konzerne an der Ostküste, gegen die ferne Bundesregierung in Washington.

Diese ursprünglich kleinbäuerliche, zunehmend kleinbürgerliche Oppositionsbewegung gegen Geldherrschaft und Zentralregierung umfaßte immer verschiedene Strömungen und Flügel. Wesentliches Merkmal des Populismus war und ist jedoch seine soziale und politische Ambivalenz zwischen Bourgeoisie und Arbeiterschaft. Antikapitalistische und faschistoide Tendenzen sind aus ihm hervorgegangen; ein Sozialreformer wie Fred Harris und ein Rassist wie George Wallace waren gleichermaßen sein Produkt. Populismus richtete sich nicht nur gegen den Leviathan in Washington, gegen Bankenmonopole, Truste und „big labor“, sondern war zuweilen rassistisch, antisemitisch antiintellektuell. Im Wahlkampf ist Populismus von Carter in der ursprünglichen Bedeutung des Wortes aufgenommen und interpretiert worden, daß er nämlich direkt durch das Volk und nicht durch Parteien, Interessengruppen oder die wirtschaftlich Mächtigen nominiert worden sei. Eine von ihm bis zum Wahltag ständig wiederholte Formulierung in seinen Reden lautete: „Ich schulde niemandem etwas, dem Volk alles.“ So wenig dieser Satz den wirklichen Sachverhalt wiedergibt⁴¹⁾, so ist hier

⁴⁰⁾ Vgl. das Interview mit Burnham in USNWR vom 19. 7. 1976, S. 27 ff.

⁴¹⁾ Ohne die Hilfe der Gewerkschaften und verschiedener lokaler und regionaler Demokratischer Parteiorganisationen wäre Carter nicht zum Präsidenten gewählt worden.

zumindest doch vom Anspruch ein Moment plebiszitär-direkter Demokratie angelegt, auf das in der Carter-Präsidentschaft zu achten sein wird ⁴²⁾.

3. Ein deutscher Beobachter hat Carters Wahlkampf treffend als triumphalen Pilgermarsch ins Weiße Haus bezeichnet ⁴³⁾. Auch in religiöser Hinsicht repräsentiert Carter nämlich eine Grundstimmung in Amerika; seine persönliche Entwicklung ist Ausdruck einer allgemeinen, naiv-frommen Umkehr. Durch Amerika geht seit einigen Jahren eine von Laien getragene evangelistische Erweckungsbewegung, die als „charismatische Bewegung“ auch die katholische Kirche erfaßt hat. 60 bis 80 Millionen Amerikaner sind von ihr ergriffen ⁴⁴⁾. Sie ist unter den Southern Baptists besonders stark, zu denen Carter gehört und die aus der Kultur des tiefen Südens heraus erfolgreich im Norden, Mittelwesten und Westen missionieren. Evangelistische Erweckungsbewegungen sind eine in zyklischen Abständen sich wiederholende Erscheinung in der amerikanischen Geschichte; sie stehen offensichtlich in einem kausalen Zusammenhang mit Wirtschaftskrisen, sozialen Umbrüchen und politischen Veränderungen. Sie waren und sind u. a. als Flucht vor der sozialen und politischen Wirklichkeit zu interpretieren. Nicht zufällig sind sie in Amerika mit einem Konservatismus verbunden, der vor so-

zialen Reformen jeder Art zurückschreckt. Nicht zufällig haben die Sklaven der Vergangenheit und die Schwarzen der Gegenwart im Baptismus ihr Jerusalem gesucht und oft gefunden. Nach Vietnam und Watergate, mitten in den Ängsten einer Wirtschaftskrise verheißt die evangelistische Erweckungsbewegung der amerikanischen Nation moralische Läuterung.

Freudig und unbefangen hat Carter bekannt, daß er „von neuem geboren“ (born again) sei, daß er — nach einer bitteren Wahlniederlage 1966 gegen Lester Maddox um das Gouverneursamt von Georgia — die spirituelle Wiedergeburt erlebt habe. Dieses Erlebnis teilt Carter mit 34 Prozent aller erwachsenen Amerikaner. Und wiederholt hat er auf Fragen von Journalisten bestätigt, daß er manchen Tag fünfundzwanzigmal bete. Seine Wahlreden enthielten nicht nur den Rhythmus der Litanei, sie benutzten oft direkt die Sprache der Bibel ⁴⁵⁾.

4. Carter gelang es in den Vorwahlen — und später am 2. November, dem Wahltag — im Süden sowohl die Stimmen der Weißen wie die der Schwarzen zu gewinnen. Dieser Erfolg ist angesichts einer Geschichte der Rassentrennung und des Rassenkampfes in dieser Region kaum überzubewerten. Bereits als Gouverneur von Georgia (1970 bis 1974) hatte Carter zur Überraschung vieler Weißer sich als ein Politiker entpuppt, der die Bürgerrechtsgesetzgebung Johnsons aus den sechziger Jahren ernst genommen und mehr zur politischen und sozialen Gleichstellung der Schwarzen in seinem Staat beigetragen hatte als die lautstarken Liberalen in den Staaten des Nordosten. Hierin zeigte sich am klarsten, daß Carter nicht mehr den alten rassistischen und in vieler Hinsicht rückständigen Süden vertrat, sondern einen neuen Süden, eine Region, die nach dem Zweiten Weltkrieg industrialisiert worden war, die ökonomisch expandierte, in die die Schwarzen aus ihren Fluchtstädten im Nordosten des Landes zurückkehrten und in der in einigen Städten —

⁴²⁾ Im Wahlkampf gegen Ford hat Carter dieses populistische Moment in die Außenpolitik übertragen, die in den Demokratischen Vorwahlen keine Rolle gespielt hatte. Die in der 2. Fernsehdebatte besonders pointiert formulierte Kritik an Kissingers Geheimdiplomatie und die Forderung nach einer „offenen“ Außenpolitik, die Kongreß und das Volk in den Entscheidungsprozeß einbeziehe, ist direkt aus der populistischen Tradition gespeist.

⁴³⁾ Vgl. Klaus Harpprecht, Zuflucht der Christenheit, in: Der Spiegel, 30. Jg., Nr. 44 vom 25. 10. 1976, S. 142 f.

⁴⁴⁾ Zu ihnen gehören so gegensätzliche politische Persönlichkeiten in Amerika wie der als liberal geltende Senator Mark O. Hatfield (Oregon), der ehemalige Vorsitzende der Black Panther Party, Eldridge Cleaver, und ein Beteiligter an der Watergate-Affäre, der über seine Bekehrung ein Buch geschrieben hat: Charles W. Colson, Born Again, Old Tappan, N. J., 1976. Das besondere Verhältnis der Amerikaner zur Religion bedürfte weiterer Erläuterungen. Diese Nation erscheint im Vergleich zu Europa religiöser und christlicher. Während in Frankreich und der Bundesrepublik 28 Prozent der Erwachsenen nicht an Gott glauben, sind es in den Vereinigten Staaten nur 6 Prozent. 40 Prozent der Amerikaner besuchen mindestens einmal in der Woche ihre Kirche. Dies hindert sie allerdings nicht daran, mit sozialem Aufstieg und Umzug in eine bessere Wohngegend auch ihre Kirche zu wechseln.

⁴⁵⁾ Auch Ford, obwohl Mitglied der Episcopal Church, die nicht die spirituelle Wiedergeburt predigt, hat versucht, in seinem Wahlkampf auf der Welle der evangelistischen Erweckungsbewegungen zu schwimmen. Er ließ wissen, daß er täglich die Bibel lese, oft im Weißen Haus bete und daß Jesus Christus sein Leben entscheidend verändert habe. Während des Wahlkampfes hat er vor dem Konvent der Southern Baptists gesprochen und der National Association of Evangelicals und den National Religious Broadcasters ein ausführliches Interview gegeben.

wie in Atlanta, Georgia — ein schwarzes Bürgertum selbstbewußt in die lokale und einzelstaatliche Politik eingetreten war ⁴⁶⁾).

Der Versuch einiger Liberaler und einiger Journalisten, die ungeschickte Äußerung Carters über „ethnic purity“ aufzugreifen und ihn zum Rassisten zu stempeln, schlug deswegen fehl, weil Carter anhand seiner Politik als Gouverneur von Georgia belegen konnte, daß er mit diesem Ausdruck tatsächlich nur eine anzustrebende relative Homogenität verschiedener Kulturen in städtischen Nachbarschaften und nicht Rassentrennung gemeint hatte, und weil demonstrativ national angesehene Politiker der schwarzen Gemeinden — darunter Martin-Luther-King Sr., Coretta King und der Kongreßabgeordnete Andrew Young aus Atlanta — an die Seite Carters traten.

Als Vertreter des neuen, industriellen Südens war Carter jedoch auch in der Lage, Vorwahlen in den städtischen Industriezentren des Nordosten und Mittelwesten zu gewinnen, also die traditionellen Anhänger und Wähler der Demokratischen Partei für sich zu überzeugen. Bereits in den Vorwahlen zeigte es sich also, daß Carter einige der Bevölkerungsgruppen hinter sich zu bringen vermochte, die die alte New-Deal-Koalition ausmachten (rassische und ethnische Minderheiten, Arbeiter und Gewerkschaftler, Stadtbevölkerung) und die von einem Eingriff des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft eine Verbesserung ihrer eigenen Lage erwarten konnten.

5. Als Repräsentant eines neuen, liberalen und aufgeklärteren Südens wurde Carter von Traditionalisten in der Demokratischen Partei wie in den Gewerkschaften als der geeignete Kandidat angesehen, der in den Vorwahlen George Wallace und seinem rechtspopulistischen Anhang das Wasser abgraben könne. Die Vorwahlen in Florida sind hierfür das schlagendste Beispiel. In Florida leben mehrere hunderttausend pensionierte Automobilarbeiter, die auch im Ruhestand weiter Mitglied ihrer Gewerkschaft, der United Automobile Workers (UAW) sind; 1968 und 1972 hatte es sich gezeigt, daß u. a. wegen Rassenspannungen und Konflikten am Arbeitsplatz die weißen Mitglieder der UAW überdurchschnittlich für den Rassisten Wallace gestimmt hat-

ten, während die Gewerkschaftsführung zu den liberalsten in den Vereinigten Staaten gehört. Jimmy Carter erschien daher 1975/76 als der geeignete Kompromißkandidat zwischen dem Gewerkschaftsvorstand (der am liebsten Humphrey favorisiert hätte) und weißen Gewerkschaftsmitgliedern, die nach wie vor Wallace zuneigten. Leonard Woodcock, Präsident der UAW, sprach sich daher in der Florida-Primary förmlich für Carter aus und mobilisierte zugleich den dortigen Gewerkschaftsapparat und die über viel Freizeit verfügenden Rentner seiner Gewerkschaft. Der Sieg Carters (34,5 Prozent) über Wallace (30,5 Prozent) in Florida (wie später auch der knappe Sieg Carters über Udall in der Vorwahl von Michigan, der Bastion des Automobilarbeiterverbandes) war vor allem der UAW und Woodcock zu danken. Auch andere Gewerkschaften der Labor Coalition haben Carter finanziell und organisatorisch in der Vorwahl geholfen, um vor allem George Wallace zu stoppen. Sie fanden sich plötzlich und auch zur eigenen Überraschung im Siegeszug Carters wieder, der auf die Nominierung als demokratischer Präsidentschaftskandidat zuraste.

6. Ferner trugen einige institutionelle Änderungen zu Carters Erfolg bei. Die neuen Statuten der Demokratischen Partei, neue Wahlgesetze in den Einzelstaaten, die erhöhte Zahl der Vorwahlen und das Prinzip proportionaler Repräsentation in den Demokratischen Primaries schwächten den Einfluß der Demokratischen Parteiorganisationen und erhöhten die Chancen eines Außenseiters. Exemplarisch hierfür war die Vorwahl in Pennsylvania, in der Scoop Jackson trotz der Hilfe der Demokratischen Parteimaschine und mehrerer Gewerkschaften eine vernichtende Niederlage gegen Carter erlitt und aus dem Rennen schied.

7. Carter hatte seinen Kampf um die Nominierung langfristig und minutiös geplant. Als er im August 1972 beschloß, sich 1976 für das Präsidentenamt zu bewerben, sammelte er einen Kreis junger, intelligenter Rechtsanwälte als Berater um sich, mit denen er damals als Gouverneur von Georgia schon zusammengearbeitet hatte. Zu ihnen gehören Hamilton Jordan (Wahlkampfleiter, im Wahljahr 1976 erst 31 Jahre alt), Jody Powell (Pressesprecher, 32), Charles Kirbo (als persönlicher Berater der älteste in diesem Kreis, 59), Robert Lipshutz (Schatzmeister, 45), Jerry Rafshoon (Werbemanager, 42), Betty Rainwater (stell-

⁴⁶⁾ Zum „neuen Süden“ vgl. Jack Bass und Walter DeVries, *The Transformation of Southern Politics. Social Change and Political Consequence since 1945*, New York 1976.

vertretender Pressesprecher, 29), Peter Bourne (Carters Verbindungsmann in Washington, 36), Greg Schneider (Büroleiter, 29).

Geschickt verstand es Carter, als Sprecher der Konferenz der Gouverneure der Südstaaten und — vom Parteivorsitzenden Robert Strauss ernannt — als Wahlkampfleiter des *Democratic National Committee* für die Kongreßwahlen 1974 seine politischen Verbindungen über Georgia hinaus auszudehnen. Anfang 1975 erklärte Jimmy Carter offiziell seine Kandidatur für das Präsidentenamt. Seitdem hat er ununterbrochen zweiundzwanzig Monate lang Wahlkampf geführt ⁴⁷⁾.

8. Der unaufhaltsame Aufstieg Jimmy Carters, sein überraschender Erfolg in der Demokratischen Nominierungsversammlung in Iowa im Januar 1976 und sein Sieg in der ersten *Primary* in New Hampshire im Februar 1976 erschienen als Verwirklichung des amerikanischen Traums vom Land der unbegrenzten Möglichkeiten: vom Tellerwäscher zum Millionär, vom armen Erdnußfarmer des Südens ins Weiße Haus ⁴⁸⁾. Nicht zuletzt die scheinbare Verwirklichung des amerikanischen Mythos in der Person Carters gewann ihm Anhänger, machte die Presse, die Radio- und Fernsehstationen neugierig und verhalf ihm zu nationaler Publizität.

Carters Erfolg kann vor allem damit erklärt werden, daß es ihm gelungen war, die Grundstimmung der amerikanischen Wähler nach Vietnamkrieg und Watergate-Affäre, wenig artikulierte Unzufriedenheit und Ängste, Sehnsucht nach Vertrauen und politischer Führung richtig zu treffen und zugleich mit einem bis ins Detail geplanten Wahlkampf zu verbinden. Carter war der Kandidat in der Demokratischen Partei, der am ehesten irrationale Bedürfnisse und rationale Notwendigkeiten in einer bestimmten Phase amerikanischer Geschichte zu verbinden vermochte. Viele der Gründe, die zu seiner Nominierung führten, wirkten auch im Wahlkampf fort und erklären seine Wahl zum Präsidenten.

⁴⁷⁾ Im sportbegeisterten Amerika ruft allein die physische und psychische Leistung eines so langen Wahlkampfes Bewunderung hervor und gilt zugleich als Feuertaufe für einen Politiker, der dem Streß des Präsidentenamtes ausgesetzt sein wird. Mit Ausnahme von West Virginia hat Carter an allen Primaries teilgenommen und während des Wahlkampfes fast alle Bundesstaaten besucht.

⁴⁸⁾ Übersehen wird dabei, daß Carter als Gouverneur von Georgia und als Millionär in das Rennen um die Präsidentschaft eingestiegen ist.

Die Vorwahlen in der Republikanischen Partei

Die Vorwahlen in der Republikanischen Partei gipfelten in einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Ronald Reagan und Gerald Ford. Niemals seit 1884, als Präsident Chester A. Arthur die Nominierung versagt wurde, ist ein Präsident so dicht an eine Niederlage in der eigenen Partei herangekommen wie in diesem Jahr. Dabei darf die Schwäche Fords eigentlich nicht überraschen: Dieser hatte niemals zuvor für ein nationales Amt kandidiert und hatte auch als Präsident zunächst keine Hausmacht in der eigenen Partei. Seine politischen Erfahrungen hatte er in mehr als zwei Jahrzehnten Tätigkeit im Kongreß, zuletzt als Fraktionsführer der Republikaner im Repräsentantenhaus, gesammelt, war dort aber durch eigenständige politische Konzepte nicht aufgefallen und hat nicht einen einzigen von ihm formulierten Gesetzentwurf vorgelegt. Die größte Belastung seiner Kandidatur rührte aber von der Tatsache her, daß er vom Watergate-Präsidenten Nixon als Vizepräsident ausgewählt worden und ohne Legitimation durch eine Präsidentenwahl ins Weiße Haus eingezogen war.

Die Stärke Reagans dagegen lag darin, daß er in der Republikanischen Partei auf eine ihm völlig ergebene, politisch aktive konservative Basis zurückgreifen konnte, die schon 1968 versucht hatte, ihn gegen Nixon zum Präsidentschaftskandidaten zu küren. Im Gegensatz zu Ford ist Reagan ein brillanter Wahlkämpfer. In den Vorwahlen konnte Reagan sich auf die neokonservative Mehrheit unter den republikanischen Parteimitgliedern stützen. Dieser amerikanische Neokonservatismus wird in Europa oft belächelt und in seiner Bedeutung erheblich unterschätzt. Er tritt nicht paternalistisch auf, sondern formuliert sein Selbstverständnis in der Auseinandersetzung mit dem Sozialstaat und in seiner prinzipiellen Ablehnung. Er trifft hier mit der oben beschriebenen antiinstitutionellen, ja fast antistaatlichen Grundströmung nach Vietnam und Watergate zusammen. Die Stoßrichtung des Wahlkampfes Reagans war daher — ähnlich wie bei Carter — gegen die Zentralregierung in Washington gerichtet und wurde mit der Forderung nach einer Stärkung der Einzelstaaten und Kommunen verbunden ⁴⁹⁾. Außenpolitisch agitierte Reagan ge-

⁴⁹⁾ So schlug Reagan vor, 90 Milliarden Dollar für Sozialprogramme aus dem Bundeshaushalt herauszunehmen und auf die Etats der Einzelstaaten und Gemeinden zu übertragen. Diesen Vorschlag

gen die Detentepolitik der Nixon-Ford-Administration, gegen das angebliche amerikanische Nachgeben gegenüber der Sowjetunion; er verlangte neue Rüstungsanstrengungen, damit Amerika militärisch wieder den ersten Platz unter den Mächten der Erde einnähme⁵⁰).

Durch derartige Wahlparolen wurden Patriotismus, unreflektierter Antikommunismus, Furcht vor Veränderung und Fremdem, in den Attacken gegen Kissinger auch Antiintellektualismus mobilisiert. Zudem wurde Ford wegen der aggressiven Herausforderung durch Reagan immer mehr nach rechts gedrückt, bis dieser sogar den Punkt erreicht hatte, zu versprechen, das Wort „Detente“ nicht mehr zu benutzen. Die soziale Basis dieses von Reagan repräsentierten Neokonservatismus ist — grob gesprochen — bei den Sozialaufsteigern des sogenannten Sunbelts, in den Staaten des Südens, der Rocky Mountains und des Westens zu finden, die nach dem Zweiten Weltkrieg durch neue Rüstungsindustrien und Verlagerung von Massengüterindustrien aus dem Nordosten und Mittelwesten einen rapiden ökonomischen Aufschwung genommen haben. Dazu gehören Facharbeiter ebenso wie Angestellte und Neureiche — im Unterschied zu den Anhängern des traditionellen gemäßigten Republikanismus, die Ford repräsentierte und die eher zum alten Mittelstand und zur Geldaristokratie zählen.

In den frühen *Primaries* von New Hampshire bis Florida schien Ford sich zunächst von Reagan abzusetzen, erlitt dann aber bittere Niederlagen in North Carolina und Texas. Ford siegte schließlich in siebzehn, Reagan nur in zehn Vorwahlen, doch hatte Reagan in der Summe mehr *Primary*-Stimmen gewonnen. Entscheidend aber war die Zahl der Parteitagsdelegierten, die ein Kandidat auf sich vereinigen konnte: Hier lag der Präsident nach den Vorwahlen knapp vorn: 48 Prozent der Delegierten waren auf ihn, 46 Prozent für Reagan und 6 Prozent hatten sich auf keinen der beiden festgelegt.

Die Entscheidung mußte also auf dem Parteitag in Kansas City fallen. Daß sie knapp zugunsten von Ford ausfiel, hatte folgende Gründe:

hat Reagan während des gesamten Vorwahlkampfes wiederholt, wenn auch die Summe des umzuverlagenden Geldes modifiziert wurde.

⁵⁰) Reagan verlangte vorübergehend sogar ein militärisches Eingreifen der USA. auf seiten des Smith-Regimes in Rhodesien.

1. Ford setzte sein Prestige und seinen Einfluß als amtierender Präsident in jeder Weise ein, um nicht festgelegte Delegierte auf seine Seite zu ziehen. Von der Dinner-Einladung ins Weiße Haus bis zum Blitzbesuch mit der *Air Force One* irgendwo im Land wurde die volle Klaviatur des Präsidentenamtes gespielt.

2. Dem Präsidenten gelang es, in verschiedenen Staaten die dortigen Parteimaschinen hinter sich zu bringen und dadurch schwankende Delegierte — wie in der Delegation des Staates New York — am Überlaufen ins Reagan-Lager zu hindern.

3. Als Reagan seine Chancen noch vor dem Parteitag schwinden sah, setzte er alles auf eine Karte und stellte einer völlig überraschten Öffentlichkeit den liberalen Senator Richard Schweiker (Pennsylvania) als seinen Kandidaten für das Vizepräsidentenamt vor. Durch diesen Schachzug sollten liberale Parteitagsdelegierte aus dem industriellen Nordosten gewonnen werden — eine Fehlkalkulation, wie sich auf dem Parteitag herausstellte, da die Nominierung Schweikers die nicht festgelegte konservative Delegation von Mississippi in das Lager Fords trieb, auf der anderen Seite aber nicht genügend liberale Delegiertenstimmen gewonnen wurden.

4. Auch der letzte taktische Schachzug Reagans auf dem Parteitag scheiterte. Die Reagan-Anhänger stellten den statutarischen Antrag, jeder Bewerber um das Präsidentenamt solle vor der Abstimmung über die Nominierung seinen Vizepräsidentenskandidaten nennen. Gleich wen Ford genannt hätte (wäre dieser Antrag angenommen worden), irgendeine Delegiertengruppe wäre enttäuscht gewesen und hätte ihm ihre Unterstützung entzogen. Selbst wenn diese Delegierten nicht für Reagan gestimmt hätten — so die Strategie —, hätte Ford in der ersten Abstimmung nicht die notwendige absolute Mehrheit erhalten⁵¹). Nach der ersten Abstimmung wären aber auch die neokonservativen Delegierten, die nach den Wahlgesetzen ihrer Einzelstaaten auf Ford verpflichtet waren, frei gewesen, für Reagan zu stimmen. Der statutarische Antrag wurde abgelehnt; damit hatte Ford die Nominierung gewonnen.

⁵¹) In die gleiche Richtung zielte auch die während des Parteikonvents von James Buckley, konservativer Senator des Staates New York, abgegebene und vermutlich mit der Reagan-Organisation abgestimmte Erklärung, er wolle sich um die Präsidentschaft bewerben: Damit sollten Stimmen aus dem Ford-Lager abgezogen werden.

Am Schluß des Parteitages schien die republikanische Parteieinheit zerrissen. Die Wahlkampfplattform war von den Reagan-Anhängern, die im Programmausschuß eine feste ad-hoc-Fraktion gebildet hatten, geschrieben worden. Obwohl sie eine durchgehende konservative Kritik an der bisherigen Regierung enthielt und hart mit Kissinger ins Gericht ging, hatten Ford und seine Freunde kampfflos das Feld geräumt. Durch die Nominierung Fords waren andererseits die Reagan-Delegierten maßlos verbittert. Die Bestellung des erzkonservativen Senators Robert Dole (Kansas) als Fords Vizepräsidentenskandidat war eine Verbeugung gegenüber Reagan und zugleich der Versuch, die Parteieinheit wieder zu kitten⁵²). Dies gelang in den anschließenden Wochen: Die Reagan-Organisationen in

Unmittelbar nach dem Demokratischen Parteikonvent lag Carter in Meinungsumfragen weit vorn. Sobald die Republikaner jedoch ihren Kandidaten bestimmt hatten und die Spaltung der Partei notdürftig überwunden worden war, holte Ford so schnell auf, daß Anfang Oktober beide in einem Kopf-an-Kopf-Rennen lagen. Im Unterschied zu allen anderen bisherigen Präsidentschaftswahlen, in denen in regelmäßigen Abständen Umfragen durchgeführt worden waren (seit 1936), lag in diesem Jahr der Anteil derjenigen, die sich nicht für den einen oder anderen Kandidaten entscheiden konnten, außergewöhnlich hoch. Zudem war die Festlegung auf einen Kandidaten oft nur vorübergehend, weil Wähler ihre Meinung ständig änderten. Beides, so will uns scheinen, war ein Ausdruck für die mehrfach erwähnte politische Apathie und Unsicherheit. Hinzu kommt, daß beide Kandidaten sich in ihren politischen Positionen nur geringfügig unterschieden und daß die Medien — allen voran das Fernsehen — so oberflächlich vom Wahlkampf berichteten, daß die tatsächlich vorhandenen politischen Differenzen dem

⁵²) Außer der Bindung der Reagan-Anhänger an seinen Wahlkampf verfolgte Ford mit der Nominierung Doles ein weiteres Ziel: Auf Druck der AFL-CIO hatte der Präsident ein Weizenembargo gegen die Sowjetunion verhängt, so daß die Farmer des Mittleren Westens vorübergehend einen ihrer Absatzmärkte verloren hatten. Dole sollte die über diese Maßnahme verärgerten Farmer wieder in die republikanische Wählerschaft zurückführen.

der Republikanischen Partei unterstützten das Präsident Ford Committee. Reagan selbst allerdings verhielt sich bis zum letzten Tag des Wahlkampfes distanziert.

Auch Meldungen nach dem Parteitag, daß die Konservativen u. U. einen eigenen Kandidaten ins Rennen um die Präsidentschaft schicken und damit die Republikanische Partei spalten würden, haben sich nicht bestätigt. Nach der Wahlniederlage Fords gegen Carter ist es auch wahrscheinlicher, daß die Neokonservativen um den Senator Jesse Helms (North Carolina) und den Gouverneur Thompson (New Hampshire) eher versuchen, die Republikanische Partei von innen zu übernehmen als eine dritte (konservative) Partei zu gründen⁵³).

III. Der Wahlkampf

Wähler kaum zu Bewußtsein kommen konnten. Lediglich die drei Fernsehdebatten zwischen Carter und Ford und die Debatte zwischen beiden Vizepräsidentenskandidaten hatten eine aufklärende Wirkung in der Weise, daß Demokraten und Republikaner sich ihrer potentiellen Wähler versichern konnten, ohne daß aber nach den Debatten ein größerer Wähleraustausch stattgefunden hätte⁵⁴).

⁵³) Die Neokonservativen sind untereinander vor allem in taktischen Fragen des weiteren Vorgehens zerstritten. Soweit sich heute absehen läßt, verfolgt lediglich eine Gruppe um Richard Viguerie und Howard Philipps — die allerdings über Geldmittel und Organisationspotential verfügt — die Gründung einer eigenen Konservativen Partei an.

⁵⁴) Die Meinungsforscher und Wahlkampfleiter beider Kandidaten haben bestätigt, daß die Fernsehdebatten bei nicht mehr als drei Prozent der Wähler eine Meinungsänderung herbeigeführt hätten. Der Erfolg der Debatten bestand für Carter wie für Ford darin, sich ihrer Sympathisanten zu versichern. So paradox es klingen mag: die Debatte zwischen den beiden Kandidaten für die Vizepräsidentschaft ist für den Wahlausgang am bedeutendsten gewesen. Dole trat in dieser Debatte so zynisch, arrogant und ohne jede politisch-inhaltliche Substanz auf, daß er sich als Politiker disqualifizierte. Demgegenüber verstand es Mondale, sowohl durch zusammenhängende politische Argumentation als durch die ruhige und überlegte Art seines Auftretens seine präsidentiellen Qualitäten unter Beweis zu stellen. U. a. aus diesem Grund, aber auch um demokratische Funktionäre und Gewerkschaftler zu mobilisieren, ist in den beiden letzten Wochen des Wahlkampfes nicht mehr für Carter allein, sondern für das „ticket“ „Carter-Mondale“ in Rundfunk und Fernsehen geworben worden.

Tabelle 2: Zusammensetzung der Wählerschaft
nach Präsidentschaftskandidaten

	Carter	Ford
Parteiidentifikation	%	%
Demokraten	80	20
Republikaner	11	89
Unabhängige	48	52
Politische Selbsteinschätzung		
liberal	74	26
gemäßigt	53	47
konservativ	30	70
Stimmabgabe Präsidentschaftswahl 1972		
Nixon	27	73
McGovern	83	17
Geschlecht		
männlich	52	48
weiblich	52	48
Berufsgruppe		
Akademiker/Manager	43	57
Angestellte	51	49
Arbeiter	59	41
Gewerkschaftszugehörigkeit		
gewerkschaftlich organisiert	62	38
gewerkschaftlich nicht organisiert	48	52
Alter		
18—21 (Erstwähler)	49	51
22—29	56	44
30—44	52	48
45—59	48	52
über 60	48	52
Jahreseinkommen		
unter 8 000 Dollar	62	38
8 000—12 000 Dollar	57	43
12 001—20 000 Dollar	50	50
über 20 000 Dollar	38	62
Religionszugehörigkeit		
protestantisch	46	54
katholisch	55	45
jüdisch	68	32
andere	59	41
rassische und ethnische Gruppen		
Weißer	48	52
Schwarze	83	17
andere	82	18
Gemeindegroße		
Städte über 500 000	60	40
Vorstädte	53	47
Gemeinden unter 5 000	47	53

Quelle: Zusammengestellt aus der New York Times vom 4. 11. 1976 (basierend auf 14 836 Umfragen des CBS News Poll am Wahltag)

Durch das neue Wahlkampffinanzierungsgesetz (*Federal Election Campaign Act*) standen den Kandidaten so wenig Mittel zur Verfügung, daß sie sich nur unzulänglich und anders als bei früheren Präsidentenwahlen über die Medien oder mit eigener publizistischen Werbung direkt an die Wähler wenden konnten. Zwar hat jeder der beiden Kandidaten der großen Parteien 21,8 Millionen Dollar vom Staat für die Wahlkampffinanzierung erhalten, darüber hinaus durften jedoch keine privaten Mittel aufgewendet werden⁵⁵). Dies ist weniger als ein Drittel der Summe, die Nixon in seinem Wahlkampf 1972 auszugeben hatte.

Angesichts dieser Geldknappheit waren beide Kandidaten in diesem Jahr gezwungen, von vornherein auf einen Wahlkampf in den Staa-

⁵⁵) Der *Federal Election Campaign Act* ist als Folge von Watergate und durch Nixons Finanzmanipulationen 1972 entstanden. Neben der Begrenzung der Wahlkampfausgaben für die Präsidentschaftskandidaten sieht er vor, daß alle Einnahmen und Ausgaben von Kandidaten für das Präsidentenamt und für den Kongreß noch während eines laufenden Wahlkampfes kontinuierlich offengelegt werden. Nach einem komplizierten Verfahren können auch in Vorwahlen Aspiranten für die Nominierung einer der beiden großen Parteien öffentliche Mittel erhalten. Auch die Nominierungskonvente der beiden Parteien können vom Staat Unterstützungen bis zu 2,2 Millionen Dollar erhalten. Zudem ist im Wahlkampf den National Committees beider Parteien gestattet, bis zu 3,2 Millionen Dollar für ihren Kandidaten an privaten Spenden zu sammeln und auszugeben. Die Einhaltung dieser Bestimmungen wird von der *Federal Election Commission*, einer *Independent Regulatory Commission*, überwacht. Sie entscheidet in Konfliktfällen und setzt — bei einem eingeschalteten Vetorecht des Kongresses — Gewohnheitsrecht.

Die Auswirkungen des Gesetzes können hier nicht diskutiert werden. Doch zeigen die bisherigen Erfahrungen, daß 1. die Parteien durch das Gesetz weiter geschwächt worden sind, da sie ihrer bislang wichtigsten Funktion in Präsidentschaftswahlkämpfen, des Eintreibens von Spenden, beraubt worden sind und die staatlichen Wahlkampfmittel direkt an den Kandidaten und nicht an die Partei gehen; 2. durch bürokratische Überregulierung der einfache Bürger abgeschreckt wird, für einen Kandidaten Wahlkampf zu machen oder ihm Spenden zukommen zu lassen, politische Apathie also verstärkt wird; 3. durch eben diese Überregulierung und durch bestimmte andere Vorkehrungen im Gesetz der Einfluß von Verbänden bei Präsidentenwahlen noch vergrößert wird. Als Übersicht über neuere Entwicklungen in der amerikanischen Wahlkampffinanzierung vgl. Herbert E. Alexander, *Developments in United States Election Law, 1971—1976*. Paper, Specialist Panel on Political Finance at the 10th World Congress of the International Political Science Association, Edinburgh, 16.—21. August 1976.

ten zu verzichten, in denen ihre Aussichten gering waren, und die vorhandenen Mittel in die Staaten fließen zu lassen, die auf der Kippe standen. So hat die Carter-Organisation die Rocky-Mountains-Staaten, die fest in den Neokonservatismus des Sunbelt eingefügt sind und in Präsidentenwahlen republikanisch wählen, kampflos Ford überlassen. Selbst in den Wahlkampf in Kalifornien, einem „target state“, wurden nur 350 000 Dollar investiert. Umgekehrt signalisierte bereits die Nominierung von Dole zum Vizepräsidentenskandidaten, daß das *President Ford Committee* die Heimatregion Carters weitgehend abgeschrieben hatte: Tatsächlich gab es von seiten Fords während des Wahlkampfes nur den Versuch, durch Blitzbesuche in den Süden Carter zu irritieren und dessen Kräfte und vor allem finanzielle Mittel zu zersplittern. Die Materialschlachten um den Wähler wurden in den Industriestaaten des Nordosten und Mittelwesten geschlagen. Beide Wahlkampforganisationen setzten ihre Mittel überproportional in New York, New Jersey, Pennsylvania, Ohio, Illinois und Wisconsin ein. Hier fiel schließlich auch die Entscheidung.

Der eigentliche Wahlkampf Fords ist — nachdem er die Nominierung seiner Partei nur äußerst knapp gewonnen hatte und seine Organisation sich zunächst in einem desolaten Zustand befand — hervorragend geplant und durchgeführt worden. Wenige Tage nach dem Parteikonvent von Kansas City entließ Ford seinen Wahlkampfmanager Roger C. B. Morton und stellte dafür James A. Baker ein, der sich während des Parteitages als glänzender Organisator und Taktiker hervorgetan hatte und dem Ford die Stimmen mehrerer Delegierter zu verdanken hatte⁵⁶). In der ersten Phase des Fordschen Wahlkampfes (von Ende August bis zum 11. Oktober) baute Baker in enger Koordination mit dem Weißen Haus eine effiziente Wahlkampfmaschine auf und sorgte dafür, daß in den Einzelstaaten und im *President Ford Committee* die Reagan-Organisation integriert wurde. Der Präsident nutzte in dieser Phase voll die Vorteile seines Amtes für die Wahlwerbung aus. Abgesehen von zwei kurzen Wahlkampfreisen⁵⁷) blieb

⁵⁶) Baker war der dritte Wahlkampfleiter Fords innerhalb von fünf Monaten. Der Vorgänger Mortons, Howard H. Callaway, ehemaliger Staatssekretär im Verteidigungsministerium, war im April zurückgetreten, als der FBI gegen ihn wegen Verdachts der Bestechung Untersuchungen anstellte.

⁵⁷) Eine zur Eröffnung des Wahlkampfes an Fords Heimatuniversität nach Michigan, die andere — medienwirksam — auf einem Raddampfer

er im Weißen Haus, gab sich staatsmännisch, traf mit ausländischen Besuchern zusammen, unterzeichnete im Rosengarten Gesetze, empfing verschiedene Delegationen. Während Carter durch das Land hetzte, beobachteten die Fernsehkameras in Washington einen verantwortungsbewußten, von seinen Amtspflichten absorbierten und zugleich selbstbewußten und gelassenen Präsidenten, dem zudem allein schon deswegen Sympathien des Mitleids entgegenflogen, weil er in den Meinungsumfragen scheinbar hoffnungslos zurücklag.

Kurz bevor diese Taktik sich gegen Ford zu wenden begann, weil er nach dem Vorbild Nixons von 1972 seinen Gegner leerlaufen ließ und sich der Auseinandersetzung entzog, verließ Ford das Weiße Haus. In der zweiten Phase seines Wahlkampfes (12.—22. Oktober) reiste Ford durch New York, New Jersey, Iowa und Illinois. Aus dem staatsmännischen Präsidenten wurde jetzt ein hemdsärmeliger Präsidentschaftskandidat, der auf seinen Gegner einschlug, auch mal unter die Gürtellinie traf, der aber vor allem den Adressaten seines Wahlkampfes gefunden hatte, von dem er die entscheidenden Stimmen am 2. November erhoffte: Mr. Middle America, dessen Einkommen von der Inflation — und nicht von der Arbeitslosigkeit — bedroht war und der sich nach Steuererleichterungen sehnte. Nach den Planungen seiner Wahlkampfstrategen sollte Ford in dieser Phase mit Carter gleichziehen, um dann in den verbleibenden zehn Tagen einen leichten Vorsprung zu gewinnen. Diese dritte Phase des Wahlkampfes (23. Oktober bis 1. November) war taktisch eine Kombination der ersten und zweiten Phase: Mit allen Insignien seines Amtes ausgerüstet — vom Präsidentenwappen über die Air Force One bis hin zu kreisenden Polizeihubschraubern und Heerscharen von Sicherheitsbeamten auf den für die Autoeskorte freigehaltenen Straßen — kämpfte Ford, ohne sich einen Tag Ruhe zu gönnen, in fast hundert Städten und in den heiß umkämpften Staaten, verzichtete dabei weitgehend auf persönliche Angriffe gegen Carter, zeigte sich von seiner besten Seite und gab sich staatsmännisch wie Kaiser Wilhelm II. bei einem Besuch in der Provinz.

Im Unterschied zu Fords Kampagne war Carters Wahlkampf schlecht geplant, desorgani-

— durch einige Südstaaten am Unterlauf des Mississippi. In der Zeit, in der Ford im Weißen Haus blieb, zog Dole durch die Lande und attackierte Carter.

siert und hektisch, vieles blieb dem Zufall überlassen. Schien der Auftakt mit einer Rede am Labor Day (6. September) in Warm Springs (Georgia), der Sommerfrische Franklin D. Roosevelts, noch vielversprechend und bewußt an die Wählergruppen gerichtet, die die alte New-Deal-Koalition ausgemacht hatten, so suchte Carter anschließend seinen Gegner zu provozieren und aus dem Weißen Haus herauszulocken. Später konnte Carter auf die Angriffe Fords in dessen zweiter Wahlkampfphase nur noch passiv reagieren, um schließlich in letzter Not auf Stil und Rhetorik seines Vorwahlkampfes zurückzufallen und dadurch die Wahlen doch noch knapp zu gewinnen. In diesem Wahlkampf zeigte sich, wie unerfahren Carter und seine Berater noch in der nationalen Politik waren. Hatten sie sich in den Vorwahlen auf jeweils nur einen Staat konzentrieren müssen, so hätte jetzt ein das ganze Land umfassender Wahlkampf geplant werden müssen. Allein aus der Tatsache, daß Carters Hauptquartier in Atlanta (Georgia) blieb⁵⁸⁾ — Symbol der Stimmung gegen den Leviathan am Potomac —, ergaben sich Koordinationsprobleme mit dem *Democratic National Committee*, den Gewerkschaften, den demokratischen Kongreßmitgliedern, den Verbänden der Schwarzen und anderen Minoritäten (alle in Washington angesiedelt) und selbst mit den demokratischen Organisationen in den Einzelstaaten. Die dringend notwendige Unterstützung durch die AFL-CIO, ihr *Committee On Political Education* (COPE) und durch die vielen Einzelgewerkschaften hatte Carter Anfang Juli dadurch gefährdet, weil er beinahe den Sprecher der *Labor Coalition*, Bill Hoyerter von den Maschinisten — der von der Mehrheit der Gewerkschaften wegen seiner und der Koalition politischer Tätigkeit in den Vorwahlen mißtrauisch berywöhnt worden war — zu seinem Verbindungsmann zu den Gewerkschaften ernannt hätte⁵⁹⁾. Carters Verbindungsmann zu den demokratischen Kongreßabgeordneten, von denen man in einigen Wahlkreisen und Staaten Hilfe im Wahlkampf erhoffen konnte, erwies sich als unfähig. Im Vergleich zu der in letzter Minute noch zusammengesetzten, dann

⁵⁸⁾ Die Desorganisation dieses Wahlkampfes zeigte sich auch darin, daß Carter bis Anfang Oktober noch nicht einmal sein Hauptquartier in Atlanta besucht hatte.

⁵⁹⁾ Diese Aufgabe hat auf Vorschlag von George Meany, Vorsitzender der AFL-CIO, schließlich Mary Zon übernommen, die in der gleichen Funktion bereits 1968 mit der Humphrey-Kampagne gearbeitet hatte.

aber gut geölt laufenden und von den Professionellen des Weißen Hauses bedienten Wahlkampforganisationen Fords, schien Carters Wahlkampfmaschine auf halbem Weg zwischen Plains und Washington festgefahren zu sein.

Trotz dieser Unzulänglichkeiten hatte die Carter-Organisation gegenüber Ford einen entscheidenden Vorteil: Nicht nur, daß sich mehr Wähler den Demokraten als den Republikanern zurechnen⁶⁰⁾, sondern die alte New-Deal-Koalition in der Demokratischen Partei enthält auch heute noch bestimmte Organisationsmomente, die in der Republikanischen Partei fehlen. Dies sind die Gewerkschaften, Organisationen der schwarzen Minorität und demokratische Patronagemaschinen in einigen Großstädten. Nach dem neuen Wahlkampffinanzierungsgesetz konnten diese Organisationen einen Präsidentschaftskandidaten zwar nicht mehr direkt durch Spenden und Abstellen hauptamtlicher Wahlhelfer unterstützen, wohl aber indirekt durch entsprechende politische Beeinflussung der eigenen Mitglieder oder Anhänger und dadurch, daß neue Wähler dazu gebracht wurden, sich registrieren zu lassen und an die Wahlurne zu gehen.

Aus Forschungen über die Rolle der Gewerkschaften in der amerikanischen Politik ist bekannt, daß die Arbeiterorganisationen ihre Mitglieder nicht einfach auf einen bestimmten politischen Kandidaten festlegen können. Gleichwohl haben Gewerkschaftsmitglieder immer dann, wenn ein geeigneter Kandidat, ein „Freund der Arbeiterbewegung“ da war, überproportional für diesen gestimmt. In diesem Jahr waren die AFL-CIO und die vielen Einzelgewerkschaften keineswegs über die Nominierung Carters begeistert, dem sie als Südstaatler Mißtrauen entgegenbrachten und der in einigen für die Gewerkschaften zentralen Fragen — wie der Abschaffung der „Right-to-work“-Gesetze — geschwankt hatte. Im Vergleich zu Ford galt Carter aber eindeutig als das kleinere Übel. Fords Wirtschaftspolitik hatte zu einer so hohen Arbeitslosigkeit geführt, daß die Macht der Gewerkschaft-

ten am Tarifverhandlungstisch und bei Streiks bedroht wurde. Und Ford hatte auf Druck der amerikanischen Handelskammer und des Unternehmersverbandes *National Association of Manufacturers* (NAM) sowie trotz vorheriger Versprechungen und Bekundungen gegen ein Gesetz sein Veto eingelegt, das die zersplitterten Baugewerkschaften im Streikfall gestärkt hätte⁶¹⁾. Damit standen alle Gewerkschaften und zum ersten Mal auch die sonst den Republikanern zuneigenden Bauarbeiter hinter dem demokratischen Kandidaten. Lediglich die Transportarbeiter blieben neutral. Die Labor Coalition hatte sich nach dem Demokratischen Parteitag aufgelöst und war institutionell in den gewerkschaftlichen Hauptstrom zurückgekehrt. Dieses Jahr sah daher eine der größten Registrierungskampagnen der Gewerkschaften, die mit modernen elektronischen Hilfsmitteln arbeitend über 80 Millionen Briefe und Broschüren versandten⁶²⁾. Im hart umkämpften Ohio versuchte die dortige AFL-CIO-Landesorganisation, 500 000 neue Wähler zu registrieren. 3 000 freiwillige Gewerkschaftsmitglieder richteten am Wahltag einen Wahlschleppdienst ein.

Unterstützt von den Gewerkschaften und vom *Democratic National Committee* war eine Koalition schwarzer Organisationen, allen voran das Randolph Institut der AFL-CIO, bemüht, die Schwarzen in den Städten und im Süden zu registrieren⁶³⁾. Auch der *Black Caucus* im Kongreß, die Gruppe schwarzer Bundesparlamentarier, und Coretta King beteiligten sich an der Kampagne. Allein in den Südstaaten sind unter den Schlagworten „Operation Big Vote“ und „Wake Up, Black America“ vermutlich über 500 000 Schwarze neu registriert worden.

Bereits während des Demokratischen Parteitages hatten sich mehrere demokratische Bürgermeister aus Großstädten informell abgesprochen, Carter durch Registrierungskam-

⁶¹⁾ Fords Arbeitsminister, John T. Dunlop — bei Gewerkschaften und Unternehmern hochangesehen —, trat wegen dieses Wortbruchs des Präsidenten zurück. Dunlop ist heute als möglicher Arbeitsminister Carters im Gespräch.

⁶²⁾ Das Committee on Political Education der AFL-CIO verfügt z. B. über einen Computer mit den Daten der 14 Millionen Mitglieder der dem Verband angehörenden Gewerkschaften. Zu den Informationen über ein Mitglied gehört auch, ob dieses registriert ist, falls ja, in welcher Partei, und ob das Mitglied bei der letzten Wahl gewählt hat. Über ähnliche Computer-Informationen verfügen auch mehrere Einzelgewerkschaften.

⁶⁰⁾ Bei ständig abnehmender Identifikation mit einer der beiden Parteien. So haben 1960 bei Wahlen auf der lokalen und einzelstaatlichen Ebene 68 %, 1972 nur noch 35 % alle Kandidaten einer Partei (straight ticket) gewählt. Vgl. Jerome M. Clubb, William H. Flanigan und Nancy H. Zingale, *Partisan Realignment since 1960*. Paper, Annual Meeting of the American Political Science Association, 2.—5. September 1976.

pagnen in ihren Kommunen zu helfen. Von einer Präsidentschaft Carters erhofften sich viele Bürgermeister Bundesmittel zur Rettung ihrer im Slum untergehenden Städte, zumal Ford das vom Bankrott bedrohte New York fast hätte zugrunde gehen lassen. Am auffälligsten während des Wahlkampfes — und für Carter vielleicht am peinlichsten — war die Hilfe von der korrupten Parteimaschine des Bürgermeisters Daley von Chicago.

Allein in den Staaten Kalifornien, Ohio, Illinois, New York, Pennsylvania und Texas haben die Gewerkschaften, die Koalition schwarzer Organisationen und das *Democratic National Committee* vier Millionen Dollar für die Wählerregistrierung ausgegeben⁶⁴). Sie sind — wie auch das Wahlergebnis zeigte — zu Recht davon ausgegangen, daß politische Apathie und Wahlabstinenz noch ernster zu nehmen seien als der republikanische Präsidentschaftskandidat. Es war die Aufgabe des demokratischen Vizepräsidentschaftskandidaten, diese Gruppen für Carter zu gewinnen: Mondale sprach im Wahlkampf vor Gewerkschaftlern, Arbeitslosen, Angehörigen der Minoritäten und lokalen städtischen Parteiverbänden. Er bildete gleichsam das Scharnier zwischen neuem Süden und alter New-Deal-Koalition⁶⁵).

Das *President Ford Committee* vermochte sich auf einige intakte lokale und regionale Republikanische Parteiorganisationen zu stützen, doch konnte der organisatorischen Stärke der Gewerkschaften, der Minoritäten und selbst der Städte nichts Vergleichbares entgegen-

⁶³) Für andere Minoritäten und für Jugendliche („Frontlash“ der AFL-CIO) wurden ebenfalls Registrierungskampagnen durchgeführt.

⁶⁴) Von den Mitteln, die das Democratic National Committee für Carter sammeln konnte, wurden allein 2,4 Millionen Dollar für die Wählerregistrierung ausgegeben. Daß trotz der allgemeinen Desintegration der beiden großen Parteien regionale und lokale Parteiorganisationen für den Wahlausgang bedeutend sein können, zeigte das Wahlergebnis. U. a. wegen der Zerrissenheit der Demokratischen Partei in New Jersey — mehrere Prozesse wegen Korruption demokratischer Politiker sind dort anhängig — fiel der Staat an Ford, während die Demokratische Parteiorganisation von Ohio erheblichen Anteil am dortigen Erfolg Carters hatte.

⁶⁵) Lediglich die katholischen Wähler, Bestandteil der New-Deal-Koalition, wurden nicht systematisch umworben. Diese brachten dem Baptisten Carter großes Mißtrauen entgegen, zumal dieser in der Abtreibungsfrage eine vom Klerus abweichende Stellung eingenommen hatte. Anfängliches Mißtrauen jüdischer Wähler gegen Carter wurde bald überwunden.

gengesetzt werden. Vor Registrierungskampagnen mußte die Ford-Organisation (wie in privaten Gesprächen von Mitarbeitern des Weißen Hauses auch zugestanden wurde) zurückschrecken, da jede Erhöhung der Wahlbeteiligung aufgrund der Sozialstruktur demokratischer und republikanischer Wähler fast automatisch die Chancen Carters erhöhten. Farmer-Organisationen und andere Verbände gaben in diesem Jahr nur an Kongreßkandidaten Spenden. Nach den Watergate-Aufdeckungen und durch die scharfen Regelungen des *Federal Election Campaign Act* kam auch von den Unternehmern und ihren politischen Aktionskomitees kaum Hilfe⁶⁶). Trotz eines glänzend geplanten und durchgeführten Wahlkampfes war also der republikanische Kandidat organisatorisch in diesem Jahr eindeutig im Nachteil.

Läßt man die Rhetorik und die Emotionen des Wahlkampfes beiseite, dann zeigt sich, daß beide Kandidaten sich in ihren politischen Auffassungen nicht wesentlich voneinander unterschieden haben. Während einige Themen überhaupt nicht oder nur beiläufig erwähnt worden sind — Bildung und Erziehung, Bürgerrechte, Busing (Transport von schwarzen Kindern von einem Schulbezirk in den anderen, um auf diese Weise zur Chancengleichheit im Bildungssystem beizutragen) — waren Differenzen in der Außen- und Verteidigungspolitik minimal⁶⁷). Konturen eines unterschiedlichen Staats- und Gesellschaftsverständnisses wurden — und dies in der Tradition der beiden großen amerikanischen Parteien — am ehesten in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, an den Problemen von Inflation, Arbeitslosigkeit und Steuerreform erkennbar. Während Carter der Beseitigung der Arbeitslosigkeit die Priorität zuerkannte und Inflationseindämmung hinter diesem Ziel zurücktrat, stand für Ford das Inflationsproblem im Vordergrund. Während Ford Steuererleichterungen für die mittleren Einkommens-

⁶⁶) Diese Zurückhaltung der Unternehmer wird sich voraussichtlich bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen 1980 geändert haben, da aufgrund des neuen Wahlkampffinanzierungsgesetzes sich in den letzten Monaten die Zahl der politischen Aktionskomitees der Unternehmer vervierfacht hat, diese aber — aus gesetzestechnischen Gründen — in diesem Jahr noch nicht in den Wahlkampf eingreifen durften.

⁶⁷) Es hatte zuweilen und besonders in der 2. Fernsehdebatte, die diesem Themenkomplex gewidmet war, den Anschein, als wetteiferten Carter und Ford darum, wer der patriotischere Patriot und wer der härtere Opponent der Sowjets und Araber sei.

gruppen befürwortete, setzte Carter sich für die Rücknahme ungerechtfertigter Steuervorteile für Großverdiener und Großkorporationen ein und deutete verschiedentlich an, mit Hilfe der Steuergesetzgebung eine Umverteilung des Reichtums anstreben zu wollen. Carter machte klar, staatliche Steuerungsinstrumente zur Durchsetzung wirtschafts- und sozialpolitischer Ziele aktiv und reformerisch einsetzen zu wollen. Ford hingegen lehnte prinzipiell den staatlichen Eingriff in die Ökonomie und Gesellschaft ab, da das freie Spiel der Kräfte auf dem Markt angeblich noch so funktioniere, daß das Allgemeinwohl realisiert werde. Nicht zufällig hat Carter in seinen Wahlreden immer wieder an die Sozialprogramme F. D. Roosevelts, Harry Trumans und Lyndon B. Johnsons erinnert⁶⁸⁾, während für Ford das Vorbild Dwight D. Eisenhower hieß. Dabei haben beide Kandidaten, der amtierende Präsident ebenso wie der Demokrat, gegen eine zu starke Bundesregierung agitiert⁶⁹⁾.

Die tatsächlich vorhandenen politischen Unterschiede zwischen den Kandidaten sind den Wählern — aus schon genannten Gründen — kaum bewußt gemacht worden⁷⁰⁾. Der Wahlkampf blieb letztlich personalistisch auf die beiden Kandidaten als Individuen verkürzt, gefördert durch die Meinungsforscher, Werbeagenten und Imagemaker beider Lager. Sie einander ergänzend, berichteten nach der Wahl die Meinungsforscher beider Seiten,

⁶⁸⁾ In seinem zynischen Wahlkampf hat Dole die Demokraten mit dem Schlagwort „tax, tax — spend, spend“ zu belegen versucht. Carter und Mondale haben ähnlich verkürzt dagegen gehalten: „Democrats are for the people, Republicans for special interests.“

⁶⁹⁾ Die Widersprüchlichkeit der Argumentation ist weder von den Kandidaten selbst noch von der Presse aufgegriffen worden. Wie z. B. die Vereinigten Staaten außen- und verteidigungspolitisch die erste Großmacht der Erde bleiben und innenpolitisch eine Art Nachwächterstaat haben sollen (so Fords Position), muß ein Rätsel bleiben. Ford hat z. B. ferner am 15. 10. in einer Rede vor Farmern in Iowa gegen jede Form der Staatsintervention polemisiert und im gleichen Atemzug dem agrarischen Mittelwesten Bundeshilfe versprochen.

⁷⁰⁾ Das amerikanische Fernsehen macht es sich in seiner Berichterstattung über den Wahlkampf leicht. Es wird kaum über die politischen Vorschläge berichtet, die die Kandidaten vorlegen. Vielmehr wartet man auf Versprecher der Kandidaten, auf peinliche Situationen, die man abends unterhaltsam dem Fernsehzuschauer auf-tischen kann. Im Zweifelsfall wird aus einer politischen Erklärung eine nette Anekdote.

Teeter und Cadell, wo die Schwächen Fords und Carters in der Wählerperzeption gelegen hätten. Das Hauptproblem für Carter sei gewesen, daß viele in seiner schillernden Persönlichkeit ein Risiko gesehen hätten, Ford hingegen habe Vertrauen ausgestrahlt. Umgekehrt habe das Problem für Ford darin gelegen, daß er als intellektuell beschränkt und inkompetent für das Präsidentenamt, Carter hingegen als intelligent und kompetent perzipiert wurde. Allerdings habe weder der eine noch der andere starke Sympathien oder Antipathien erweckt, so daß die Identifikation mit ihnen schwer gefallen sei.

In einem derart personalisierten Wahlkampf mußten Fehler, die den Kandidaten unterliefen, besonders schwer wiegen. Vorübergehend konnte man den Eindruck gewinnen, der Wahlkampf der Kandidaten beschränke sich darauf, eigene Fehler zu vermeiden und die des Opponenten auszuschlachten — gewählt wird, wer die wenigsten Fehler macht⁷¹⁾. Zu den Fehlern, die die Wogen hochgehen ließen, gehörten bei Carter:

1. Die Tatsache, daß er (als frommer Baptist!) im sonst so pruden Amerika einem „pornographischen Magazin“⁷²⁾ ein Interview gegeben, dabei über „Lust“ und „Ehebruch in Gedanken“ gesprochen und außerdem zwei milde Kraftausdrücke benutzt hatte. Im gleichen Interview hatte Carter zudem Johnson mit Nixon auf eine Stufe gestellt, weil dieser wie jener gelogen, betrogen und die Wahrheit verdreht habe. Die übrigen Teile des Interviews, in denen Carter ausführlich seine politischen Auffassungen dargelegt hatte, wurden von der Presse totgeschwiegen.

2. In einem bald modifizierten Interview mit AP hatte Carter — offensichtlich die Welt fundamentalistisch-naiv in Gut und Böse teilend — gefordert, alle diejenigen müssen höher besteuert werden, die mehr als ein durchschnittliches Einkommen verdienten, und damit den alten und neuen Mittelstand vor den Kopf gestoßen.

⁷¹⁾ So hat Ford in einem Interview über den Stand des Wahlkampfes mit einem Nachrichtenmagazin nur auf die Fehler Carters hingewiesen und bemerkt, er müsse sich vor weiteren eigenen Fehlern in acht nehmen. Vgl. Newsweek vom 11. 10. 1976, S. 29. Ähnlich erklärte Carter am 18. 10. 1976 in einem Fernsehinterview, er werde sich davor hüten, den Präsidenten politisch scharf oder etwa persönlich anzugreifen, denn das könne zum Rohrkrepierer werden.

⁷²⁾ Vgl. Playboy, November 1976, S. 63 ff. (amerikanische Ausgabe).

3. Noch unerfahren in diplomatischen Formulierungen hatte Carter in der dritten Fernsehdebatte erklärt, als Präsident werde er keine amerikanischen Truppen in Jugoslawien einsetzen, falls nach dem Tod Titos die Sowjetunion interveniere.

Die beiden Hauptfehler Fords waren:

1. Landwirtschaftsminister Earl Butz hatte der Zeitschrift „Rolling Stones“ nach dem Parteikonvent von Kansas City ein Interview gegeben und dabei abfällige rassistische Bemerkungen gegen die Schwarzen gemacht. Als dies bekannt wurde, zögerte Ford, seinen Minister zu entlassen, ließ zunächst Meinungsumfragen einholen, bis es zu spät war und die Angelegenheit sich zum Skandal ausgeweitet hatte. Der Präsident hinterließ den Eindruck, als sei er unfähig, schnell die richtige Entscheidung (nämlich die sofortige Entlassung Butz') zu treffen.

2. In der zweiten Fernsehdebatte beharrte Ford auch auf Nachfragen darauf, daß Osteu-

ropa nicht von der Sowjetunion beherrscht werde. Die meisten Kommentatoren glaubten, daß der Präsident sich versprochen hatte, wenn der Versprecher auch möglicherweise in der Doppelbödigkeit amerikanischer Dé-tente-politik angelegt gewesen sei⁷³). Hatte Ford damit schon die osteuropäischen Einwanderer, um deren Stimmen er gerade besonders warb, und den Reagan-Flügel seiner eigenen Partei verprellt, so wurden auch die intellektuellen Fähigkeiten des Präsidenten zunehmend in Frage gestellt.

Diese Fehler, die Ford und Carter persönlich angelastet wurden, haben den Wahlausgang beeinflußt; sie erklären u. a. auch das Auf und Ab in den Meinungsbefragungen. Die große Bedeutung, die ihnen allgemein zugewiesen wurde, ist Ausdruck für die Personalisierung, damit aber auch für die Entpolitisierung des Wahlkampfes und letztlich auch für die schon mehrfach angesprochene politische Apathie, die das Jahr 1976 charakterisiert hat.

IV. Wahlergebnis und Ausblick: Jimmy Carter neuer Präsident

Wie erwartet, war das Wahlergebnis knapp (vgl. Tabelle 1). Carter gewann 51 Prozent der abgegebenen Stimmen, Ford 48 Prozent, 1 Prozent entfiel auf andere Kandidaten, meist dritter Parteien⁷⁴), darunter allerdings der Hauptanteil auf den parteilosen Eugene McCarthy. Carter hatte einen Vorsprung von fast 3 Millionen Stimmen vor Ford. Doch die amerikanische Verfassung sieht nicht die direkte und unmittelbare Wahl des Präsidenten durch das Volk, sondern durch ein Wahlmännnergremium (electoral college) vor. Jeder Staat entsendet in dieses Gremium so viele Wahlmänner, wie er Mitglieder im Kongreß — also Repräsentanten und Senatoren zusammen — hat. Die Wahlmänner eines Staates werden jedoch nicht proportional zu den abgegebenen Popularstimmen auf die Präsidentschaftskandidaten festgelegt, sondern dem Präsidentschaftskandidaten, der die meisten

Popularstimmen erreicht (und sei es auch nur eine Stimme mehr als der Konkurrent) werden alle Wahlmännerstimmen dieses Staates zugesprochen (winner-take-all)⁷⁵). Aufgrund dieses (einem Mehrheitswahlsystem auf der Basis von Einzelstaaten ähnelnden) Verfahrens hat Carter im Electoral College eine Mehrheit von 297 zu 241 (notwendige absolute Mehrheit: 270) Stimmen erreicht. Dies ist trotz des relativ großen Vorsprungs an Popularstimmen, der erheblich größer ist als der Kennedys über Nixon 1960 und der Nixons über Humphrey 1968, die knappste Mehrheit im Wahlmännerkollegium, die es seit der Wahl Wilsons 1916 gegeben hat. Theoretisch ist es durchaus denkbar, daß ein Kandidat im Electoral College gewinnt, ohne eine Mehrheit an Popularstimmen erhalten zu haben. Hätten z. B. in Ohio und Hawaii jeweils nur 4 000 Wähler für Ford statt für Carter bestimmt, wären die Wahlmännerstimmen dieser Staaten an Ford gefallen und dieser wäre mit 270 zu 268 Stimmen im Electoral College

⁷³) James Buckley, Senator des Staates New York, erklärte einige Tage nach diesem Ford-Schnitzer in einem Interview, der Präsident sei wahrscheinlich „overbriefed“ gewesen, man habe ihn für die Debatte so überpräpariert, daß er einiges durcheinandergebracht habe.

⁷⁴) Insgesamt 207 Kandidaten haben sich in den verschiedenen Staaten um das Präsidentenamt beworben.

⁷⁵) Verfassungsrechtlich sind die Wahlmänner jedoch nicht auf einen bestimmten Kandidaten festgelegt: Es gibt genügend Präzedenzfälle dafür — der letzte 1972 —, daß ein Wahlmann für einen anderen Kandidaten stimmt als für den, für den er gewählt worden ist.

Präsident geworden. Dieses Zahlenspiel verdeutlicht, wie reformbedürftig das Wahlverfahren für die Präsidentenwahl ist: Gerald Ford, der erste amerikanische Vizepräsident, der ohne Nominierung durch seine Partei und ohne gewählt worden zu sein 1974 ins Präsidentenamt aufgerückt war, bliebe in dem von uns konstruierten Fall auch nach der Präsidentenwahl ohne Legitimation durch eine Mehrheit der Wähler. Andererseits hätte Carter im Wahlmännnergremium voraussichtlich eine Mehrheit von 323 zu 215 Stimmen erhalten, wenn Eugene McCarthy, der Wähler vom demokratischen Präsidentschaftskandidaten abzog, in Iowa, Maine, Oklahoma und Oregon — die knapp an Ford fielen — nicht kandidiert hätte.

Die Entscheidung ist in den im Wahlkampf heiß umstrittenen Industriestaaten des Nordosten gefallen, in New York, Pennsylvania und Ohio. Analysiert man die soziale Zusammensetzung der Wähler, die für Carter gestimmt haben (vgl. Tabelle 2), so zeigt sich, daß es den Demokraten gelungen ist, die alte New-Deal-Koalition (wenn auch mit einigen Modifikationen) nach der Niederlage von 1972 wieder zusammenzufügen. Überproportional für Carter haben gestimmt: Schwarze und andere Minoritäten, Arbeiter, Mitglieder unterer Einkommensgruppen, Großstadtbewohner, Katholiken und Juden. Eine leichte Modifikation der traditionellen demokratischen Wählermehrheit ergab sich dadurch, daß für den Baptisten Carter im Vergleich zu früheren Präsidentenwahlen mehr Protestanten, aber weniger Katholiken stimmten. Regional hat es zum ersten Mal bei amerikanischen Präsidentenwahlen eine Trennung zwischen Ost und West gegeben: Der Süden, die „Grenzstaaten“ (Border States) zwischen Süden und Norden und der Nordosten fielen an Carter, der Mittelwesten und Westen an Ford. Die Wahlbeteiligung war gering und erreichte mit 53,3 Prozent der möglichen Wähler einen neuen Tiefpunkt.

Was ist von der Präsidentschaft Jimmy Carters zu erwarten? Ein Blick auf die Biographie und Persönlichkeit des Mannes, dessen Namen vor einem Jahr die meisten Amerikaner noch nicht kannten — „Jimmy Who?“ lautete die überraschte Frage vieler in den ersten Vorwahlen — und der in Europa wohl noch heute Rätsel aufgibt, mag einige Hinweise geben⁷⁶⁾. Es wäre ein großes Mißverständnis

⁷⁶⁾ Zur Biographie vgl. Carters Autobiographie: Jimmy Carter, *Why not the Best?*, New York

und zeugte nur von unserer eigenen Unwissenheit und Naivität, wollte man glauben, allein ein breit-blitzendes Lächeln, baptistisch-eifernder Missionarismus und die Bauernschläue eines Erdnußfarmers aus dem Süden hätten diesen Mann ins Weiße Haus gebracht.

Carter, 1924 in Plains, im ländlichen Süden Georgias geboren und aufgewachsen, besuchte mit 19 Jahren die Marine-Akademie in Annapolis, studierte Ingenieurwissenschaften und Atomphysik und war an der Entwicklung des ersten amerikanischen Atom-U-Bootes beteiligt. Als Marineoffizier kam er in der Welt herum. Nach dem Tod seines Vaters kehrte er 1953 nach Plains zurück und entwickelte die elterliche Farm zu einem profitablen Agrarunternehmen. Schon bald in der Kommunalpolitik tätig, wurde er 1962 in den Senat von Georgia gewählt. Nach einem erfolglosen Anlauf 1966 wurde er schließlich 1970 Gouverneur seines Heimatstaates. Seinen damaligen Wahlkampf hatte Carter ganz in der populistischen Tradition „gegen Atlanta“ gerichtet, Sitz der Landesregierung, der Banken, der Industrie, der Großunternehmen, städtisches Sündenbabel zudem — die Parallele zu 1976 liegt auf der Hand.

Aus der Amtszeit Carters sind zwei Dinge hervorzuheben: Der Gouverneur hat mehr zur politischen und sozialen Gleichstellung der Schwarzen beigetragen als jeder seiner Vorgänger. Und er hat die Landesregierung reorganisiert, bürokratischen Leerlauf verringert. Von unabhängigen, hochqualifizierten Fachleuten beraten, hat Carter sich sowohl gegen das Landesparlament, mit dem er fast während seiner ganzen Amtszeit im Kampf lag, als auch gegen jene durchgesetzt, die — wie Lester Maddox — den alten rassistischen Süden symbolisierten. In seiner Regierungszeit wie im Wahlkampf zeigten sich jene Attribute der Carterschen Persönlichkeit, die häufig übersehen werden: intelligent, selbstbewußt, ausdauernd, diszipliniert, zuweilen hartnäckig bis zur Kompromißlosigkeit.

1975. Unter den biographischen Beiträgen ragt heraus Peter Goldman, *Sizing Up Carter*, in: *Newsweek* vom 13. 9. 1976, S. 22—65. Vgl. ferner Leslie Wheeler, *Jimmy Who?* Woodbury, N. Y., 1976; Fred McMorrow, *Jimmy. The Candidacy of Carter*, o. O. 1976; David Kucharsky, *The Man from Plains. The Mind and Spirit of Jimmy Carter*, New York 1976; Howard Norton und Bob Slosser, *The Miracle of Jimmy Carter*, Plainfield, N. J. 1976.

Einige Konturen der Carter-Präsidentschaft lassen sich an jenem Personenkreis ablesen, der bisher einen Teil der engsten Berater stellte oder der im Zusammenhang mit der Regierungsbildung genannt wird. Neben der „Georgia-Maffia“, also jenen Helfern, die vom ersten Tag des Wahlkampfes im Januar 1975 an dabei waren und von denen einige im persönlichen Stab des Präsidenten wiederzufinden sein werden, werden als einflußreichste informelle Berater vier Namen genannt: George Meany (Vorsitzender der AFL-CIO), Leonard Woodcock (Vorsitzender der UAW)⁷⁷⁾, Andrew Young (schwarzer Kongreßabgeordneter aus Atlanta) und Thomas Bradley (schwarzer Bürgermeister von Los Angeles). Diese vier Männer repräsentieren gleichsam die New-Deal-Koalition; sie könnten auch Hinweis darauf sein, daß Carter bewußt an die Sozialprogramme Franklin D. Roosevelts und Lyndon B. Johnsons anschließen wird. Diese Vermutung wird auch dadurch bestätigt, daß Carters engster Berater in Wirtschaftsfragen, Lawrence R. Klein (University of Pennsylvania), Keynesianer ist. Es ist auch zu erwarten, daß Carter Schwarze und Frauen stärker als bisher in die Regierungsgeschäfte einbeziehen wird: Der Name von Barbara Jordan, brillante Kongreßabgeordnete aus Texas und auf dem Demokratischen Parteikonvent in New York durch eine mitreißende programmatische Rede hervorgetreten, könnte Mitglied des Kabinetts werden. Zu Anwärtern auf Positionen im außen- und verteidigungspolitischen Bereich werden Cyrus Vance (ehemaliger Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium), James Schlesinger (Republikaner und von Ford entlassener Verteidigungsminister) und Zbigniew Brzezinski (Columbia University) gezählt.

Die wenigen hier genannten Namen zeigen bereits, wie sehr Carter in die herkömmliche amerikanische Politik integriert und wie wenig von der einstigen Anti-Washington-Attitüde geblieben ist. Zugleich wird aber auch das Selbstbewußtsein Carters erkennbar, sich mit selbständigen und profilierten Politikern zu umgeben. Wir nehmen deswegen auch an, daß unter Carter das Kabinett eine größere

⁷⁷⁾ Woodcock ist als Minister für Health, Education and Welfare im Gespräch.

Rolle spielen wird als unter Nixon und Ford, daß die einzelnen Minister politisch selbständiger sein werden.

In der Carter-Präsidentschaft wird voraussichtlich die Innenpolitik im Vordergrund stehen. Priorität hat die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Senkung der Arbeitslosenquote von 7,9 Prozent (Oktober 1976) auf 5 Prozent. Offen ist noch, ob dieses Ziel durch staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme⁷⁸⁾ und direkte öffentliche Investitionen oder indirekt über Steuerkürzungen oder durch eine Kombination beider Möglichkeiten erreicht werden soll. Carter hat zudem im Wahlkampf angekündigt und den Gewerkschaften, den Organisationen der Schwarzen und den Bürgermeistern der Großstädte sein Wort gegeben, daß er in das chaotische Durcheinander des Wohlfahrtssystems Ordnung bringen und ein nationales Krankenversicherungssystem anstreben werde. Oben in der Prioritätenliste steht ebenfalls die Reorganisation der Bundesregierung. Es bleibt abzuwarten, inwieweit der neue Präsident in der Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik mit dem Kongreß zu kooperieren vermag⁷⁹⁾. Außen- und verteidigungspolitisch wird es nur geringe Veränderungen geben, „Kontinuität“ heißt hier — so Carter auf seiner ersten Pressekonferenz nach seinem Wahlsieg — die Parole. Es mag sein, daß das Verhältnis zur Sowjetunion nicht mehr im Mittelpunkt stehen und dafür eine Verbesserung der Verbindungen zu den Alliierten und zu einigen Ländern der Dritten Welt angestrebt wird.

⁷⁸⁾ Für den „harten Kern“ der Arbeitslosen, für schwarze Jugendliche, werden wohl auf jeden Fall öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramme organisiert werden.

⁷⁹⁾ Gute Verbindungen zwischen der Exekutive und dem Kongreß herzustellen, wird voraussichtlich eine der Aufgaben Mondales sein, der als Vizepräsident zugleich Präsident des Senats ist, als langjähriges Mitglied des Senats und seiner wichtigsten Ausschüsse auch über die notwendige politische Erfahrung verfügt. Auch nach den Wahlen von 1976 verfügen die Demokraten in beiden Häusern des Kongresses über eine klare Mehrheit. Selbst die im Watergate-Jahr 1974 den Republikanern abgenommenen Sitze sind nicht verlorengegangen. Zugleich gibt es — anders als unter der Präsidentschaft Roosevelts — keine gegen Sozialreformen eingestellte Mehrheit von Republikanern und reaktionären Demokraten aus dem Süden.

Werner Kaltefleiter: Der Gewinner hat nicht gesiegt. Eine Analyse zur Bundestagswahl 1976

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/76, S. 3—35

Die Entwicklung von 1972 bis 1976 hatte die Position der CDU/CSU deutlich verbessert. Dennoch verfehlte sie die Macht am 3. Oktober, weil für die Wähler letztlich ein themenloses Personalplebiszit zur Wahl stand. Dabei konnte sich Schmidt auf Genscher stützen, während Kohl mit Strauß belastet war. Das Nord-Süd-Gefälle hat dabei strukturelle Gründe. Unter den Bedingungen der hohen Mobilität des Nordens kam den Besonderheiten dieser Wahl größere Bedeutung zu, d. h. vor allem dem in dieser Konstellation bestehenden personellen Übergewicht der Koalition. Diese Schlußfolgerungen werden anhand zahlreicher tabellarischer Übersichten interpretiert und begründet.

Peter Lösche: Die amerikanischen Präsidentenwahlen 1976. Ein Beitrag zum Regierungs- und Gesellschaftssystem der USA

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/76, S. 36—62

Die amerikanischen Präsidentenwahlen 1976 sind durch politische Apathie und ein gewisses Maß an Irrationalismus gekennzeichnet. Als indirekte Folge von Vietnamkrieg und Watergate-Affäre sowie angesichts einer ernsten ökonomischen Krise zeigte sich dies in der außergewöhnlichen Personalisierung und Moralisierung des Wahlkampfes, im unartikulierten Antiinstitutionalismus und in der diffusen Abneigung gegen die Bundesregierung in Washington, des weiteren im Fehlen alternativer politischer Konzepte, im Wiederaufleben populistischer Strömungen und im Aufschwung einer evangelistischen Erweckungsbewegung.

Innerhalb der Demokratischen Partei ist unter Carter die New-Deal-Koalition, die sich Ende der zwanziger Jahre herausgebildet hatte, mit dem ‚neuen Süden‘, wie er in den beiden letzten Jahrzehnten als Folge des ökonomischen Strukturwandels entstanden ist, verbunden worden. Für amerikanische Verhältnisse erscheint diese New-Deal-Koalition institutionell und organisatorisch relativ gefestigt: Ohne die Anstrengungen (Wählerregistrierung) der Gewerkschaften, der Organisation der Schwarzen und anderer Minoritäten sowie einiger demokratischer Stadtorganisationen hätte Carter die Wahl nicht gewinnen können.

Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß im Zentrum des amerikanischen politischen Systems ein Vakuum infolge politischer Apathie und Irrationalismus entstehen könnte. Einer sich daraus möglicherweise ergebenden Transformation zu einem bonapartistischen Präsidialsystem steht jedoch — neben anderen Gründen — entgegen, daß der neue Präsident sowohl institutionell wie politisch in die Zweckrationalität der New-Deal-Koalition eingebunden ist.